3 1761 07363443 8

DER MODERNE SOZIALISMUS

VON

DR. LUDWIG QUESSEL

MÄNNER UND VÖLKER
VERLAG ULLSTEIN & CO. BERLIN

St 15343
Quesel

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of Toronto

http://www.archive.org/details/dermodernesozial00ques

Der moderne Sozialismus

Der moderne Sozialismus

Von

Dr. Ludwig Quessel

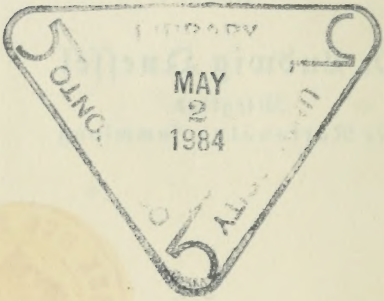
Mitglied
der Nationalversammlung

1 9 1 9

Verlag Ullstein & Co, Berlin

17 Mzg a

HX
276
R37
1919



Alle Rechte einschließlich des Rechts der Übersetzung vorbehalten
Amerikanisches Copyright 1919 by Ullstein & Co, Berlin

Inhalt

Zur Ideengeschichte des Erfurter Programms . . . . . 11—46

Sismondis Kritik des modernen Industrialismus 17

Die Katastrophentheorie der Slawophilen 25

Marx' und Engels' wissenschaftlicher Sozialismus 30

Karl Kautsky und das Erfurter Programm 38

Vom Wesen der sozialistischen Produktionsweise . . . . . 47—62

Die sozialistische Produktionsweise der Vergangenheit 54

Der Begriff der sozialistischen Produktionsweise 58

Die sozialistische Produktionsweise der Gegenwart . . . . 63—100

Staatssozialismus 67

Gemeindesozialismus 79

Genossenschaftssozialismus . . . 92

Die Sozialisierungsbestrebungen der Gegenwart. . . . . 101—171

Die Forstwirtschaft 106

Das Wohnungswesen 109

Der Kohlenbergbau 112

Energie 121

Der Kalibergbau 133

Luftstickstoff 137

Spiritus und Essig 151

Petroleumhandel 158

Tabakindustrie 159

Zündwaren 161

Versicherung 169

Die Grenzen der sozialistischen Produktionsweise . . . . . 173—260

Sozialismus und Landwirtschaft . . 176

Weltwirtschaft und Sozialismus . . 206

Friede und Handelsrivalität . . . 222

Der industrielle Vernichtungskrieg der Nationen 237

Der kontinentaleuropäische Gedanke . 251

Schlußbetrachtungen . . . . 261—272

Literatur . . . . . 273—277

Zur Ideengeschichte des Erfurter Programms

Die Ideen des modernen Sozialismus führen, soweit sie bei uns Eingang in die Massen gefunden haben, auf das Programm zurück, das sich die deutsche Sozialdemokratie auf dem Parteitage zu Erfurt im Jahre 1891 gegeben hat. Dieses Erfurter Programm ist ein politisches Dokument von hoher Eigenart und mit den Programmen anderer Parteien nicht ohne weiteres zu vergleichen. Das gilt insbesondere von dem ersten Teil desselben, der, abweichend von allen anderen Programmschriften, weder bestimmte Forderungen noch fest umrissene Ziele zum Ausdruck bringt. Niemand, der diesen ersten Teil aufmerksam liest, wird ohne weiteres sagen können, was die Sozialdemokratie eigentlich will; denn was uns in den ersten sechs Abschnitten des Erfurter Programms entgegentritt, ist nicht eine Anzahl Forderungen oder eine Prinzipienerklärung, sondern eine *Theorie der sozialen Entwicklung*, aus der dann in den folgenden fünf Abschnitten gewisse Folgerungen gezogen werden, die aber auch keinen eigentlichen programmatischen Charakter haben.

Das Leitmotiv der Theorie der sozialen Entwicklung, die uns im Erfurter Programm gegeben wird, ist die Lehre vom Untergang des Kleinbetriebs. Sowohl in Industrie und Verkehr als auch in der Landwirtschaft soll die ökonomische Entwicklung mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes führen. Die Verdrängung der Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe hat nun aber nach dem Erfurter Programm auch eine völlige Umgestaltung der Struktur unserer Gesellschaft zur Folge. Die auf eigenem Grund und Boden sitzenden Bauern, die für ihre Kundschaft in eigener Werkstätte arbeitenden Handwerker, die mit eigenem Kapital tätigen kleinen Geschäftsleute verschwänden, und an ihre Stelle träten Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Diese Entwicklung werde, so behauptet das Erfurter Programm, schließlich so weit gehen, daß einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern ungeheure Massen von Proletariern gegenüberständen. So werde die Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager gespalten, von denen das eine bestrebt sei, die Macht im Staate sich zu erhalten, während das andere diese Macht zu gewinnen suche. Der Kampf der beiden feindlichen Heerlager müsse in einer gewaltigen sozialen Katastrophe sein Ende finden, bei der

alle Macht und alles Recht schließlich auf die arbeitenden Massen übergehe. Die Lehre, daß der Kampf der beiden großen feindlichen Klassen mit einer sozialen Katastrophe von ungeheurer Wucht endigen müsse, kommt allerdings im Erfurter Programm nur sehr abgeschwächt zum Ausdruck, aber es steht fest, daß diese sogenannte Katastrophentheorie die Seele aller Männer erfüllte, die 1891 an der Abfassung des Erfurter Programms aktiv beteiligt waren.

Die Lehre von der zu einer sozialen Katastrophe führenden Verdrängung der gewerblichen und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe ist nicht das geistige Eigentum der Verfasser des Erfurter Programms. Sie findet sich in weit schärferer Formulierung und geistvollerer Begründung im Kommunistischen Manifest, das Marx und Engels am Vorabend der ersten deutschen Revolution (1848) erscheinen ließen. Aber auch Marx und Engels können nicht als die eigentlichen Urheber der Theorie von dem Untergang des Kleinbetriebes und der drohend am Horizont der Zeiten aufsteigenden sozialen Katastrophe angesehen werden. Man kann sagen, daß diese Theorie in den ersten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts sozusagen in der Luft lag. Ihren ersten systematischen Ausdruck fand sie in den

Schriften des Genfer Nationalökonomen und Historikers Simonde de Sismondi (1773—1842), der Augenzeuge des plötzlichen Einbruchs der Maschinenproduktion in die Länder West- und Mitteleuropas war, und der all das furchtbare Elend, das diese neue Produktionsweise zunächst über die arbeitenden Klassen verhängte, aus eigener Anschauung kennengelernt hatte. Aus den ökonomischen Werken Sismondis ging die Lehre von dem unvermeidlichen Untergang der kleinen gewerblichen und bäuerlichen Betriebe im Konkurrenzkampf mit der kapitalistischen Industrie und Landwirtschaft in die Schriften der Slawophilen über, die insbesondere die bei Sismondi nur unvollkommen entwickelte Katastrophentheorie konsequent zu Ende führten. Es ist für die Gegenwart überaus lehrreich, die ideologische Widerspiegelung der gewaltigen ökonomischen Umwälzung, die sich nach dem großen Kriege Englands gegen das napoleonische Frankreich auf dem europäischen Kontinent vollzog, im Bewußtsein der sozialphilosophischen Denker West- und Osteuropas zu verfolgen. Wenden wir uns zunächst den Sismondisten zu, die Marx im Kommunistischen Manifest als kleinbürgerliche Sozialisten charakterisiert, während wir sie heute als Sozialreformer oder Kathedersozialisten bezeichnen würden.

Sismondis Kritik des modernen Industrialismus

Die Zeit, wo auf dem europäischen Festland die große Industrie ihren Siegeszug begann, liegt bereits hundert Jahre zurück. Die Anfangserfolge dieser gewaltigen Umwälzung waren begeisternd und erschreckend zugleich, und zwar begeisternd, wenn man ihre technischen Errungenschaften ins Auge faßte, erschreckend aber, wenn man die Blicke auf die von ihr bewirkte Umgestaltung des sozialen Lebens richtete. Der Generation von Nationalökonomen, die Zeitgenossen dieser Umwälzung waren, schien es kaum nötig, für eine so offenkundige Sache wie die Überlegenheit des Großbetriebes noch besondere Beweise anzuführen. Sie galt ihnen als feststehende Tatsache, und nur darüber herrschte unter ihnen Streit, ob die Entwicklung zum Großbetrieb der Menschheit zum Segen oder Fluche gereiche. Die Zahl der wissenschaftlichen Verteidiger der Maschinenproduktion war nicht gering; aber auch an Anklägern fehlte es nicht. Unter ihnen ragte im Westen Europas Sismondi hervor, der mit schonungsloser Wahrhaftigkeit die grauenhaften Wirkungen der neuen Produktionsweise der Öffentlichkeit enthüllte. Sismondi bestreitet den Verteidigern des Industrialismus

die Berechtigung nicht, dessen technische Errungenschaften zu bewundern und zu preisen. Er gibt willig zu, daß die moderne Industrie das Werk einer Reihe bewundernswerter Siege ist, die die menschliche Intelligenz in kurzer Zeit über die Materie davongetragen habe. Im Verlauf von sechzig Jahren habe der Industrialismus den Menschen eine Herrschaft über die Natur verschafft, von der sich frühere Generationen kaum eine Vorstellung hätten machen können. Richte man aber die Blicke von den Dingen auf die Menschen, so sähe man, daß das Gerede vom Fortschritt Lug und Trug ist. Wo sind denn die Glücklichen, so fragt Sismondi, die der Industrialismus geschaffen haben soll? Blicke man nach England, wo die moderne Industrie ihr Meisterwerk vollbracht habe, so finde man statt der Glücklichen eine bedauernswerte Bevölkerung, die bei zwölf- bis fünfzehnstündiger Arbeitszeit in der verpesteten Atmosphäre der Fabriken ihre Lungen zerstört, die verkrüppelt, weil die Arbeit sie zwingt, qualvoll lange Stunden in unnatürlicher Körperhaltung zuzubringen, die Maschinen bedient, deren blinde, gigantische Kraft die Arbeiter der steten Gefahr aussetzt, von den Rädern ergriffen und zerstückelt zu werden. Und alle diese Qualen erdulde der Arbeiter nicht allein, er teile sie mit Weib und Kind, die durch die Arbeit

in den Fabriken zudem noch moralisch korrumpiert werden; von der Not gepeitscht, degradiere er sich selbst durch Unterdrückung aller menschlichen Gefühle, indem er die Wesen, die ihm die teuersten sein sollten, deren einziger Beschützer er ist, in die Sklaverei verkauft. Denn Sklaverei sei es, wenn der Industrialismus Kinder von sechs bis dreizehn Jahren in eine Arbeitsfron spannt, die ihnen keine Zeit für die Entwicklung der Intelligenz, für die Freuden der Jugend läßt; Sklaverei sei es, wenn man Kinder vierzehn Stunden und mehr arbeiten läßt und sie mit Stockschlägen antreibt, wenn sie der Ermüdung erliegen. Kann man angesichts solcher Zustände, die durch amtliche Untersuchungen festgestellt worden seien, wohl sagen, daß der Industrialismus Glück und Wohlstand in den Volksmassen verbreite? Sei denn die Wohnung des Arbeiters etwa besser ausgestattet, seine Kleidung reichlicher, sein Lebensmittelvorrat größer, seine Arbeitszeit kürzer, sein Tagewerk weniger monoton als zur Zeit, wo Dampf, Wind und Wasser den Menschen noch keine Dienste leisteten? Nichts von alledem. Die Arbeiter seien schlechter gestellt als je zuvor: sie äßen Kartoffeln statt Brot, trügen Lumpen statt Kleider, und ihr Lohn reiche nicht aus, selbst das nackte Dasein zu fristen.

Nicht besser als der industriellen gehe es in England der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft. Der Geist des Industrialismus sei dort auch in die Agrikultur eingebrochen. Der Bauer sei ein Taglöhner geworden, der keinen Anteil am Boden und keine Zukunft habe. Das System der großen Pachten befände sich in Kollision mit dem der kleinen; letzteres gehe zugrunde, weil die Anwendung der Chemie und Naturwissenschaft auf den Ackerbau, der Gebrauch kostspieliger Ackerbaugeräte und Maschinen sowie die Verwendung eines großen Betriebskapitals den großen Pachten einen Vorsprung gegenüber den kleinen gäbe. Die kleinen Pächter, die kleinen Grundeigentümer erlägen dem agrikolen Industrialismus, sie würden von Haus und Hof vertrieben und fielen schließlich der Armenpflege zur Last.

Sismondi zeigt dann an dem Beispiel Englands weiter, wie der Industrialismus zu immer größerer Unsicherheit der Existenz führt, zu einer beängstigenden Überproduktion, zu immer umfangreicheren und verheerenderen Krisen, zu zunehmender Konzentration der Betriebe und wachsender Anarchie in allen Produktionszweigen, die den einen Fabrikanten hoch hinaufhebt in den Schoß des Reichtums, um den anderen hinabzuschleudern in den Abgrund der Armut.

Wie später Marx, so war auch Sismondi von der Überzeugung durchdrungen, daß die sozialen Zustände in England, die er höchst pessimistisch beurteilt, ein realistisches Bild des typischen Verlaufs der Entwicklung zum Großbetrieb darstellen. Seine Prognose der sozialen Entwicklung ging also dahin, daß alles das, was der Menschenfreund in England in den letzten Jahrzehnten habe schaudernd miterleben müssen: den Verzweiflungskampf des Handwerkers, des Bauern und kleinen Pächters gegen das große Kapital und das Versinken der Proletarier in namenloses Elend und in einen Zustand der Hoffnungslosigkeit, der es ihnen am ratsamsten erscheinen läßt, sich herabzuwürdigen und dem Vieh gleichzusetzen, unter dem herrschenden System der freien Konkurrenz auch für den europäischen Kontinent und alle Länder mit kapitalistischer Produktionsweise unvermeidlich sei.

Trotzdem ist Sismondi keineswegs der Ansicht, daß man dieses soziale Unheil widerstandslos über sich ergehen lassen müsse wie etwa ein Erdbeben oder eine gewaltige Meeresflut. Sismondi hatte zu tief über das Wesen der sozialen Gesetzmäßigkeit im Gegensatz zur natürlichen nachgedacht, um zu verkennen, daß das soziale Geschehen durch den Willen der Menschen und insbesondere durch den Willen der organisierten Gemeinschaft, des

Staates, sich tief modifizieren lasse. Als Volkswirtschaftstheoretiker, der es mit der Erforschung von dem zu tun hat, was ist und sein wird, ist Sismondi Pessimist, der an der Entwicklung zum Großbetrieb und zur Maschinenproduktion keine Lichtseiten entdecken kann, als Volkswirtschaftspolitiker dagegen, der von sittlichen Grundsätzen aus darzustellen hat, was sein soll, ist Sismondi Optimist. Von der kleinbürgerlichen Grundanschauung ausgehend, daß die kleinbäuerliche und handwerksmäßige Betriebsweise der Masse des Volkes das höchstmögliche Glück sichere, forderte er von der Staatsgewalt zunächst, alles zu unterlassen, was das Umsichgreifen des Großbetriebs fördern könne. Im Gewerbe sei sein Sieg leider schon in vielen Produktionszweigen entschieden, so daß man sich damit begnügen müsse, die gröbsten Schäden der neuen Produktionsweise zu beseitigen. Zu diesem Zweck verlangt Sismondi energisch die Intervention des Staates, um das schreiende Elend des industriellen Proletariats wenigstens zu mildern. Ein regelrechtes Programm des Arbeiterschutzes hat Sismondi zwar nicht entwickelt, aber doch hinreichend deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er das Verbot der Kinderarbeit, die Beschränkung der Arbeitszeit für Männer und Frauen, sowie die Vereinigung

der Fabrikanten zu Versicherungsgenossenschaften wünscht, welche die Mittel zum Unterhalt der Arbeiter im Falle der Arbeitslosigkeit, der Krankheit und Invalidität aufzubringen haben.

Weit kühner als Sismondis Sozialreform ist sein Programm des Bauernschutzes. Das Vordringen der Großbetriebe in die Sphäre der Industrie zu verhindern, ginge zwar infolge der internationalen Konkurrenz auf gewerblichem Gebiet über die Macht eines einzelnen Staates hinaus, dagegen sei der Staat in der Herrschaft über den nationalen Grund und Boden unbeschränkt und könne durch eine geeignete Agrargesetzgebung es erzielen, daß die Bauernwirtschaft und die bäuerliche Pacht als die vorherrschende Betriebsweise in der Landwirtschaft erhalten bleibe. Ja, es sei sogar möglich, dort, wo der Großbetrieb zu sehr vorherrsche, durch Aufteilung von großen Gütern die landwirtschaftlichen Taglöhner in bäuerliche Pächter zu verwandeln.

Zu den ökonomischen Lehren Sismondis sei kurz bemerkt, daß seine Schilderungen der sozialen Lage der Arbeiter, die uns heute vielfach wie agitatorische Übertreibungen anmuten, ein durchaus getreues Spiegelbild frühkapitalistischer Zustände geben. Und was die von ihm vorgeschlagenen sozialen Reformen betrifft, so ist es nicht

ohne Interesse, darauf hinzuweisen, daß die deutsche Revolution mit dem Siedelungsgesetz von 1918 den Weg betreten hat, den uns Sismondi schon vor hundert Jahren gewiesen hat. Kaum hervorgehoben zu werden braucht, daß die Sozialpolitik fast aller europäischen Länder die Sismondischen Heilmittel zur Abschwächung der sozialen Schäden des Industrialismus mit Erfolg zur Anwendung gebracht hat. Insbesondere gilt dies für Deutschland. Das Verbot der Verwendung schulpflichtiger Kinder in Fabriken und Werkstätten steht bei uns seit Jahrzehnten in Kraft, so daß es von der gegenwärtigen Generation schon als etwas Selbstverständliches empfunden wird. Zum Schutz der Arbeiterinnen sind eine lange Reihe wertvoller Vorschriften zur Geltung gelangt. Auch die Selbsthilfe, zu der die Arbeiterschaft durch ihre Organisationen griff, bewegt sich in den von Sismondi vorgezeichneten Bahnen. In ihren Tarifverträgen mit den Unternehmern haben die Arbeiter die ursprünglich vorhandene Arbeitszeit von zwölf bis fünfzehn Stunden allmählich auf elf, zehn, neun und sogar in einigen Gewerben auf achteinhalb und acht Stunden herabgesetzt. Als am 9. November 1918 der Achtstundentag in Deutschland allgemein auf revolutionärem Wege eingeführt wurde, gelangte damit nur eine Entwicklung zum

Abschluß, die sich fast über ein Jahrhundert gewerkschaftlicher Selbsthilfe erstreckt. Andererseits haben viele Staaten auch aus eigener Initiative den Weg eingeschlagen, den der Genfer Nationalökonom ihnen gewiesen hatte. So hat Deutschland durch die Reichsversicherung gegen Krankheit, Unfall und Invalidität einen Teil der Sismondischen Reformvorschläge zur Verwirklichung gebracht. Als Ergänzung hierzu haben die meisten Gewerkschaften die Arbeitslosenversicherung, die Sismondi als Abwehrmittel gegen die verheerenden Wirkungen der Wirtschaftskrisen empfahl, in den Bereich ihrer Tätigkeit gezogen. Die deutsche Revolution hat sich gleich zu Beginn dadurch als eine soziale dokumentiert, daß sie diesen Zweig der Sozialversicherung im Sinne Sismondis zu einem öffentlich-rechtlichen machte (sozialisierte).

Die Katastrophentheorie der Slawophilen

Während in Westeuropa vor hundert Jahren Sismondi und seine Anhänger ihre Stimme für eine großzügige Sozialreform erhoben, um die grausamen Wirkungen der neuen Produktionsweise auf die Arbeiterschaft abzuschwächen, traten in Osteuropa gegen sie die sogenannten Slawophilen auf, die eine Abschließung des vom modernen

Industrialismus noch kaum berührten slawischen Ostens gegen den Kapitalismus forderten. Sismondis pessimistische Voraussage über den Verlauf der sozialen Entwicklung fand den vollen Beifall der slawophilen Denker. Die westeuropäische Entwicklung, so argumentierten sie, beraube das Volk des ursprünglichsten aller Menschenrechte, des Rechtes auf das Land. Die unteren Klassen in Westeuropa trügen einem Atlas gleich den Himmel der Kultur, stöhnend und sich krümmend. Dabei spiele die ökonomische Entwicklung des Westens den enterbten, nur mit Gewalt niedergehaltenen Massen die Herrschaft in die Hand. Eine Katastrophe sei daher unvermeidlich. So trage Westeuropa trotz aller glänzenden Früchte seiner Kultur in sich den Keim des Todes. „Die Zeit der Ernte ist da, so rufen sie aus, und die Sonne, welche die Früchte hervorbrachte, überschritt den Meridian und neigt sich im Westen." Irgendeinen Rettungsweg für das todkranke Westeuropa, das nach der Meinung der Slawophilen im Eiltempo einer ungeheuren sozialen Katastrophe entgegeneilt, vermochte der Slawophilismus nicht anzugeben. Westeuropa, so riefen die Slawophilen aus, „fault", es fault wie ein Leichnam, dessen Berührung man fliehen muß, um sich nicht eine tödliche Vergiftung zuzuziehen. Die Ansichten

des Sismondischen Sozialreformismus, durch Arbeiterschutzgesetze, durch gesetzliche Einschränkung der Arbeitszeit, durch Verbot der Frauen- und Kinderarbeit, durch Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung die schlimmsten Schäden des neuzeitlichen Industrialismus zu beseitigen, halten sie für töricht. Irgendein Heilmittel für das „verfaulende" Westeuropa gibt es ihrer Meinung nach nicht. Für Europas Kultur wolle es Abend werden, und ihr Tag habe sich schon tief geneigt. Der soziale Fäulnisprozeß werde bis zur Anarchie und völligen Vernichtung der westeuropäischen Gesellschaft fortschreiten. Eine Rettung vor dem Industrialismus ist ihrer Meinung nach nur noch für die slawischen Völker möglich, sofern sie sich vom Westen radikal, geistig und wirtschaftlich, absperren, ihre eigene, der europäischen Gewalttätigkeit feindliche Geistigkeit pflegen und unbekümmert um die sogenannten „Errungenschaften der modernen Technik" an ihrer bäuerlichen und kleingewerblichen Produktionsweise festhalten. Die Slawophilen stellen also die Forderung auf, daß Russen, Polen, Tschechen und Südslawen sich gegenüber dem „faulen" Westen scharf abschließen, dem Kapitalismus jeden Zugang zur Slawenwelt radikal versperren sollten. Politisch lief ihr Plan darauf hinaus, ein antikapitalistisches panslawistisches

Reich zu errichten, vom Eismeer bis zur Adria, und mit Hilfe der Staatsgewalt dieses großen allslawischen Reiches eine unsichtbare chinesische Mauer um die gewaltigen Gebiete der slawischen Siedlungen im Osten und Südosten Europas aufzubauen. Wie die Chinesen ihrerzeit sich gegenüber allen westeuropäischen Einflüssen im Reiche des Geistes und der Technik erfolgreich absperrten, so sollten es auch die Slawen gegenüber dem neuzeitlichen Industrialismus und Kapitalismus tun. Dem Slawentum, d. h. den Völkern des damaligen Rußland, der Balkanhalbinsel und eines großen Teils von Österreich und Ungarn, empfahlen sie deshalb einen staatlichen Zusammenschluß, um sich von dem „faulen" Westeuropa erfolgreich absperren zu können und unberührt vom westeuropäischen Kapitalismus ihr eigenes bäuerliches und kleingewerbliches Leben ungestört fortsetzen zu können. Überhaupt standen sie dem europäischen Geist in Todfeindschaft gegenüber. Kapitalismus und Demokratie waren den slawophilen Denkern im Grunde Krankheiten der Angelsachsen, Romanen und Germanen, vor denen die Slawenwelt immun gemacht werden müsse.

Weit mehr als sich auf den ersten Blick erkennen läßt, haben die Anschauungen Sismondis und der Slawophilen Beziehungen zu derjenigen geistigen

Strömung, die heute im sozialen Denken der arbeitenden Klassen aller Kulturvölker vorherrscht. Was zunächst die Sismondisten anbetrifft, so ist es eine vielfach unbeachtet gebliebene und viel zu wenig betonte Tatsache, daß auch die großen deutschen Sozialisten Marx und Engels sich deren Voraussage über den Verlauf des sozialen Geschehens zu eigen machten. Im Kommunistischen Manifest, aus dem das Erfurter Programm hervorgegangen ist, geben sie das unumwunden zu, indem sie sagen: „Sismondi wies unwiderleglich die zerstörenden Wirkungen der Maschinerie und der Teilung der Arbeit nach, die Konzentration der Kapitalien und des Grundbesitzes, die Überproduktion, die Krisen, den notwendigen Untergang des kleinen Bürgers und Bauern, das Elend des Proletariats, die Anarchie der Produktion, die schreienden Mißverhältnisse in der Verteilung des Reichtums, den industriellen Vernichtungskrieg der Nationen untereinander, die Auflösung der alten Sitten, der alten Familienverhältnisse, der alten Nationalitäten." Mit den Slawophilen haben Marx und Engels die Auffassung gemein, daß die ökonomische Entwicklung dem Proletariat die politische Herrschaft in die Hand spiele und eine große soziale Katastrophe unvermeidlich mache. Was die zukünftige Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfte

anbetrifft, so glaubten Marx und Engels freilich nicht, daß Sozialreformen, wie sie Sismondi forderte, leidlich erträgliche Zustände für die arbeitenden Klassen herbeiführen könnten. Obwohl keineswegs Gegner der Arbeiterschutzgesetzgebung und der sozialen Versicherung, sehen sie alle diese Einrichtungen doch immer nur als Palliativmittel für die sozialen Schäden ihrer Zeit an. Grundsätzlich sind auch Marx und Engels der Meinung der Slawophilen, daß für Westeuropa eine große soziale Katastrophe unvermeidlich sei. Aber als Folge einer solchen Katastrophe sehen sie nicht wie die Slawophilen die Sonne der europäischen Kultur versinken, sondern aus der Nacht des Kapitalismus die Morgenröte der sozialistischen Freiheit siegreich und strahlend emporsteigen.

Marx' und Engels' wissenschaftlicher Sozialismus

Den von Sismondi übernommenen ökonomischen Lehren geben Marx und Engels im Kommunistischen Manifest eine breite historische und soziologische Grundlage. In dem Sieg des Großbetriebes sehen sie eine soziale Entwicklung, die unvermeidlich zum völligen Untergang der

bisherigen Produktionsweise führen müsse. Die gewaltig wie das Schicksal selbst um sich greifende kapitalistische Produktionsweise gilt ihnen ebensowenig als letzte Form menschlichen Wirtschaftens, wie sie als erste angesehen werden könne. In Europa sei der bürgerlichen (kapitalistischen) die antike und feudale Produktionsweise vorausgegangen. Jeder Produktionsweise entspräche nun aber auch eine besondere Gliederung der Gesellschaft in Klassen. Bei der antiken Produktionsweise standen zwei große Klassen sich gegenüber: Freie und Sklaven. Die Klasse der Freien gliederte sich wieder in Patrizier und Plebejer. Was die feudale Produktionsweise anbetrifft, die nach dem militärischen Zusammenbruch des römischen Imperiums an die Stelle der antiken getreten sei, so weise diese zunächst eine Trennung der Gesellschaft in städtische und ländliche Bevölkerung auf. Auf dem Lande gab es Feudalherren, Vasallen und Leibeigene; in den Städten Zunftbürger und Gesellen, wobei jede dieser Klassen noch besondere Abstufungen aufweise. Der Wesensgrundzug der bürgerlichen oder kapitalistischen Produktionsweise, die aus der feudalen hervorgegangen sei, bestehe darin, daß sie die Klassengliederung außerordentlich vereinfache. Wo die bürgerliche Produktionsweise zur Herrschaft gelangt, spaltet sie die ganze

Gesellschaft mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat. Den Einwand, daß die bürgerliche Produktionsweise doch die ansehnliche Klasse der Geistesarbeiter bestehen lasse, die den Mittelstand zwischen Bourgeoisie und Proletariat bilde, fertigt Marx und Engels mit der Erklärung ab, daß die Bourgeoisie den Arzt, den Juristen, den Geistlichen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt. Daß sich neben den Geistesarbeitern ein Kleinbürgertum stets von neuem bildet, wird von Marx und Engels nicht bestritten, aber sie meinen, dessen Lage sei eine so unsichere, daß viele Mitglieder dieses neuen Kleinbürgertums durch die Konkurrenz beständig ins Proletariat hinabgeschleudert werden, bis das Kapital sie schließlich durch Angestellte ersetzt.

Den wirtschaftlichen und technischen Errungenschaften der bürgerlichen Produktionsweise zollen die Verfasser des Kommunistischen Manifestes begeistertes Lob. Die bürgerliche Produktionsweise habe den Weltmarkt hergestellt und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlerworbenen feudalen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Das der bürgerlichen Produktionsweise immanente Bedürfnis nach einem

stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel, um sich einerseits aus den entlegensten Zonen Rohstoffe für ihre Massenproduktion herbeizuschaffen und andererseits ihre Fabrikate in allen Weltteilen abzusetzen. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren seien die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt; sie mache auch die Bauernvölker von den Bourgeoisvölkern, Asien von Europa abhängig. Im Innern jedes Landes mit bürgerlicher Produktionsweise werde der größere Teil der Bevölkerung in den Städten agglomeriert, die Produktionsmittel in kolossalen Großbetrieben zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Wie auf wirtschaftlichem, so habe die bürgerliche Produktionsweise auch auf technischem Gebiete berauschende Erfolge aufzuweisen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, elektrische Telegraphen, Schiffbarmachung der Flüsse — welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten.

Was die Entwicklung der bürgerlichen Produktionsweise zur sozialistischen anbetrifft, so zeigten die Handelskrisen, daß die Produktivkräfte den

bourgeoisen Leitern der kapitalistischen Produktion über den Kopf zu wachsen begännen. Die Produktivkräfte, die der bürgerlichen Produktionsweise zur Verfügung ständen, seien für ihre Verhältnisse schon zu gewaltig geworden. Die Bourgeoisie könne die Handelskrisen nur noch überwinden, indem sie einerseits neue Märkte erobert und andererseits die alten Märkte immer gründlicher ausbeutet. Bei der Eroberung neuer Märkte gerate die Bourgeoisie des einen Landes aber in einen unversöhnbaren Widerstreit mit der Bourgeoisie aller anderen Länder. Daher die eigentümliche Erscheinung, daß bei der bürgerlichen Produktionsweise die Bourgeoisie des einen Landes sich in einem steten, bald offenen, bald versteckten Handelskrieg gegen die Bourgeoisien aller auswärtigen Länder befinde. Aus dieser Handelsrivalität der Bourgeoisien resultiere, wie Sismondi unwiderleglich nachgewiesen habe, der industrielle Vernichtungskrieg der Nationen untereinander, der wie ein Flammenzeichen der Menschheit ankündigt, daß die Produktivkräfte den bourgeoisen Leitern der kapitalistischen Produktion über den Kopf gewachsen seien.

So großartig nun auch die wirtschaftlichen und technischen Errungenschaften der kapitalistischen Produktionsweise seien, so schrecklich wären die durch sie hervorgerufenen sozialen Zustände. Die

bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, also alle Vertreter des Kleinbetriebs im Handel, im Handwerk und in der Landwirtschaft, fielen rettungslos ins Proletariat hinab. Die Lage des Proletariats aber gestalte sich immer unerträglicher und trauriger. Sowohl die Handelskrisen wie auch der industrielle Vernichtungskrieg der Nationen untereinander mache die soziale Lage der Arbeiter immer unsicherer und schwankender. Der Arbeiter werde zum Pauper und der Pauperismus entwickle sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. Natürlich sei es ausgeschlossen, daß die große Klasse der Proletarier mit diesen Zuständen sich zufrieden geben könnte. Wie bei der antiken Produktionsweise Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, bei der feudalen Produktionsweise Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz Unterdrücker und Unterdrückte in stetem Gegensatz zueinander standen, so führten auch bei der bürgerlichen oder kapitalistischen Produktionsweise die Proletarier gegen die Bourgeoisie einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, der entweder mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen bürgerlichen Produktionsweise oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden

Klassen enden müsse. In diesem Klassenkampf der Proletarier gegen die Bourgeoisie könne das Ziel der ausgebeuteten Klasse nur die Umwandlung der bürgerlichen in die sozialistische Produktionsweise sein. Die neue sozialistische Produktionsweise, zu der sich alle Vorbedingungen im Schoße der bürgerlichen Produktionsweise entwickeln, benötige zunächst eine neue Eigentumsordnung. Das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln müsse in gesellschaftliches Eigentum verwandelt werden. Die Produktion selbst dürfe nicht mehr nach kapitalistischen, sondern müsse nach sozialistischen Grundsätzen, und zwar durch und für die Gesellschaft, betrieben werden. Die Berechtigung für die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitte n finden Marx und Engels darin, daß die bürgerliche Produktionsweise das Privateigentum für neun Zehntel der Bevölkerung tatsächlich aufhebt. In dieser Tatsache sei auch die Notwendigkeit eingeschlossen, das private Eigentum in sozialistisches zu verwandeln, weil die gigantischen Großbetriebe der bürgerlichen Produktionsweise es tatsächlich unmöglich machen, das Eigentum in gerechter Weise unter der Bevölkerung aufzuteilen. Ebenso machen die gigantischen Großbetriebe eine gesellschaftliche Regie derselben notwendig. Was den Weg

anbetrifft, den das Proletariat zur Herbeiführung der sozialistischen Produktionsweise einzuschlagen habe, so fordern die Verfasser des Kommunistischen Manifestes die Proletarier in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise auf, sich gegen die Bourgeoisie zu vereinigen, dem industriellen Vernichtungskrieg der Nationen ein Ende zu machen, die politische Herrschaft im Staate zu erringen und den wenigen Bourgeois nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren. Die sozialistische Produktionsweise, die nach dem Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie an die Stelle der kapitalistischen treten werde, müsse zur Beseitigung aller Klassenunterschiede und des Ausbeutungs- und Unterdrückungscharakters der Staatsgewalt führen. Das Kennzeichen der sozialistischen Produktionsweise werde also die Aufhebung jeder Klassengliederung sein. An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen werde eine Assoziation treten, worin „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist".

Unter den Geistigen des Sozialismus der neunziger Jahre, die an der Abfassung des Erfurter Programms Anteil hatten, nahm Karl Kautsky eine hervorragende Stellung ein. Er ist, wie man gesagt hat, der Vater des Erfurter Programms. Und in der Tat weist der erste Teil des vom Parteitage zu Erfurt angenommenen Programms der deutschen Sozialdemokratie alle Charakterzüge Kautskyschen Denkens auf. Die geniale Skizze der sozialen Entwicklung, die die jugendlichen Denker Marx und Engels kurz vor Ausbruch der ersten deutschen Revolution (1848) im Kommunistischen Manifest entworfen hatten, ist von ihm im Erfurter Programm streng dogmatisch zusammengefaßt worden, und zwar ohne jede Bezugnahme auf den Verlauf des sozialen Geschehens in dem Zeitraum von 1848—1891. Wenn Marx und Engels im Jahre 1848 lehrten, daß der Arbeiter zum Pauper werde und der Pauperismus sich noch schneller entwickle als Bevölkerung und Reichtum, so war dies für ihre Zeit eine durchaus realistische Kennzeichnung der sie umgebenden sozialen Verhältnisse; im Jahre 1891 aber, nach dem glänzenden Aufschwung der Arbeiterschutzgesetzgebung, der sozialen Versicherung und der

durch Selbsthilfe der Arbeiterschaft erzielten Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, durfte man nicht mehr schreiben, daß die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe für das Proletariat die wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung bedeutet. Daß das Proletariat in wachsendem Maße geknechtet, erniedrigt und ausgebeutet werde, entsprach nicht den ökonomischen Tatsachen und mußte von den Gewerkschaften als unrichtig durch ihre Lohn- und Arbeitszeitstatistiken nachgewiesen werden.

Einen noch schwereren Fehler beging Kautsky aber dadurch, daß er die Entwicklung in der Landwirtschaft der Entwicklung in der Industrie vollkommen gleich setzte. Marx und Engels konnten in den vierziger Jahren mit Recht die Anschauung vertreten, daß auch in der Landwirtschaft der agrikole Großbetrieb sich dem bäuerlichen Kleinbetrieb technisch und wirtschaftlich außerordentlich überlegen zeige, so daß sein Untergang zu erwarten sei. Es war eine Tatsache, daß sich in den ersten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts bei der Bauernschaft Hungerjahre mit periodischer Regelmäßigkeit wiederholten. Zäh hielt die Bauernschaft an der veralteten Dreifelderwirtschaft fest,

während sich auf den großen Gütern ein neues Ackerbausystem herausbildete, das wie auf einen Zauberschlag alle Übel, an denen die alte Landwirtschaft krankte, zu beseitigen schien. Durch den Anbau von Futtergewächsen auf dem Acker machte das kapitalistische System der Landwirtschaft die Weiden zum größten Teil überflüssig, da die auf diesem Wege gewonnenen großen Futtervorräte es gestatteten, das Vieh nicht nur in den Wintermonaten reicher zu ernähren, sondern auch im Sommer im Stalle zu füttern. So war plötzlich für das zentrale Übel der alten Landwirtschaft, den Futtermangel, ein Heilmittel gefunden worden: die Stallfütterung mit auf dem Acker gebauten Futtergewächsen. Ohne einen Futtermangel befürchten zu müssen, konnte die kapitalistische Landwirtschaft getrost die Hälfte der Weiden dem Pfluge unterwerfen. Und nicht nur das! Durch die Stallfütterung blieb die kapitalistische Landwirtschaft auch im Besitz der kostbaren Dünger, die früher beim Weidegang des Viehes auf Wegen und Stegen verzettelt wurden. Der größere Düngervorrat gestattete aber wieder eine stärkere Inanspruchnahme der Äcker und eine weitgehende Einschränkung der Brachflur. Ackerbau und Viehzucht erfuhren so durch das kapitalistische Ackerbausystem eine ruckweise Ausdehnung

und der menschliche Nahrungsspielraum eine Verdoppelung. Auf einer Fläche, wo die alte Dreifelderwirtschaft der Bauern mit ihren Brachfeldern und Hungerweiden kaum zweitausend Menschen erhalten konnte, ernährte die kapitalistische Landwirtschaft viertausend und mehr Menschen. Glanzvoll wie im Zaubermärchen hatte sich plötzlich auf den Großgütern eine Verdoppelung der Erträge ergeben. Kein Wunder daher, daß die Agrarökonomen jener Zeit allgemein der Ansicht waren, es werde dem kleinen Bauer auf dem Lande ebenso gehen, wie dem Webermeister in der Stadt, d. h. er werde dem Großbetrieb hilflos zum Opfer fallen und rauh von Haus und Hof vertrieben werden. Und in der Tat scheint in den vierziger Jahren der Großbetrieb in der Landwirtschaft kraft seiner technischen Überlegenheit sich nicht unwesentlich auf Kosten des Kleinbetriebs vergrößert zu haben. Wenn Marx und Engels im Kommunistischen Manifest daher den Untergang des Kleinbetriebs in der Landwirtschaft ankündigten, so entsprach dies vollkommen den tatsächlichen Verhältnissen ihrer Zeit. Die 40 Jahre jedoch, die zwischen dem Kommunistischen Manifest und dem Erfurter Programm liegen, hatten gezeigt, daß das neue System der Landwirtschaft, die sogenannte Fruchtwechselwirtschaft,

mit ihrer Beseitigung der Brache und weitgehender Einschränkung der Weide auch im Kleinbetrieb zur Geltung kommen kann. Als das Erfurter Programm von Karl Kautsky niedergeschrieben wurde, waren auf den Großgütern des Ostens infolge des dort herrschenden Arbeitermangels größere Brachfluren und Weiden zu finden, als auf den kleinen bäuerlichen Gütern des Westens. Dazu kam, daß der Bauer es gelernt hatte, seine Äcker gewissermaßen künstlich zu vermehren, indem er für eine Viehzucht gewaltige Mengen von Futtermitteln ankaufte, die teils auf osteuropäischen, teils auf überseeischen Äckern gewachsen waren. So stand die Viehzucht, der Düngerreichtum, die Intensität des Ackerbaues zur Zeit der Entstehung des Erfurter Programms auf den Kleingütern des Westens und Südens sehr viel höher als auf den Großgütern des Ostens! Von einer Verdrängung der Kleinbetriebe in der Landwirtschaft durch kolossale Großbetriebe konnte daher auch nicht mehr gesprochen werden. Die Entwicklung der Landwirtschaft hatte seit Veröffentlichung des Kommunistischen Manifestes also einen Verlauf genommen, der es vollständig hätte ausschließen müssen, sie der Entwicklung in der Industrie gleichzusetzen. Eine kapitalistische Durchdringung der Landwirtschaft hatte sich allerdings

trotz der Erhaltung der Kleinbetriebe im gewissen Sinne vollzogen, aber in wesentlich anderen Formen wie in der Industrie. Der kleine Landwirt, der in den vierziger Jahren häufig fast ein Pauper war, jedenfalls aber nur mit einem sehr geringen Betriebskapital wirtschaftete, verfügte in den neunziger Jahren über zahlreichen Viehbestand, große Futtermittelvorräte, erhebliche künstliche und natürliche Düngermengen, kostspielige Ackerbaumaschinen und -geräte, die zusammen ein bedeutendes Betriebskapital darstellten. Dadurch hatte auch die bäuerliche Landwirtschaft einen kapitalistischen Charakter erhalten, allerdings nur einen kleinkapitalistischen, der aber immerhin bis zu einem gewissen Grade eine kapitalistische Orientierung des bäuerlichen Betriebsleiters zur Notwendigkeit machte, sofern dieser, was ja zumeist der Fall war, ganz oder teilweise mit fremdem Kapital wirtschaftete.

Liest man nun das Erfurter Programm und den Kommentar, den Karl Kautsky dazu geschrieben hat, so sieht man, daß er von dieser Entwicklung gar keine Ahnung hatte und die Dinge auf dem flachen Lande noch so sah, wie sie Marx und Engels vor vierzig Jahren gesehen hatten. Eine vierzigjährige ökonomische Entwicklung, die die Verhältnisse auf dem flachen Lande von Grund

aus umgestaltet hatte, war an ihm spurlos, ungesehen vorbeigerauscht.

So wenig wie das, was im Erfurter Programm über den Untergang des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs steht, den ökonomischen Tatsachen unserer Tage entspricht, so wenig ist auch das, was in ihm über die immer umfangreicher und verheerender werdenden Krisen gesagt wird, mit der ökonomischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte vor dem Krieg in Einklang zu bringen. Gerade zu der Zeit, als das Erfurter Programm das Licht der Öffentlichkeit erblickte, vollzog sich eine ziemlich weitgehende Kartellierung und Vertrustung der Industrien Deutschlands. Sowohl die Kartelle als auch die Trusts sahen aber als ihre Hauptaufgabe an, die zu den Wirtschaftskrisen führende Überproduktion einzuschränken und, wenn möglich, ganz zu beseitigen, indem sie die Menge der Produkte, die der einzelne Fabrikant für den inländischen Markt erzeugen durfte, so weit einschränkten, daß eine wesentliche Verringerung der Überproduktion für den heimischen Markt eintrat. Allerdings wurde dadurch die Überproduktion für den ausländischen Markt zumeist noch verschärft. Die Warenmassen, welche die Kartelle und Trusts vom inländischen Markt fernhielten, wurden vielfach auf den Weltmarkt geworfen und konnten

dort vermöge der eigentümlichen Preispolitik der deutschen Kartelle und Trusts nicht nur ohne Gewinn, sondern sogar noch unter den Produktionskosten verkauft werden. Den Verlust, welchen die deutschen Fabrikanten hierdurch erlitten, machten sie dadurch wett, daß sie im Inlande den Verbrauchern Preise vorschrieben, die weit über die Weltmarktpreise hinausgingen. Durch dieses System des „Dumping" wurden Überproduktion und Krisen von den deutschen Märkten zwar in erheblichem Maße ferngehalten; dafür freilich setzten die Krisen auf dem Weltmarkt infolge der schonungslosen Konkurrenz, die die Bourgeoisie Deutschlands allen übrigen Bourgeoisien machte, um so schärfer und verheerender ein. Kein Wunder daher, daß die anderen Industriestaaten, insbesondere England und Amerika, das Vorgehen der kartellierten Industrien Deutschlands wie einen gegen sie geführten industriellen Vernichtungskrieg empfanden, welchem sie mit ökonomischen Mitteln zu begegnen sich außerstande fühlten, woraus dann bei ihnen die Neigung erwuchs, den gefürchteten deutschen Konkurrenten in einem gewaltigen Koalitionskrieg mit militärischer Gewalt erbarmungslos niederzuschlagen. Auch von dieser Entwicklung hatte Karl Kautsky, wie sein Kommentar zum Erfurter Programm beweist, keinerlei Kenntnisse. Marxens

Lehre, daß die Bourgeoisie des einen Landes sich in einem fortwährenden, bald offenen, bald versteckten Kampf gegen die Bourgeoisien aller anderen Länder befindet, der schließlich zu einem mit Waffengewalt auszutragenden industriellen Vernichtungskrieg der Nationen führen müsse, hat im Erfurter Programm überhaupt keinen Raum gefunden, obwohl gerade dieser Teil der ökonomischen Lehren von Marx und Engels sicher zu den weitschauendsten und geistvollsten Ideen des Kommunistischen Manifestes gehört.

Im ganzen läßt sich sagen, daß die Theorie der sozialen Entwicklung, die uns von Kautsky im Erfurter Programm dargelegt wird, gegenüber den Lehren des Kommunistischen Manifestes nicht nur keinen Fortschritt, sondern einen offenbaren Rückschritt darstellt, der ungeheuer viel zu den Wirren beigetragen hat, die vor, im und nach dem Kriege den deutschen Sozialismus durchtobten. Der theoretischen Unzulänglichkeit des Erfurter Programms wird man es auch zuschreiben müssen, daß die Internationale dem Weltkrieg gegenüber, der von der englischen Bourgeoisie vom ersten Tage an als echter Merkantilkrieg geführt wurde, so hilflos und schwankend gegenüberstand.

Vom Wesen der sozialistischen Produktionsweise

Der Grundgedanke des wissenschaftlichen Sozialismus, den wir im Kommunistischen Manifest und im Erfurter Programm kennengelernt haben, ist der, daß infolge des Untergangs des Kleinbetriebes die sozialistische Produktionsweise kommen wird, weil sie kommen muß. Sobald die bisherige kapitalistische Produktionsweise denjenigen Grad der Entwicklung erlangt hat, der sie mit der menschlichen Natur schlechterdings unvereinbar macht, bricht sich die sozialistische Produktionsweise mit Naturnotwendigkeit Bahn, und keine menschliche Gewalt ist imstande, dann ihren Sieg zu verhindern.

Man muß nun hier die Frage aufwerfen, wie Marx und Engels sich als Menschen zu dem von ihnen theoretisch als unvermeidlich angekündigten Kommen der sozialistischen Produktionsweise verhielten. Wir wissen, daß sie stets Wert darauf legten, nicht in einen Topf mit ihren sozialistischen Vorgängern geworfen zu werden, die sich für die sozialistische Produktionsweise begeisterten, und zwar nicht so sehr deshalb, weil sie dieselbe als

notwendig und unvermeidlich ansahen, als vielmehr aus dem Grunde, weil sie zu einer Neuordnung des ganzen sozialen Lebens führen sollte, die ihnen unendlich gerechter, besser und schöner als der bisherige Zustand erschien. Im tiefen Gegensatz zu ihren Vorläufern wird die Frage, ob die sozialistische Produktionsweise gerechter, besser und schöner sei als die bisherige, von den Verfassern des Kommunistischen Manifestes gar nicht ernsthaft diskutiert. Vielmehr ist ihr ganzes Streben auf den Nachweis gerichtet, daß der eherne Gang der sozialen Entwicklung der Menschheit bei Strafe ihres Untergangs gar keinen anderen Weg offen läßt als den, der zum Sozialismus führt. Man kann deshalb auch nicht mit unbedingter Bestimmtheit sagen, ob Marx und Engels das Kommen der sozialistischen Produktionsweise mit aufrichtiger innerer Freude begrüßten, ob ihnen diese, wie man sagt, im eigentlichen Sinne ein Ideal war. Aus ihren Schriften läßt sich nur der Nachweis führen, daß ihnen die sozialistische Produktionsweise als eine unentrinnbare soziale und ökonomische Notwendigkeit erschien. Auch der Briefwechsel zwischen ihnen, der kurz vor Ausbruch des Weltkrieges veröffentlicht wurde, läßt nicht erkennen, daß sie für die sozialistische Produktionsweise auch dann eingetreten

wären, wenn dieselbe sich nicht als ökonomische Notwendigkeit erwiesen hätte. Bis zu ihrem Lebensende legten sie stets den höchsten Wert darauf, einen dicken Strich zwischen sich und den Erfindern sozialistischer Systeme zu ziehen, die sie als Utopisten und Weltverbesserer oft bitter verspotteten. Von einer eigentlichen Begeisterung für den Sozialismus an sich ist daher auch in den Schriften und Briefen von Marx und Engels sehr wenig zu spüren, so daß die zuweilen vertretene Auffassung, sie hätten wahrscheinlich als Menschen, ähnlich wie ihr Freund Heinrich Heine, das von ihnen als Wissenschaftler vorausgesagte Kommen der sozialistischen Produktionsweise mit innerer Bangigkeit, mit geheimem Grauen erwartet, sich nicht leicht aus ihren Schriften und Briefen als unrichtig nachweisen läßt.

Überhaupt ist es schwer, sich auf Grund der Schriften und Briefe von Marx und Engels eine klare Vorstellung davon zu machen, wie die von ihnen angekündigte sozialistische Produktionsweise vor ihrem geistigen Auge erschien. Immer wieder taucht aber in ihren sozialen Forschungen der Gedanke auf, daß neue Formen des Wirtschaftens nicht das Produkt der freien Willensentschließung der Menschen sind, sondern das Erzeugnis ökonomischer Gewalten, die die Menschen zwar geschaffen

haben, die sie aber nicht mehr zu beherrschen vermögen. So ging ihrer Auffassung nach die antike Produktionsweise nicht deshalb zugrunde, weil sie ungerechter, schlechter und häßlicher war als die ihr folgende feudale, sondern aus dem Grunde, weil bei den durch die Völkerwanderung geschaffenen Zuständen die feudale Produktionsweise die praktisch einzig mögliche geworden war. Diesen Gedanken, daß eine Produktionsweise immer erst dann untergehen kann, wenn sie mit den Lebensbedürfnissen der Menschheit mehr oder weniger unvereinbar geworden ist, halten sie auch bei der Erforschung der Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise konsequent fest, indem sie zeigen, daß die Entwicklung des Kapitalismus zur Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln für neun Zehntel der Menschheit führt, daß der Verlauf des sozialen Geschehens die gigantisch wachsenden Produktionsmittel in wenigen Händen konzentriert, daß der Zustand der Not und des Elends, in den die breiten Massen in den letzten Stadien des Umsichgreifens des Kapitalismus gestürzt werden, völlig unvereinbar mit der menschlichen Natur wird. Aus dem zwingenden Grund, daß die kapitalistische Produktionsweise schließlich von den Eigentümern der Produktionsmittel nicht mehr

beherrscht und gelenkt werden kann, müssen diese in die sozialistische umschlagen. Wie der nicht aus freier Willensentschließung, sondern aus bitterer Notwendigkeit in den Stürmen einer sozialen Katastrophe entstandene Sozialismus aussehen, wie er funktionieren wird, darüber finden wir in den Schriften der beiden großen deutschen Sozialisten allerdings nur schwache Andeutungen.

Ebensowenig legen sie Wert darauf, den gegen den Sozialismus oft erhobenen Einwand zu widerlegen, daß das Gemeineigentum an Produktionsmitteln unvereinbar mit der menschlichen Natur sei. Obwohl gründliche Kenner der Urgeschichte der Menschheit und deshalb durchaus vertraut mit jenen primitiven Zuständen der Vergangenheit, bei denen das wichtigste Produktionsmittel, der Grund und Boden, Gemeineigentum des Stammes oder der Großfamilie war, fällt es ihnen doch gar nicht ein, die Möglichkeit sozialistischen Wirtschaftens in der Gegenwart etwa mit dem Hinweis beweisen zu wollen, daß das Gemeineigentum an Produktionsmitteln in früheren Zeitaltern die vorherrschende Eigentumsform war. Damit wir nun aber für die Aufgaben der Gegenwart Klarheit darüber gewinnen können, worin sich die sozialistische Produktionsweise von der jetzt vorherrschenden kapitalistischen unterscheidet, kann es nur nützlich sein,

die Geschichte zu Rate zu ziehen und einmal nachzuforschen, wie der primitive Sozialismus im Kindesalter der Menschheit aussah und funktionierte, wobei jedoch im Geiste Marxens betont werden muß, daß, wenn wir im folgenden von der sozialistischen Produktionsweise der Vergangenheit sprechen, uns der Gedanke völlig fernliegt, aus dem Nachweis, daß in früheren Stadien der Gesellschaft sozialistisch gewirtschaftet wurde, die Möglichkeit oder Berechtigung des Sozialismus für die Gegenwart herzuleiten.

Die sozialistische Produktionsweise der Vergangenheit

So wenig wie in den Schriften von Marx und Engels finden wir im Erfurter Programm auch ausreichende Aufklärung darüber, worin eigentlich das Wesen, der Begriff der sozialistischen Produktionsweise besteht. Wenn wir nun unsere Zuflucht zu dem von Karl Kautsky verfaßten Kommentar zum Erfurter Programm nehmen, so finden wir im vierten Abschnitt, der vom Zukunftsstaat handelt, ein Kapitel von wenigen Seiten, das die Überschrift „Die sozialistische Produktion" trägt. Dort erfahren wir, daß sozialistische Produktion nichts anderes ist als genossenschaftliche Produktion für den Selbstbedarf. Um seinen Lesern eine konkrete

Vorstellung zu geben, wie genossenschaftliche Produktionsweise, die als sozialistische angesprochen werden kann, aussehen muß, verweist Karl Kautsky auf die mittelalterliche Hausgenossenschaft deutscher Bauern, deren Produktion mit selbsterzeugten Produktionsmitteln auf eigenem Grund und Boden unter Leitung einer gewählten Verwaltung ausgeführt wurde. Kautsky schreibt hierüber in seinem Buche „Das Erfurter Programm" folgendes:

„Die genossenschaftliche Produktion für den Selbstgebrauch war die herrschende Form der Produktion, solange die Warenproduktion sich nicht entwickelt hatte ... Mit der Art der Produktionsmittel und der Produktionsweise wechselten Wesen, Umfang und Befugnisse der produzierenden Genossenschaft; aber ob diese eine Horde war oder eine Gens, eine Markgenossenschaft oder eine Hausgenossenschaft (eine große Bauernfamilie), eine Reihe wesentlicher Grundzüge hatten sie alle gemein. Eine jede deckte alle ihre Bedürfnisse (oder wenigstens alle notwendigen und wesentlichen) durch die Ergebnisse der eigenen Produktion. Die Produktionsmittel waren Eigentum der Genossenschaft. Die Genossen arbeiteten zusammen als Gleiche und Freie nach dem Herkommen oder einem Plane, den sie selbst entworfen hatten, unter einer von ihnen selbst gewählten und ihnen

verantwortlichen Verwaltung. Das Produkt der genossenschaftlichen Arbeit gehörte der Genossenschaft, die es teils zur Deckung gemeinsamer Bedürfnisse (der Konsumtion oder Produktion) verwandte, teils nach dem Herkommen oder einem von der Gesamtheit bestimmten Maßstabe an die einzelnen Personen oder Gruppen verteilte, aus denen die Genossenschaft bestand.

Der Wohlstand einer derartigen sich selbst genügenden Genossenschaft hing ab von natürlichen und persönlichen Verhältnissen. Je fruchtbarer das Gebiet, das sie bewohnte, je emsiger, erfindungsreicher und kraftvoller ihre Mitglieder, um so größer und gesicherter war der allgemeine Wohlstand. Seuchen, Überschwemmungen, die Einfälle überlegener Feinde konnten sie bedrängen, mitunter vernichten, aber *eines* berührte sie nicht: die Schwankungen des Marktes. Sie kannte einen solchen entweder gar nicht oder doch nur für Gegenstände des Überflusses. Eine derartige genossenschaftliche Produktion für den Selbstbedarf ist nichts anderes als eine *kommunistische* oder, wie man heute sagt, *sozialistische Produktion*. Nur durch eine Produktionsweise dieser Art ist die Warenproduktion zu überwinden; sie ist die einzig mögliche Form der Produktion, wenn die Warenproduktion unmöglich geworden."

Zu den Ausführungen Kautskys über die sozialistische Produktionsweise der mittelalterlichen Hausgenossenschaft ist ergänzend zu bemerken, daß diese, wie jede andere sozialistische Gemeinschaft der Vergangenheit, nicht nur Arbeitsleistungen, die man als produktive im engeren Sinne bezeichnen kann, benötigte, sondern auch Arbeitsleistungen, welche die nationalökonomische Wissenschaft als Dienste bezeichnet. Solche Dienste waren das Reinigen der Wohnung und Kleidung, die Kinderwartung, die Krankenpflege usw. Das von Kautsky angeführte historische Beispiel sozialistischen Wirtschaftens macht uns aber nur vertraut mit dem Wesen der sozialisierten Hauswirtschaften, die immer nur einen für sich wirtschaftlich abgeschlossenen, engen Kreis von Personen umfaßten. Aus der sozialisierten Hauswirtschaft des Mittelalters ging aber die Territorialwirtschaft mit ihrer feudalen Klassengliederung und mit der Trennung von Stadt und Land hervor, die den urwüchsigen Kommunismus der bäuerlichen Hausgenossenschaften langsam zur Auflösung brachte. Am Ende des achtzehnten Jahrhunderts schmolzen dann die zahlreichen Territorialwirtschaften der europäischen Völker zu einer kleinen Zahl großer Volkswirtschaften zusammen, in denen an die Stelle der feudal gebundenen die freien kapitalistischen

Eigentums- und Produktionsverhältnisse traten. Der Sozialismus der Vergangenheit gehört also ganz und gar der primitiven Kultur an. Auf höheren Stufen der Zivilisation treten die urwüchsigen sozialistischen Gemeinschaften zurück und verschwinden schließlich gänzlich. Das Beispiel einer sozialisierten Territorialwirtschaft mit Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land (Trennung von Landwirtschaft und Gewerbe) ist aus der europäischen Geschichte schon nicht mehr beizubringen, und noch weniger natürlich das Beispiel einer sozialisierten Volkswirtschaft. Als Massenerscheinung sozialistischen Wirtschaftens kennt die Vergangenheit Europas nur die sozialisierte bäuerliche Hausgenossenschaft.

Der Begriff der sozialistischen Produktionsweise

So primitiv auch der Sozialismus der bäuerlichen Hausgenossenschaft des Mittelalters uns anmuten mag, so lassen sich doch von ihm alle wesentlichen Merkmale sozialistischen Wirtschaftens mühelos ableiten. Sozialisiert waren in der bäuerlichen Hausgenossenschaft zunächst sämtliche Produktionsmittel. Nicht nur Grund und Boden, auch Haus und Hof, Vieh und Ackergeräte, sowie alle

Vorrichtungen und Werkzeuge zur Herstellung der Kleidung und sonstiger Bedarfsgüter standen im Eigentum der Hausgenossenschaft, so daß für deren Nutzung weder Pacht noch Miete gezahlt werden brauchte. Sozialisiert war ferner der ganze Produktionsprozeß innerhalb der Hausgenossenschaft. Die Mitglieder derselben arbeiteten nicht etwa unter dem Kommando eines Produktionsleiters, auf dessen Entschlüsse sie keinerlei Einfluß hatten, sondern unter der Leitung von Personen, die aus ihrem Kreise hervorgegangen und von ihnen selbst zur Führung der Arbeiten bestimmt waren. Strenge Unterordnung hat wohl auch in jeder Hausgenossenschaft bestanden, die jedoch nicht durch Willkür, sondern durch Herkommen bestimmt war und daher als Zwang kaum empfunden wurde. Die männlichen Mitglieder der Hausgenossenschaft bildeten sozusagen einen Betriebsrat, dessen Wünschen die durch Wahl oder Herkommen bestimmten Betriebsleiter Rechnung tragen mußten. Sozialisiert war in der bäuerlichen Hausgenossenschaft schließlich auch die Verteilung des Ertrags der genossenschaftlichen Arbeit, die ja von vornherein auf den Selbstbedarf eingestellt war. Die Produktion in der bäuerlichen Hausgenossenschaft vollzog sich also mit eigenen Produktionsmitteln durch und für die Gemeinschaft. Gemeineigentum war

alles, was zur Gütererzeugung notwendig war. Die Gütererzeugung selbst vollzog sich in eigener Regie der Hausgenossenschaft, und das Ziel derselben war die möglichst vollkommene Bedarfsdeckung der bäuerlichen Gemeinschaft.

Wenn wir nun, von der Hausgenossenschaft ausgehend, deren Produktion von den Sozialisten aller Richtungen unbestritten als sozialistische oder kommunistische anerkannt wird, das Wesen, den Begriff der sozialistischen Produktionsweise feststellen wollen, so werden wir sagen können, daß sozialistische Produktionsweise vorliegt, wenn die Produktion mit Produktionsmitteln, die der Gemeinschaft gehören, durch und für die Gemeinschaft vollzogen wird. Die Wesensgrundzüge sozialistischen Wirtschaftens sind also: 1. Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, 2. eigene Regie der Produktion, 3. Produktion für den Selbstbedarf. Nur da, wo bei einer Produktion diese drei Wesensgrundzüge sich nachweisen lassen, werden wir von einer Vollsozialisierung oder sozialistischen Produktionsweise sprechen dürfen.

Die Frage, die es jetzt zu entscheiden gilt, ist die, ob sich etwa innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise schon Formen des Wirtschaftens herausgebildet haben, die mehr oder weniger

vollständig die Merkmale der Vollsozialisierung oder der sozialistischen Produktion an sich tragen. Jedermann weiß, daß in den politischen Auseinandersetzungen der Parteien schon seit einem halben Jahrhundert von Staats-, Gemeinde- und Genossenschaftssozialismus viel die Rede war. Wir werden daher untersuchen müssen, ob hier wirklich im Schoße des modernen Kapitalismus sich schon neue Formen sozialistischen Wirtschaftens herausgebildet haben.

Die sozialistische Produktionsweise der Gegenwart

Einer Untersuchung der Frage, ob in der Gegenwart schon sozialistisch produziert wird, muß die Betrachtung vorausgeschickt werden, daß es sich beim Staats-, Gemeinde- und Genossenschaftssozialismus natürlich immer nur um die Sozialisierung einzelner Zweige der modernen Volkswirtschaft handeln kann. Eine sozialisierte Volkswirtschaft hat es in der Vergangenheit nicht gegeben, und auch die Gegenwart kann uns kein Beispiel einer solchen bieten. Nichtsdestoweniger muß die vielfach in Arbeiterkreisen vertretene Auffassung, daß man von Sozialismus erst sprechen dürfe, wenn die ganze Volkswirtschaft restlos durchsozialisiert ist, als falsch bezeichnet werden. Der Verlauf der europäischen Zivilisation lehrt uns, daß zwar in jedem Zeitalter eine Produktionsweise vorherrschend, aber fast niemals ein Wirtschaftsprinzip alleinherrschend war. Neben der jeweils vorherrschenden gab es immer noch Reste früherer Produktionsweisen. Ein Beispiel hierfür ist der moderne Kapitalismus, der trotz seines Siegeszuges zahlreiche Kleinbetriebe hat bestehen

lassen, die seinem Wesen eigentlich widersprechen und mehr der von ihm überwundenen feudalen Produktionsweise angehören. Andererseits zeigt uns die Wirtschaftsgeschichte Europas, daß sich auf einer gewissen Entwicklungsstufe im Schoße jeder jeweils vorherrschenden Produktionsweise neue Formen des Wirtschaftens herauszubilden beginnen. An zahlreichen Stellen der Marxschen Schriften tritt uns sogar der Gedanke entgegen, daß eine Produktionsweise immer erst dann untergehen kann, wenn sich in ihrem Schoße neue Formen des Wirtschaftens schon herausgebildet haben. Wir dürfen uns daher auch nicht wundern, wenn wir bei jeder vorherrschenden Produktionsweise einerseits auf ökonomische Gebilde stoßen, deren Wirtschaftsprinzip längst der Vergangenheit angehört, und andererseits Wirtschaftsformen begegnen, die ein neues in die Zukunft weisendes Wirtschaftsprinzip verkörpern. Was die neuen Formen des Wirtschaftens anbetrifft, die jeweils auf den Sieg eines neuen Wirtschaftsprinzips hindeuten, so ist natürlich zu beachten, daß dieselben niemals rein und vollendet das Licht der Welt erblicken; sie treten vielmehr, mit allen Merkmalen ihrer Herkunft behaftet, ins Leben und können diese nur langsam abstreifen. Dieser Vorgang läßt sich für jedes ökonomische Zeitalter

mühelos nachweisen. Als der moderne Kapitalismus erstmals seine Schwingen zu regen begann, schwitzte er den Feudalismus noch aus allen Poren aus. So wurden die kapitalistischen Baumwollplantagen des neunzehnten Jahrhunderts in den Südstaaten Amerikas nicht von freien Arbeitern, sondern von Sklaven bewirtschaftet; ebenso waren die Arbeiter der ersten russischen Fabriken nicht Freie, sondern Leibeigene. Wir werden uns daher bei der Betrachtung der sozialistischen Produktionsweise der Gegenwart nicht durch die Tatsache verwirren lassen dürfen, daß diese uns nicht rein, sondern vielfach mit kapitalistischen Elementen durchsetzt, entgegentritt.

Staatssozialismus

Es ist eine in der Wirtschaftsgeschichte häufig beobachtete Erscheinung, daß ein neues Wirtschaftsprinzip als solches zunächst gar nicht erkannt wird, weil es erstens von Vertretern des alten Systems zur Geltung gebracht wird, und weil es zweitens von den sein eigentliches Wesen verhüllenden Formen des alten Wirtschaftsprinzips noch völlig überdeckt ist. Im ganz besonderen Maße gilt dies vom Staatssozialismus, der bei seiner Geburt ein seiner Mutter, der kapitalistischen

Staatsgewalt, durchaus gleichgearteter Sohn zu sein schien. So sehr wies der moderne Staatssozialismus alle Merkmale seiner Herkunft auf, daß die Arbeiter, die in den staatssozialistischen Betrieben beschäftigt waren, das hier herrschende Wirtschaftsprinzip nicht nur nicht als Sozialismus, sondern als potenzierten Kapitalismus empfanden. „Unser Betrieb ist," so schrieb mir ein Eisenbahner, „mit einer riesigen Obstpresse zu vergleichen. Der obere Beamtenapparat setzt die Presse in Bewegung. Wir, die Arbeiter und Unterbeamten, befinden uns in der Presse. Durch den Druck wird der letzte Rest von Arbeitsenergie aus uns herausgepreßt, aber der Ertrag unserer Arbeit fließt nicht uns in Form ausreichender Löhne, auch nicht einmal dem Allgemeinwohl zu, sondern den Junkern und Schlotbaronen, die im Dreiklassenhause den preußischen Staat regieren. Was in der Presse zurückbleibt, ist unsere Lebensfähigkeit, die bei diesem System erschreckend schnell verbraucht wird." In der Tat kann nicht bestritten werden, daß Arbeiter und Unterbeamte den preußischen Staatssozialismus nur als Staatskapitalismus zu fühlen bekamen. Der Eintritt in einen staatssozialistischen Betrieb bedeutete zunächst den Verzicht auf das Koalitionsrecht, auf die freie Betätigung als Staatsbürger. Mit Argusaugen

wachte der preußische Landtag aber auch darüber, daß die Löhne in den Staatsbetrieben nicht höher und die Arbeitszeiten nicht kürzer waren als in den Privatbetrieben. Auf die Betriebsleitung hatten die Arbeiter und Unterbeamten nicht den geringsten Einfluß; widerstandslos mußten sie die oft kleinliche Tyrannei der Aufsichtsbeamten über sich ergehen lassen, die ihr Amt ganz im militärischen Geiste ausübten. Der einzige Vorzug, den die Staatsbetriebe gegenüber den Privatbetrieben aufwiesen, war die größere Sicherheit der Existenz, die sie den Arbeitern und Angestellten boten.

Trotz alledem werden wir uns nicht in der Auffassung beirren lassen dürfen, daß der moderne Staat in weitem Umfange das sozialistische Wirtschaftsprinzip inmitten einer kapitalistischen Umwelt zur Geltung gebracht hat. Denn entscheidend für das Wesen einer Produktionsweise ist nicht, wie diese von den Arbeitern und Unterbeamten empfunden wird, sondern wie sie tatsächlich ist. Wenn wir nun aus der großen Zahl der Staatsbetriebe die Eisenbahnen mit ihren Betriebswerkstätten und anderen Anlagen herausgreifen, so ist unverkennbar, daß sich hier alle Merkmale der Vollsozialisierung oder der sozialistischen Produktionsweise völlig einwandfrei nachweisen lassen. Als man sich nach langem Hin- und Herschwanken

zwischen dem Privat- und Staatsbahnsystem in Preußen in den siebziger Jahren für die Vollsozialisierung entschied, mußte man zunächst das Privateigentum an den Eisenbahnen gegen Entschädigung aufheben und in Staatseigentum verwandeln. Allerdings war der preußische Staat genötigt, zur Entschädigung der Eisenbahngesellschaften Anleihen aufzunehmen, die aus dem Ertrage der Eisenbahnen verzinst und amortisiert werden sollten. Dieser Umstand bestimmte die sozialistischen Gegner der Eisenbahnverstaatlichung, zu erklären, daß der Staat nur die Verwaltung und das Risiko der kapitalistischen Betriebe übernehme und dem Kapital den Profit sichere, so daß die Tätigkeit des Staates als Unternehmer im Grunde kapitalistisch sei und diese einseitig im Interesse der Kapitalisten liege. Die sozialistischen Gegner der Sozialisierung der Eisenbahnen übersahen aber dabei, daß Verstaatlichung der Eisenbahnen nicht nur einfach Übernahme der vorhandenen Linien, sondern auch Ausbau und Vervollkommnung des ganzen Eisenbahnwesens bedeutete. In der Tat hat das staatssozialistische Prinzip im Eisenbahnwesen zu einer weitgehenden Vervollkommnung der Organisation des Transportdienstes, zu einer erfreulichen Vereinheitlichung der Tarife und zu einer wesentlichen

Verbilligung der Transportdienste geführt. Der privatkapitalistische Gedanke der „Konkurrenz auf der Schiene" hatte sich in der Praxis als ein Phantom erwiesen, und bald zeigte sich auch, daß die Teilsozialisierung der Eisenbahnen durch staatliche Zinsgarantien zwar zu einer Erweiterung des Eisenbahnnetzes führte, andererseits aber auch jeden technischen Fortschritt verhinderte, weil die mit Zinsgarantien ausgestatteten Eisenbahngesellschaften sich durchaus nicht anstrengten, ihre Linien rentabel zu machen. Die Erfahrung hat auch gezeigt, daß es dem Staatssozialismus trotz weitgehender Verbilligung der Tarife möglich gewesen wäre, die Eisenbahnschuld restlos abzutragen. Wenn das vielfach nicht geschah, so lag dies daran, daß die Bourgeoisie die „Emanzipation der Staatsbetriebe von den Kapitalisten" gar nicht wünschte, weil ihr ein schuldenfreier Staat, der keine Möglichkeit zu sicheren Kapitalanlagen bot, überhaupt nicht als erstrebenswertes Ziel erschien. Die Umwandlung des Privateigentums an den Eisenbahnen in schuldenfreies Staatseigentum wäre also längst möglich gewesen, wenn die Bourgeoisie dies ernstlich gewollt hätte. Zu betonen ist, daß die heute noch auf den Staatseisenbahnen lastenden Schulden nicht so groß sind, wie häufig angenommen wird. Das gilt auch von allen anderen

Staatsbetrieben. Der Wert des in den staatlichen Betrieben angesammelten Reinvermögens läßt sich nicht genau angeben, weil die Schulden der öffentlichen Betriebe zumeist nicht getrennt von den allgemeinen Staatsschulden verwaltet und verrechnet werden. Die fundierten Staatsschulden der deutschen Bundesstaaten sind in der Zeit von 1905 bis 1913 von 12,2 auf 15,5 Milliarden, also um 3,3 Milliarden gestiegen. In der gleichen Zeit aber stieg allein das Anlagekapital der Reichs- und Staatseisenbahnen von 13,6 Milliarden auf 18,2 Milliarden, also um fast fünf Milliarden Mark. Die Staatsschulden können also nicht als Argument gegen die berechtigte Auffassung dienen, daß der Staatssozialismus eine durchaus erprobte Methode darstellt, um zur Vollsozialisierung oder zur sozialistischen Produktionsweise in einzelnen hierfür geeigneten Gewerbezweigen zu gelangen.

Vollsozialisierung oder sozialistische Produktionsweise erfordert aber nicht nur die Verwandlung des Privateigentums in Staatseigentum, sondern auch die Sozialisierung der Verwaltung. Die Staatseisenbahnen dürfen, wenn Vollsozialisierung geschaffen werden soll, nicht etwa, wie die Domänen, an kapitalistische Unternehmer verpachtet, sondern müssen vom Staate selbst in eigener Regie betrieben werden. Als in Preußen

die Sozialisierung der Eisenbahnen vollzogen wurde, ging die Verwaltung von den Aufsichtsräten und Direktionen der Eisenbahngesellschaften restlos auf den Staat über. An die Stelle der den Aufsichtsräten unterstellten Direktoren traten der konstitutionellen Staatsgewalt verantwortliche Staatsbeamte. Das privatkapitalistische System der Verwaltung war somit aufgehoben und durch ein, allerdings sehr unvollkommenes, sozialistisches System ersetzt worden. Also auch in bezug auf die Verwaltung oder Regie war der Wesensgrundzug der sozialistischen Produktionsweise zur Geltung gelangt: die Verwaltung durch die Gemeinschaft (Staat).

Keinem Zweifel kann es unterliegen, daß durch den Staatssozialismus auch das dritte Erfordernis sozialistischer Produktionsweise, die Verrichtung von Diensten oder die Produktion für den eigenen Bedarf, zumeist erfüllt wird. Die Transportdienste, die die Staatseisenbahnen leisten, werden ausgeübt im öffentlichen Interesse für den Bedarf der Volkswirtschaft. Es handelt sich also hier um Verrichtung von Diensten für den eigenen Bedarf der staatlichen Gemeinschaft. Zugegeben muß freilich werden, daß die Art und Weise, wie die Transportdienste in Preußen bei dem Personenverkehr geleistet werden, die Klassengliederung der

staatlichen Gemeinschaft in Gestalt der vier Wagenklassen getreulich widerspiegeln. Jedoch ist hierbei zu bemerken, daß die Scheidung der Fahrgäste in Klassen keineswegs etwas ist, was mit dem Staatssozialismus untrennbar verbunden wäre. Bekannt ist, daß die amerikanischen Eisenbahnen nur eine Klasse aufweisen. Das überlebte, zum Klassenhaß aufreizende System der vier Klassen hätte auch der alte Staat, ohne sein eigentliches Wesen deshalb aufgeben zu müssen, längst durch Verordnung aufheben können. Etwas Wesentliches an der staatssozialistischen Leistung der Transportdienste wäre dadurch nicht geändert worden. Das staatssozialistische System hätte nur eine demokratische Vervollkommnung erfahren — nichts mehr! Auch der Einwand, daß bei der Leistung der Transportdienste solange nicht von sozialistischer Bedarfsbefriedigung gesprochen werden könne, als die Größe des Geldbeutels für die Benutzung der Eisenbahnen entscheidend ist, kann nicht als stichhaltig anerkannt werden. Man könnte ja, ohne an dem Charakter der Transportdienste etwas Entscheidendes zu ändern, eine Rationierung der Eisenbahnbenutzung in dem Sinne vornehmen, daß jeder Person nur die Zurücklegung einer bestimmten Zahl von Kilometern monatlich gestattet wird, womit nicht so sehr die Leistung der

Transportdienste, als vielmehr die Nutzungsberechtigung des einzelnen an den Eisenbahnen eine vom Einkommen unabhängige Neuregelung erfahren würde. Übrigens ist zu beachten, daß durch die Rationierung der Lebensmittelversorgung auch eine Rationierung der Eisenbahnnutzung, soweit der Güterverkehr in Frage kommt, schon geschaffen worden ist.

Wie gründlich die Vollsozialisierung des Eisenbahnwesens im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft sich vollzogen hatte, zeigte sich besonders deutlich, als Ende Januar 1918 die Bolschewisten in Rußland das Privateigentum an Produktionsmitteln radikal beseitigten und die Vollsozialisierung sämtlicher Betriebe dekretierten. An den Zuständen bei den Staatsbahnen konnten diese radikalen Maßnahmen aus dem Grunde wenig ändern, weil alles das, was der Bolschewismus erstrebte, durch den Staatssozialismus des alten Regimes längst Wirklichkeit geworden war. Die Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Eisenbahnen in Staatseigentum konnte und brauchte in Rußland nicht mehr vollzogen werden, weil die Eisenbahnen ganz überwiegend bereits Eigentum des Staates waren. Im Eisenbahnwesen waren Kapitalisten, die die Bolschewisten hätten expropriieren können, gar nicht mehr

vorhanden. Auch an der Verwaltung der russischen Eisenbahnen konnten die Bolschewisten im Prinzip nichts ändern. Es war nur nötig, den leitenden Staatseisenbahnbeamten den Titel Volkskommissar und die Machtbefugnisse eines solchen zu verleihen. Die Desorganisation der russischen Eisenbahnen durch die Disziplinlosigkeit und Willkür der Unterbeamten lag keineswegs im Plan der Bolschewisten und wäre von ihnen gern schnell und radikal unterdrückt worden. Auch die Versuche, den Eisenbahnarbeitern und Unterbeamten durch Betriebsräte einen Einfluß auf die Verwaltung zu verschaffen, mußte von ihnen bald aufgegeben werden. Im ganzen sollen die Machtbefugnisse der im Eisenbahnwesen tätigen Volkskommissare zur Zeit nicht geringer sein als die der früheren zaristischen Staatsbeamten. Was die Benutzung der Eisenbahnen anbetrifft, so hat auch hier der Kommunismus der Bolschewisten im Prinzip nichts geändert. Heute wie früher müssen in Rußland für die Benutzung der Bahnen bestimmte Gebühren bezahlt werden. Nichts kann also besser die Vollsozialisierung des Eisenbahnwesens durch den Staatssozialismus des alten Regimes dartun, als die Tatsache, daß selbst der hyperradikale Kommunismus der Bolschewisten das früher bestehende System, nachdem es durch

Desorganisation in Verfall geraten war, wieder ganz in den alten staatssozialistischen Formen hat aufbauen müssen.

Was den Umfang des Staatssozialismus anbetrifft, so ist zu sagen, daß derselbe in den letzten Jahrzehnten eine gewaltige Ausdehnung gewonnen hat. Wie die Eisenbahn, so ist in Deutschland auch die Post, die Telegraphie und das Fernsprechwesen vollkommen und restlos sozialisiert. Da die Verstaatlichung der Binnenschiffahrt sicher kommen wird, da ja schon jetzt die Herstellung der Wasserwege unbestritten als Aufgabe des Staates gilt, so ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo der gesamte Personen-, Güter- und Nachrichtentransport zu Wasser und zu Lande innerhalb der Grenzen des Reiches sozialisiert sein wird. Sehr stark vertreten ist die staatssozialistische Produktionsweise auch in der Forstwirtschaft. Die sehr ausgedehnten Staatswaldungen werden in eigener Regie des Staates ausgenutzt. Die Erzeugung des Holzes in den Staatswaldungen hatte bislang allerdings mehr den Charakter einer Produktion für den Markt, als einer nach sozialistischen Grundsätzen sich vollziehenden Bedarfswirtschaft. Der Krieg hat jedoch auch hierin wesentliche Änderungen zum Sozialismus hin gebracht, so daß man heute von einer Vollsozialisierung

der staatlichen Forstwirtschaft nicht mehr weit entfernt ist. Bekannt ist, daß bei den im Eigentum des Staates stehenden Kohlenbergwerken eine Vollsozialisierung längst Platz gegriffen hat. Von der gewaltigen Bedeutung des Staatssozialismus für die Staatswirtschaft legt die Tatsache Zeugnis ab, daß bis zum Jahre 1914 die Roheinnahmen aus den staatlichen Betrieben in Deutschland mehr als die Hälfte aller Staatseinnahmen ausmachten. In Preußen machten sie 1913 sogar 3192 Millionen Mark, also 75 Prozent der ordentlichen Staatseinnahmen, aus. Auch die Reineinnahmen der Staatsbetriebe geben ein eindrucksvolles Bild von der großen Bedeutung des deutschen Staatssozialismus. Preußen, dessen Staatssozialismus hoch entwickelt ist, erzielte aus ihm 696 Millionen Mark, das Reich 186 Millionen Mark. Reich und Bundesstaaten zusammen konnten aus ihren Betrieben 1913 nicht weniger als 1,2 Milliarden Mark erzielen. Vor dem Kriege reichten die Reineinnahmen aus den Erwerbsanstalten aus, um die Kosten für die Verzinsung und Tilgung aller Staatsschulden zu decken, wobei dann immer noch ein Überschuß von rund 300 Millionen Mark verblieb.

Durch kapitalistische Einschläge weit weniger als beim Staatssozialismus entstellt, tritt uns das sozialistische Wirtschaftsprinzip in den Wohlfahrts-, Bildungs-, Verkehrs- und Transportanstalten der Gemeinden entgegen. Die früher vielfach bestrittene Auffassung, daß die kommunalen Regien ein weitverzweigtes System des Wohlfahrtssozialismus darstellen, stößt daher heute auch in Arbeiterkreisen kaum noch auf Widerspruch. Und in der Tat ist es ja für den Arbeiter unschwer zu erkennen, daß die Gemeinden sich ihrer besitzlosen Mitglieder von der Wiege bis zum Grabe im sozialistischen Geiste annehmen müssen, wenn nicht ganz unerträgliche Zustände Platz greifen sollen.

Schon wenn neues Leben sich im Schoße der proletarischen Mutter regt, greift der kommunale Mutterschutz durch sanitäre Beratungsstellen für werdende Mütter helfend ein. Bei der Geburt selbst stellen die Gemeinden armen Müttern vielfach Wäsche und Geburtshilfe unentgeltlich zur Verfügung. Ist das Kind geboren, so sorgt die kommunale Säuglingsfürsorge dafür, daß ihm entweder die Mutterbrust erhalten bleibt oder es mit gesundheitlich einwandfreier Milch versehen wird. Für die noch nicht schulpflichtigen Kinder errichten

die Gemeinden Krippen, Kindergärten und Spielplätze. Den Schulunterricht empfängt das proletarische Kind in den Stadtschulen, die von den Gemeinden gebaut und unterhalten werden. Die Waisenkinder des Arbeiterstandes werden von der Gemeinde unter Mithilfe ideal gesinnter Frauen in besonderen Anstalten erzogen. Das harte Schicksal der unehelichen Kinder mildern die kommunalen Berufsvormundschaften und Fürsorgestellen. Für die reifere Jugend organisieren die Gemeinden den Haushaltungs- und Fortbildungsschulunterricht. Die Haushaltungen werden von den Gemeinden mit Wasser, Gas und Licht versorgt. Badeanstalten, Volksküchen, Theater, Bibliotheken und Lesesäle sind zumeist städtische Einrichtungen. Die Gemeinden sorgen auch für die Kranken, Siechen und Arbeitsunfähigen, die sie in Kranken-, Siechen- und Armenhäusern verpflegen. Die Straßenreinigung, die Kanalisation und der Straßenbau stellen ein ganzes System von Maßnahmen dar, die das Wohl jedes einzelnen tief beeinflussen. Macht endlich der Tod sein Recht geltend, so hält die Gemeinde Begräbnisplätze bereit und übernimmt oft auch die Beerdigung.

Die hier genannten Anstalten gehören überwiegend zu den Zuschußbetrieben, die mehr oder weniger auf Kosten der Steuerzahler unterhalten

werden müssen. Kein Wunder daher, daß mit dem Umfang des kommunalen Wohlfahrts- und Bildungssozialismus auch die kommunalen Steuern sich erhöhen. Im Jahre 1907 wurden von den Gemeinden und Kommunalverbänden in Deutschland bereits über eine Milliarde Mark Steuern erhoben. Hierzu im Gegensatz stehen die Produktions- und Verkehrsanstalten der Gemeinden, die in der Regel nicht nur keine Zuschüsse erfordern, sondern im Gegenteil nicht unerhebliche Überschüsse aufweisen, so daß man sie sogar als Überschußbetriebe bezeichnen könnte. Nach den Untersuchungen von Dr. Kurt Bormann in der Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, die Edmund Fischer in seinem trefflichen Werk „Das sozialistische Werden" wiedergibt, entfielen im Jahre 1910 in den Städten Sachsens mit mehr als 3000 Einwohnern und in den Landgemeinden mit mehr als 600 Einwohnern von den Gesamteinnahmen bei Ausschluß der durchlaufenden Posten folgende Überschüsse aus Unternehmungen, Anstalten, Grundbesitz, Kapitalien und Gemeindesteuer:

Unternehmungen und Anstalten . . .	33 738 340	Mark
Grundbesitz	2 541 758	„
Kapitalien	2 884 811	„
Gemeindesteuer	41 558 936	„

Die Reingewinne aus den kommunalen Unternehmungen, dem Grundbesitz und den Kapitalien der Gemeinden, also aus dem gesamten werbenden Vermögen, erreichen danach zusammen fast die Höhe der Gemeindesteuern. Man kann also sehr wohl sagen, daß die deutschen Gemeinden ihre vom Auslande vielfach bewunderte finanzielle und soziale Stärke dem Kommunalsozialismus zu danken haben.

Was den Umfang der kommunalen Produktions- und Verkehrsanstalten betrifft, so umfassen sie bereits: land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Gaswerke, Elektrizitätswerke, Wasserwerke, Sparkassen, Straßenbahnen, Schlacht- und Viehhöfe u. a. m. Von Jahr zu Jahr dehnen sich die produktiven Unternehmungen auf immer neue Gebiete aus. Besonders die Lebensmittelversorgung läßt fortgesetzt neue Gemeindebetriebe entstehen. In der Gemeindewirtschaft hat das sozialistische Prinzip gegenüber dem kapitalistischen den Sieg davongetragen. Private Betriebe, die für Gemeindezwecke arbeiten, werden in den Städten kaum mehr errichtet. Nur die kleinen Städte und Landgemeinden arbeiten noch mit Privatbetrieben.

Die Einwürfe gegen den Kommunalsozialismus sind längst durch seine Erfolge widerlegt. Daß die Gemeindeangehörigen mit Wasser, Gas und Licht

billiger, besser und zuverlässiger durch kommunale als durch private Betriebe versorgt werden, wird heute allgemein anerkannt. Dr. Edmund Harms, Direktor des Betriebsamts der Stadt Rüstringen, bezweifelt mit Recht, daß es privaten Unternehmern besser gelinge, tüchtige Arbeiter und Beamte heranzuziehen, als der Kommune. Er hat in seiner Praxis in vier größeren Städten die Erfahrung gemacht, daß Beamte und Arbeiter aus Bürgersinn in erheblicher Weise die Interessen der Stadt vertreten, und daß sogar die Angestellten sich als Mitbesitzer der kommunalen Werke fühlten. Diese Stimmung kommt dem kommunalen Betriebe sehr zustatten. Die tüchtigsten Arbeiter erhalten die kommunalen Werke heute schon deshalb, weil die städtischen Betriebe in der Regel eine bessere und sicherere Existenz bieten als private Unternehmer. Schon aus diesen Gründen sind auch die aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Konflikte bei Privatunternehmern größer als in den Gemeindebetrieben.

Immer weiter dehnen sich die Kreise des Gemeindesozialismus aus. Der größte Teil der rund fünfzigtausend Gemeinden Deutschlands ist heute an ein Elektrizitätswerk angeschlossen, oder mindestens ist der Anschluß vorgesehen, und in wenigen Jahren werden die elektrischen Leitungs-

drähte auch das letzte und entlegenste Dorf erreicht haben. Die kleinen Gemeindewerke verschwinden zwar vielfach, dafür entstehen aber große Kraftzentralen, die Tausende von Ortschaften mit Strom versehen. Und während die städtischen Elektrizitätswerke den Strom, den sie aus der staatlichen Zentrale beziehen, an die Abnehmer verteilen, entstehen auf dem Lande Stromverteilungswerke für einen ganzen Kreis oder eine Provinz, an denen alle Dörfer beteiligt sind. So greift Staats- und Kommunalsozialismus ineinander und zieht das kleinste Dorf in seinen Bereich. Dieselbe Erscheinung kann man auch im Verkehrswesen beobachten. Auch hier läßt sich vielfach ein Ineinandergreifen der kommunalen Straßenbahnen und staatlichen Eisenbahnen beobachten, und zwar sowohl für die Güter- als auch für die Personenbeförderung. Die von der Eisenbahn angefahrenen Güter werden vielfach von den kommunalen Straßenbahnen weiterbefördert. Vor allem werden Kohlen durch die Straßenbahnen transportiert.

Die Ausbreitung der kommunalen Straßenbahnen ist aber nicht nur von hoher sozialer und hygienischer Bedeutung, sie ist auch die Vorbedingung der modernen Wohnungsreform, der Dezentralisierung des Wohnwesens, der Schaffung

gesunder Kleinhaussiedlungen. Nicht nach finanziellen Interessen, sondern nach sozialen Gesichtspunkten müssen solche Vorortsbahnen errichtet und verwaltet werden. Sie können deshalb auch nur Objekt der Gemeinwirtschaft sein. Die Straßenbahnen müssen daher wie die Eisenbahnen restlos in öffentlich-rechtliche Verwaltung, d. h. in Besitz und Verwaltung der Gemeinden, überführt werden. Die Kommunalisierung der Gasversorgung ist in Deutschland schon so weit gediehen, daß private Gaswerke nur noch als Ausnahmen gelten können. Städte, die nahe beieinander liegen, und Landgemeinden errichten gemeinsame Gaswerke. Die Wasserwerke sind heute fast allgemein im Besitze der Gemeinden. Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen bilden zusammen den größten Teil der kommunalen Gemeinwirtschaft. Bei der Lebensmittelversorgung sind dagegen erst Anfänge des kommunalen Betriebes zu verzeichnen. Doch besteht kein Zweifel, daß der Gemeindesozialismus künftig große Aufgaben auf diesem Gebiete zu erfüllen haben wird.

So ausgedehnt auch der Gemeindesozialismus ist, so bleibt doch für seine Fortentwicklung noch ein weiter Spielraum. Dabei ist zu bemerken, daß die Praxis des Gemeindesozialismus seiner systematischen Darstellung zumeist vorausgeeilt ist.

Das gilt auch von dem Entwurf zu einem Rahmengesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, die die vom Ministerium Scheidemann eingesetzte Sozialisierungskommission am 18. März 1919 veröffentlicht hat. Obwohl in dieser Sozialisierungskommission die auf radikale und schnelle Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise gerichtete Strömung die Mehrheit hatte, enthält jener Gesetzentwurf weder Vorschläge noch Gesichtspunkte, die uns irgend etwas Neues bieten, die irgendwie über die bereits erprobte Methode kommunaler Sozialisierung hinausgehen. Zur Kommunalisierung empfohlen werden von der Sozialisierungskommission: 1. Verkehrsunternehmungen für das Gemeindegebiet, 2. Unternehmungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Licht und Kraft, 3. Erzeugung, Beschaffung, Lagerung, Verarbeitung und Vertrieb von Nahrungs- und Genußmitteln, 4. Herstellung von Kleinwohnungen, 5. Anschlagwesen, 6. gewerbsmäßige Stellenvermittlung im Sinne des Stellenvermittlergesetzes vom 2. Juni 1910, 7. Apotheken und 8. Bestattungswesen.

Das hier entwickelte Programm der kommunalen Sozialisierung ist in allen seinen Teilen schon praktisch erprobt und von der Sozialdemokratie bereits seit Jahrzehnten mit Erfolg vertreten

worden. Jener Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes für die Gemeinden zeigt uns aber auch, daß zwischen dem Gemeindesozialismus des alten und neuen Regimes kein grundsätzlicher Unterschied besteht. Da der Gemeindesozialismus des alten Regimes bereits echter Sozialismus war, vermögen auch die radikalsten Verfechter der Sozialisierung an seinem Wesen nichts zu ändern. Das gilt sowohl von den kommunalisierten Wohlfahrts- und Bildungsanstalten als auch von den Produktions- und Transportunternehmungen. In vollkommen reiner Form tritt uns das sozialistische Prinzip bei den Wohlfahrts- und Bildungsanstalten der Gemeinden entgegen. Die Gebäude und Einrichtungen derselben sind Eigentum der Kommune; ihr Betrieb vollzieht sich in eigener Regie der Gemeinde; ihr Zweck ist, die Bedürfnisse der Gemeinde zu befriedigen. Wenn man nun auch bei den meisten Wohlfahrts- und Bildungsanstalten der Gemeinden nicht im eigentlichen Sinne von einer sozialistischen Produktion sprechen kann, weil der Ausdruck „produzieren" auf die Verbreitung von Volksbildung, auf die Fürsorge für die Gesundheit der Gemeindeangehörigen, auf die Verpflegung von Siechen und Arbeitsunfähigen nicht anwendbar ist, so liegt doch der sozialistische Charakter der hier von den Angestellten der

Gemeinde verrichteten Dienste klar und offen zutage. Die Sozialisierung ist hier so vollständig durchgeführt, daß kein wie immer geartetes sozialistisches Regime etwas Grundlegendes an ihr ändern könnte. Im Grunde gilt dies auch für die Produktions- und Verkehrsanstalten der Gemeinde. Sie sind Eigentum der Gemeinde, werden von Angestellten der Gemeinden verwaltet, und das Ziel ihrer Tätigkeit ist die Bedarfsdeckung der Gemeindeangehörigen. Was die Gemeindeschulden anbetrifft, die zur Errichtung kommunaler Betriebe gemacht wurden, so gilt von diesen dasselbe wie von den Staatsschulden, d. h. sie hätten bei stärkerer steuerlicher Heranziehung der großen Einkommen und Vermögen schon längst getilgt sein können.

Was die im Gemeindesozialismus tätigen Personen anbetrifft, so ist für sie die sozialistische Produktion und Dienstleistung nichts Fernes und Unbekanntes mehr, sondern schon lange eine Sache der täglichen Praxis geworden. Es ist unmöglich, irgendein Merkmal von grundlegender Bedeutung anzuführen, worin sich die Lehrer an unseren öffentlichen Schulen, die Ärzte, Krankenpfleger und Schwestern an unseren öffentlichen Krankenhäusern, Sanatorien, Irrenanstalten und Beratungsstellen von den Angestellten eines vollkommen durchsozialisierten Staates unterscheiden

sollten. Sie alle stehen im Dienste der Gemeinschaft; die Anstalten, an denen sie tätig sind, sind öffentliches Eigentum; die Dienstleistungen, zu denen sie verpflichtet sind, werden zum Wohl der Gemeinschaft verrichtet. Bei den Arbeitern und Unterbeamten der kommunalen Produktions- und Verkehrsanstalten lagen die Dinge bisher freilich so, daß die besitzenden Klassen ihren ganzen Einfluß auf die Gemeindeverwaltung geltend machten, um deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht über den Stand in den privaten Betrieben hinausgehen zu lassen. Ganz ist ihnen nun dieses allerdings nicht gelungen. Im Durchschnitt waren in den kommunalen Regien die Lohn- und Arbeitsverhältnisse doch günstiger als in den Privatbetrieben. Nach der Erhebung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter über die Arbeitszeit, die Arbeitslöhne und die Arbeiterfürsorge in den Gemeindebetrieben vom Jahre 1913 war in 78 Gemeinden für das Betriebspersonal der Gasanstalten der Achtstundentag eingeführt, ferner für die Maschinisten und Heizer in 16 Elektrizitätswerken, in 10 Wasserwerken und in 5 Vieh- und Schlachthöfen. 307 Gemeinden hatten irgendeinen Erholungsurlaub oder Sommerferien für die Arbeiter eingeführt; 123 Gemeinden zahlten in Krankheitsfällen die Differenz

zwischen Lohn und Krankengeld; 147 Gemeinden den Lohn bei kürzeren Versäumnissen und militärischen Übungen; 98 für Wochenfeiertage; 29 gewährten Familienzulagen; 124 einen Ruhelohn; 111 haben eine Hinterbliebenenversorgung eingeführt; in 9 Gemeinden bestehen Pensionskassen für die Arbeiter. Das Arbeitsverhältnis in den Gemeindebetrieben nimmt danach zweifellos eine Entwicklung, die über die kapitalistischen Lohnformen hinausgeht. Besonders zeigt sich das auch in der Gestaltung der Löhne nicht lediglich nach der Leistung, sondern nach dem Bedürfnis, das heißt nach der Größe der Familie, die der Arbeiter oder Angestellte erhalten muß. Die Befürchtung, die Dr. Paul Kompert be' den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1909 zum Ausdruck brachte, daß die Kommunen ihre Arbeiter und Angestellten vielleicht noch mehr ausnutzen könnten als die Unternehmer der privaten Industrie, ist durch die Praxis des Kommunalsozialismus widerlegt worden. Im übrigen ist zu betonen, daß der Sozialismus ein neues, die ganze alte Gesellschaft von Grund aus umgestaltendes Wirtschaftsprinzip, eine neue Produktionsweise darstellt und er deshalb nicht etwa einfach als ein Mittel zur Erhöhung der Löhne angesehen werden darf.

Zu beachten ist auch, daß die Arbeiter und Angestellten der kommunalen Produktions- und Verkehrsunternehmungen, die ja zumeist zu den Überschußbetrieben gehören, keine Beamten im althergebrachten Sinne des Wortes sind. Sie sind keine Personen mit Beamtenqualität, sie sind nicht berufen zum Handeln im Namen der Gemeinde, sie besitzen keine obrigkeitliche Gewalt, sie verursachen auch keine Ausgaben, für die der Steuerzahler aufzukommen hat, im Gegenteil: sie erzeugen Güter oder leisten den Bürgern Dienste und tragen dadurch zur Vermehrung des Wohlstandes im produktiven Sinne bei. Technisch betrachtet haben die Angestellten und Arbeiter in den kommunalen Betrieben keine anderen Aufgaben zu erfüllen als die Angestellten und Arbeiter in den privaten Unternehmungen. Sie wirken als Kaufmann, Ingenieur, Techniker, Handwerker, Arbeiter usw. Die Vermehrung dieser in den Gemeindebetrieben tätigen Personen bedeutet daher auch keine Vergrößerung der Bureaukratie. Die Gesamtzahl der Beamten und Arbeiter aller Kommunen Deutschlands — ohne die Lehrer — dürfte mindestens dreihundertfünfzigtausend Personen betragen, die mit ihren Familienangehörigen einen Bevölkerungskreis von einer Million Köpfe umfassen.

Der Genossenschaftssozialismus

Als an einem dunklen Dezemberabend des Jahres 1844 der aus siebenundzwanzig armen Webern gebildete erste Konsumverein Englands seinen kleinen Laden eröffnete und unter dem Hohngelächter der Straßenjugend von Rochdale winzige Mengen Butter, Zucker und Mehl im Schaufenster zur Ansicht ausstellte, da ahnte niemand außerhalb des engen Kreises der begeisterten Anhänger des Sozialisten Owen, daß hiermit der Grund zu einer neuen Produktionsweise, zu einer ganz neuen Gesellschaftsform, gelegt werden sollte. Ganz erfüllt von der Lehre ihres großen Meisters, daß alles Elend, alle Ausbeutung, alle sozialen Schäden ihrer Zeit am letzten Ende auf die ungerechtfertigten Preisaufschläge zurückzuführen seien, welche die Eigner der Produktionsmittel von den Verbrauchern als einen an das Kapital zu leistenden Tribut zu erheben in der Lage wären, traten die Pioniere von Rochdale zunächst einmal an die Aufgabe heran, sich von dem Zwang zur Zahlung dieser Aufschläge dort zu befreien, wo sie zu ihrer Zeit tatsächlich am höchsten und unberechtigsten waren: im Kleinhandel, indem sie denselben zu sozialisieren versuchten.

Wir wissen nicht, ob die Genossenschaftspioniere

von Rochdale von den beiden anderen Methoden der Sozialisierung, die Verstaatlichung und Kommunalisierung, überhaupt schon Kenntnis hatten. Wenn das der Fall gewesen sein sollte, so hätten sie sich angesichts der damaligen Einflußlosigkeit der britischen Arbeiterklasse auf Staat und Gemeinde sagen müssen, daß jene beiden Methoden der Sozialisierung für sie unerreichbar wären. Es blieb ihnen, wollten sie nicht die Hände in den Schoß legen, in der Tat gar nichts anderes übrig, als sich der genossenschaftlichen Sozialisierungsmethode zuzuwenden. Deren Ziele sind nun durchaus wesensgleich denen der Verstaatlichung und Kommunalisierung. Nur die Gemeinschaft, die den Profitmacher aus ihren Reihen ausmerzen will, ist bei dieser Methode der Sozialisierung eine andere. An die Stelle des Staates und der Gemeinde tritt eben die Genossenschaft. Was dieser allerdings fehlt, ist die Gewalt, die Sozialisierung widerstrebenden Elementen aufzuzwingen. Wenn der Staat die Eisenbahn, die Stadt die Straßenbahn sozialisiert, so müssen alle Angehörigen dieser Zwangsgemeinschaften sich dem fügen, auch soweit sie leidenschaftliche Gegner jeder Sozialisierung sind. Die Genossenschaft kann dagegen immer nur für ihre Mitglieder sozialisieren. Ob der Kreis der Genossenschaftler groß oder klein

ist, auf jeden Fall beruht hier alles auf Freiwilligkeit. Wo eine Konsumgenossenschaft besteht, hat jeder Bürger die Wahl, die Gegenstände des täglichen Bedarfs vom kapitalistisch organisierten oder vom sozialisierten Handel zu beziehen. Will er das letztere, so muß er allerdings dem Konsumverein, der allen Bürgern offensteht, beitreten und sich seinen demokratischen Satzungen unterwerfen.

Wie die staatliche und kommunale Sozialisierung, ist auch die genossenschaftliche Sozialisierung überall da, wo sie ihr Ziel erreicht, eine Vollsozialisierung. Sie will 1. das Privateigentum an den Produktionsmitteln in genossenschaftliches verwandeln, 2. die Produktion den privaten Unternehmern entziehen und von Angestellten in eigener Regie führen lassen, 3. nicht für den Markt, sondern lediglich für die genossenschaftliche Gemeinschaft produzieren. Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, Profitlosigkeit der Produktion, Befriedigung des Selbstbedarfs sind die Kennzeichen der genossenschaftlichen Sozialisierung, wie der sozialistischen Produktionsweise überhaupt, von der sie, wie der Staats- und Gemeindesozialismus, eine besondere Erscheinungsform ist. Nun ist es allerdings richtig, daß die Genossenschaften das kapitalistische Privateigentum an den

Produktionsmitteln in genossenschaftliches nur verwandeln können, indem sie die Überschüsse der genossenschaftlichen Tätigkeit dazu verwenden, die Kapitalisten auszukaufen. Allein man kann nicht sagen, daß diese Methode unsozialistisch oder unmarxistisch wäre, hat Marx doch oft zu seinen Freunden die Meinung ausgesprochen, daß das Auskaufen der ganzen Kapitalistengesellschaft noch das billigste Mittel sei, sich ihrer zu entledigen.

Wenden wir uns nun den Erfolgen der genossenschaftlichen Sozialisierungsmethode zu, so zeigt uns die Statistik des britischen Genossenschaftswesens, daß schon am Ende des Jahrhunderts keine größere Ortschaft mehr in England zu finden war, in der nicht ein ansehnlicher Konsumladen vorhanden gewesen wäre. Die Zahl der englischen Konsumvereine, von denen jeder eine große Zahl Läden oder Verteilungsstellen unterhält, belief sich 1901 auf 1438; angeschlossen an sie waren 8,9 Millionen Haushaltungen, die 20 Prozent der britischen Bevölkerung umfaßten. Am Ende des ersten Jahrzehnts des zwanzigsten Jahrhunderts hatte sich die Zahl der an die Konsumvereine angeschlossenen Haushaltungen abermals um eine weitere Million erhöht, so daß die mit dem Genossenschaftswesen verbundene Bevölkerungszahl mehr als 26 Prozent der Gesamtbevölkerung

betrug. Der Gedanke, den Kleinhandel auf dem Boden des Prinzips der Freiwilligkeit für die lohnarbeitenden Klassen zu sozialisieren, der anfänglich von vielen verspottet worden war, hat sich tatsächlich in verhältnismäßig kurzer Zeit verwirklichen lassen.

Nachdem die Sozialisierung des Kleinhandels durch die Konsumvereine in England einen gewissen Grad erreicht hatte, entstand ganz von selbst in den Kreisen der Genossenschaftler der Gedanke, nunmehr auch zur Sozialisierung des Großhandels überzugehen. Zu diesem Zwecke schlossen sich die lokalen Konsumvereine zu Verbänden zusammen, die Einkaufszentralen gründeten. Die lokalen Konsumvereine bildeten die Mitgliedschaft dieser sogenannten Großeinkaufsgesellschaften, die das Instrument zur Sozialisierung des Großhandels wurden. Die Großeinkaufsgesellschaften bezogen Waren im großen aus allen Ländern der Welt und gaben sie an die einzelnen Konsumvereine ab.

Als der Detail- und Großhandel für die an Konsumvereine angeschlossenen britischen Haushaltungen sozialisiert war, konnte die britische Genossenschaftsbewegung einen bedeutungsvollen Schritt weiter auf der Bahn der Sozialisierung machen. Man wagte sich nun an das Problem

der Sozialisierung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie heran. Von zwei Seiten her versuchten die britischen Konsumgenossenschaften das Problem der Sozialisierung der Industrien der Nahrungs-, Genußmittel und Haushaltungsartikel für ihre Zwecke zu lösen. Zunächst machten die größeren Konsumvereine den Versuch, diejenigen Waren, für welche in ihren Läden eine größere, ständige Nachfrage vorhanden war, in eigener Regie herzustellen. So entstanden an einzelnen Orten Brot-, Seifen- und andere Fabriken. Dieselbe Aufgabe, welche die größeren Konsumvereine für ihre Mitglieder in Angriff genommen hatten, stellten sich aber auch die Großeinkaufsgesellschaften für die kleineren Konsumvereine, die zu schwach waren, um allein und selbständig zur Eigenproduktion übergehen zu können. Auch sie errichteten Fabriken und Anstalten auf dem Gebiete der Industrien der Nahrungs-, Genußmittel und Haushaltungsartikel. So entstanden nacheinander genossenschaftliche Kaffeeröstereien, Schokoladefabriken, Gewürzmühlen, Margarinefabriken, Fabrikationsanlagen für die Herstellung beziehungsweise Verarbeitung von Zucker, Tabak, Zigarren, Seifen, Haushaltungs-, kosmetischen und sanitären Artikeln. Von der Sozialisierung des Kleinhandels ausgehend, war die britische

Konsumvereinsbewegung zur Sozialisierung des Großhandels gelangt und kam schließlich auch dahin, einen nicht unerheblichen Teil der Industrien der Nahrungs-, Genußmittel und Haushaltungsartikel zu sozialisieren.

Die Entwicklung, die sich in England auf dem Gebiete des Konsumvereinswesens vollzogen hat, ist vorbildlich und richtunggebend für die Genossenschaftsbewegung aller anderen Länder gewesen. Wie in England, so gingen auch in Deutschland aus der Zusammenfassung der lokalen Konsumvereine zu Verbänden die Großeinkaufsgesellschaften hervor. Während die ersteren den Kleinhandel sozialisierten, gelangten die letzteren zur Sozialisierung des Großhandels. Großeinkaufsgesellschaft und die größeren lokalen Konsumvereine haben auch in Deutschland erhebliche Erfolge in bezug auf die Sozialisierung der Industrie der Nahrungs-, Genußmittel und Haushaltungsartikel aufzuweisen. Es sind von ihnen Brotfabriken, Tütenfabriken, Seifenfabriken und andere industrielle Anlagen errichtet worden. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine besitzt bereits drei Zigarrenfabriken in Hamburg, Frankenthal und Hockenheim, die im Jahre 1916 für 3,7 Millionen Mark Zigarren produzierten, eine Kautabakfabrik in Nordhausen, eine Seifenfabrik

in Gröba mit einer Jahresproduktion von 8 Millionen Mark im Jahre 1915, eine Seifenfabrik in Düsseldorf mit einem Umsatz von 10,5 Millionen Mark im Jahre 1916, ferner eine große Teigwarenfabrik in Gröba mit einer Jahresproduktion von 3,7 Millionen Mark, eine Zündholzfabrik in Lauenburg, eine Mostrichfabrik in Gröba, eine Gewürzmühle, Tütenfabrik und Kaffeesortiererei in Hamburg. Die von ihr in eigener Produktion hergestellten Waren hatten im Jahre 1916 einen Wert von 28,3 Millionen Mark. Es ist also auch der deutschen Konsumvereinsbewegung gelungen, einen Teil der Industrien der Nahrungs-, Genußmittel und Haushaltungsartikel zu sozialisieren, obwohl ihr bei diesem Vorgehen von seiten des alten Regimes unendliche Schwierigkeiten bereitet wurden.

Genossenschaftliche Produktion ist ihrer Natur nach sozialistische Produktion. Alle Merkmale sozialistischer Produktionsweise treten bei ihr bestimmt und klar in Erscheinung. Das Eigentum an den Produktionsmitteln ist kein privates, sondern genossenschaftliches. Die Fabrikationsanlagen der Genossenschaften werden auch nicht etwa an selbständige Unternehmer verpachtet, sondern von Angestellten der Genossenschaften verwaltet. Die Genossenschaften produzieren also

in eigener Regie. Die Produkte, welche sie erzeugen, sind ihrer Natur nach auch keine Waren im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern lediglich Gebrauchswerte, die die Genossenschaften für ihre Mitglieder herstellen. Auch die Stellung der Angestellten und Arbeiter genossenschaftlicher Betriebe ist wesentlich anders geartet als die des Personals privatkapitalistischer Unternehmungen. Sie alle befinden sich in einer beamtenähnlichen Stellung, die ihnen eine große Sicherheit ihrer ökonomischen Existenz bietet. Ausgezeichnete Arbeitsbedingungen sind nach dem Urteil aller Sachkenner ein hervorstechendes Merkmal konsumgenossenschaftlicher Eigenproduktion.

Die Sozialisierungsbestrebungen der Gegenwart

Von den drei Methoden der Sozialisierung (Verstaatlichung, Kommunalisierung und Vergenossenschaftlichung), durch die sich, wie wir gesehen haben, sozialistische Produktion im Schoß der kapitalistischen Gesellschaft entwickeln kann, waren Marx und Engels im Jahre 1848 erst eine bekannt: die Verstaatlichung. Am Tage nach der Revolution soll ihrem im Kommunistischen Manifest ausgesprochenen Gebot zufolge das Proletariat „alle Produktionsmittel in den Händen des Staates zentralisieren". Sozialisierung ist für Marx und Engels also gleichbedeutend mit Verstaatlichung. Die Kommunalisierung und Vergenossenschaftlichung der Produktionsmittel konnte im Kommunistischen Manifest begreiflicherweise noch keine Erwähnung finden, da diese beiden Methoden der Vollsozialisierung in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht nur nicht genügend praktisch erprobt, sondern auch noch so gut wie unbekannt waren. Es kann überhaupt nicht stark genug betont werden, daß die Vollsozialisierung zu dem Zweck, die sozialistische

Produktionsweise zur Geltung zu bringen, die für die erste deutsche Revolution noch etwas absolut Neues, Unbekanntes, Geheimnisvolles war, für die zweite deutsche Revolution schon etwas ganz Alltägliches, seit langem Erprobtes, durchaus Erfahrungsmäßiges darstellte, über deren Grenzen und Möglichkeiten man im Grunde bereits ziemlich gut unterrichtet war oder wenigstens sein konnte.

Zu beachten ist auch, daß wirklich neue Methoden der Sozialisierung, sofern man darunter die Einführung sozialistischer Produktion versteht, nach der Revolution noch von keiner Seite in Vorschlag gebracht worden sind. Gewiß sind gerade in unseren Tagen zahlreiche Projekte aufgetaucht, die kapitalistische Produktionsweise sozusagen unter öffentliche Kontrolle, unter Staatsaufsicht zu stellen, um damit die ihr eigentümliche Vergeudung von Kräften und Stoffen zu vermindern. So verlangt Walther Rathenau nicht nur staatlichen Arbeiterschutz, sondern auch staatlichen Rohstoffschutz. Auch eine bessere Anpassung der kapitalistischen Produktion an den heimischen Bedarf glaubt er durch drakonisches Eingreifen der Staatsgewalt erreichen zu können. Eine Erhöhung der Produktivität der kapitalistischen Betriebe will er durch zwangsweise Einführung einheitlicher Typen, Normalien und Muster

erzielen. Alle diese Maßregeln würden der kapitalistischen Produktion zweifellos mehr Planmäßigkeit und Ergiebigkeit verleihen, aber sie können natürlich nicht als eine neue Methode angesehen werden, um die kapitalistische Produktionsweise in eine sozialistische umzuwandeln. Kapitalistische Hervorbringung unter Staatsaufsicht ist noch lange keine sozialistische Produktion. Rathenaus Vorschläge stellen daher wohl eine Reformation, aber keine Ausrottung des Kapitalismus dar.

Im Gegensatz zu diesen ökonomischen Reformationsbestrebungen laufen die Sozialisierungsbestrebungen der Gegenwart auf eine möglichst radikale Beseitigung des Privateigentums und des kapitalistischen Wirtschaftsprinzips hinaus. Andere Methoden als die Verstaatlichung, Kommunalisierung und Vergenossenschaftlichung sind aber hierzu weder gefunden noch praktisch erprobt worden. Wer sich daher nicht in Phantasien verlieren will, wird von der sozialistischen Produktionsweise der Gegenwart, die schon in so hohem Maße unser Dasein als Mensch und Staatsbürger bestimmt, daß wir uns gar nicht mehr vorstellen können, wie wir ohne sie noch leben könnten, ausgehen und sich fragen müssen, wie weit ihr Wirkungsbereich nach den erprobten Sozialisierungsmethoden sich noch ausdehnen läßt.

Im folgenden sollen aber nur diejenigen Sozialisierungspläne Erwähnung finden, über deren praktische Verwirklichung bereits wichtige Erfahrungen vorliegen.

Die Forstwirtschaft

Für die Möglichkeit der Vollsozialisierung der Forstwirtschaft kann das Argument geltend gemacht werden, daß nahezu die Hälfte der forstwirtschaftlich genützten Fläche in Deutschland schon seit Jahrzehnten staats- und kommunalsozialistisch bewirtschaftet wird. Auch ganz entschiedene Gegner der staatssozialistischen Produktionsweise, wie z. B. der berühmte Agrarökonom von der Goltz, geben zu, daß diese die größte Garantie dafür biete, daß die Forsten dauernd ihrer Bestimmung erhalten bleiben und zweckmäßig bewirtschaftet werden. Bei Privatforsten liegt stets die Gefahr vor, daß sie, wenn die Besitzer Geld zu bedürfen glauben, niedergeschlagen werden. Gegen die Erhaltung der staatssozialistischen Produktion in der Forstwirtschaft hat sich daher in neuerer Zeit auch kein Nationalökonom von Ruf mehr ausgesprochen. Für deren Ausdehnung auf die Privatforsten ist dagegen neuerdings Professor Bücher, der berühmte Leipziger Nationalökonom und Wirtschaftshistoriker, eingetreten, der energisch die

Enteignung des Privatwaldes und die Sozialisierung der gesamten Forstwirtschaft fordert.

Was die Methode der Sozialisierung des Privatwaldes anbetrifft, so käme hierfür nur die Verstaatlichung und Kommunalisierung in Frage. Die Vergenossenschaftlichung muß hier ausscheiden. Die technische Frage der Sozialisierung kann als vollkommen geklärt angesehen werden und bietet wenig Schwierigkeiten, weil die deutschen Staatsforstverwaltungen über reiche Erfahrungen in der Forstwirtschaft und in den zahlreichen Oberförstern, Revier- und Unterförstern auch über ein im staatssozialistischen Geist bereits erzogenes, wissenschaftlich und praktisch gut geschultes Personal verfügen. Es wird auch, obwohl in der privaten Forstwirtschaft der Groß- und Riesenbetrieb überwiegt, nicht bestritten, daß der Privatwald sich zumeist in schlechtem Zustande befindet oder wenigstens nicht so rationell bewirtschaftet wird wie der Staatsforst. Ein Sinken des Ertrages der Forstwirtschaft durch die Sozialisierung ist daher nicht zu befürchten, eher ist eine Steigerung der Erträge zu erwarten. Natürlich ist bei Überführung von zirka sieben Millionen Hektar Privatwald in Staatseigentum mit großen Entschädigungssummen zu rechnen. Zu beachten ist hierbei jedoch, daß sich die Privatforsten ganz

überwiegend in den Händen von Großgrundbesitzern befinden, was für die Entschädigungsfrage, die in den Parlamenten entschieden werden muß, von Wichtigkeit ist, da bei ihr soziale Erwägungen natürlich mitbestimmend sind.

Die Sozialisierung der Forstwirtschaft erscheint auch im Interesse des Rohstoffschutzes geboten. Das deutsche Volk wird sich wieder daran erinnern müssen, daß der Wald noch vor hundert Jahren für unsere Industrie eine gute Mutter war, die sie mit den wertvollsten Rohstoffen versorgte. Wer Gelegenheit gehabt hat, die Rohstoffausstellung des preußischen Kriegsministeriums sich anzusehen, der weiß, daß der deutsche Wald uns in Zukunft nicht nur Nutz- und Brennholz, sondern bei systematischer Erschließung aller seiner produktiven Kräfte auch nicht unerhebliche Mengen von Gerbstoffen, Harzen und Felle zum Pelzwerk liefern kann. Die Anfänge zu einer solchen Umstellung der Forstwirtschaft sind im Kriege gemacht worden. Das Ziel, den deutschen Wald als Rohstoffquelle für unsere Industrie mehr als bisher auszunutzen, muß für die Zukunft im Auge behalten werden. Unsere Ersatzwirtschaft wird andauern und schließlich zu der Einsicht beitragen, daß die Forstwirtschaft ihrer Natur nach eine Gemeinwirtschaft ist und sein soll.

Ein Zusammenwirken von Staats-, Gemeinde- und Genossenschaftssozialismus wird Platz greifen müssen, um erträgliche Zustände im Wohnungswesen zu schaffen. Auf keinem Gebiet hat das kapitalistische Wirtschaftsprinzip so sehr versagt, wie auf dem des Wohnwesens. Aus vielerlei triftigen Gründen wird heute das Einfamilienhaus mit Nutzgarten als die beste Wohnweise angesehen. Das kapitalistische Baugewerbe hat nun zwar Interesse an der Herstellung von Mietskasernen, weil diese immerhin eine leidlich sichere Kapitalanlage darstellen und Grundwertsteigerungen erhoffen lassen, es ist aber ganz und gar uninteressiert, tatkräftig an der so überaus notwendigen Dezentralisation des Wohnungswesens durch den Einfamilienhäuserbau mitzuwirken.

Der Staatssozialismus hat sich im wesentlichen auf die Errichtung von Wohnungen für die staatlichen Angestellten beschränkt. Anders jedoch der Gemeindesozialismus, der es vielfach als seine Aufgabe ansah, gerade die minderbemittelte Bevölkerung mit gesunden Wohnungen zu versorgen. In Freiburg i. Br. wohnt fast der vierte Teil der Bevölkerung in Häusern, die von einer Genossenschaft oder von der Stadt errichtet worden sind.

Auf keinem Gebiet ist jedoch die Vergenossenschaftlichung als Methode der Sozialisierung mehr am Platze als auf dem des Wohnungswesens. Verstaatlichung und Kommunalisierung ist Sozialisierung von oben herab. Das Wohnungswesen bedarf jedoch der Sozialisierung von unten auf. Denn dadurch, daß die vorhandenen Mietskasernen in Staats- oder Gemeindeeigentum übergeführt werden, ist eine Gesundung des Wohnungswesens nicht zu erzielen. Die Mietskasernen dürfen vielmehr nach ihrer Abnutzung nicht mehr neu entstehen und sollten ganz der Vergessenheit anheimfallen. Angesichts der beschränkten Menge von Baustoffen und qualifizierten Arbeitskräften für den Häuserbau kann sich die Revolutionierung des Wohnwesens natürlich nur langsam vollziehen. An erster Stelle sind daher bei der Versorgung mit Baustoffen und Arbeitskräften diejenigen Kreise der werktätigen Bevölkerung zu berücksichtigen, welche die zur genossenschaftlichen Sozialisierung erforderliche Energie und Voraussicht aufbringen können. Die genossenschaftliche Sozialisierung des Wohnwesens wird sich am besten so vollziehen, daß die Haushaltungen, die in Einfamilienhäusern wohnen wollen, sich an Baugenossenschaften anschließen, die von Staat und Gemeinde durch Hergabe von Kapital und

Baugelände unterstützt werden müssen. Als beste Rechtsform der Hingabe der genossenschaftlich erstellten Einfamilienhäuser mit Nutzgärten wird wohl die Erbpacht anzusehen sein, die dem Hausbewohner fast die volle Freiheit des Eigentümers gibt, dabei aber doch der Gemeinschaft ein oberstes Kontrollrecht beläßt.

Die Sozialisierung des Wohnwesens ist nun so notwendiger, als der Großbetrieb auch bei sozialistischer Produktionsweise keine wahrhaft zufriedenen, glücklichen Menschen, wie sie das Zeitalter der Kleinbetriebe kannte, zu schaffen vermag. Das Manko an Gefühlswerten, welches der Großbetrieb nun einmal aufweist, muß durch das eigene Heim, den eigenen Garten ersetzt werden, wenn der Trieb nach Glück und Freude, der in jedem Menschen wohnt, Befriedigung finden soll. Zufriedenheit und Glück zu verbreiten, bleibt das erhabene Ziel des Sozialismus. Der Sozialisierung des Wohnwesens muß daher schon aus psychischen Gründen ein wichtiger Platz in jedem Sozialisierungsprogramm eingeräumt werden. Daß die Sozialisierung des Wohnwesens von einem bestimmten Grad der Entwicklung ab die Sozialisierung des Baugewerbes, der Ziegeleien und Steinbrüche sehr erleichtern wird, ist leicht einzusehen.

Über praktische Sozialisierungserfahrungen im Kohlenbergbau kann man insoweit reden, als etwa ein Sechstel aller deutschen Kohlenbergwerke sich im Besitz des preußischen Staates befindet und von ihm in eigener Regie bewirtschaftet wird. Zwei Voraussetzungen der sozialistischen Produktionsweise — öffentlich-rechtliches Eigentum und eigene Regie — sind beim staatlichen Kohlenbergbau also bereits erfüllt. Die dritte Bedingung sozialistischer Produktionsweise, die Produktion für den eigenen Bedarf, hätte bei dem großen Kohlenbedarf der staatlichen Produktions- und Verkehrsanstalten leicht erfüllt werden können, wenn der kapitalistische Staat daran ein besonderes Interesse gehabt hätte. Das war jedoch nicht der Fall. Die Mehrheitsparteien des preußischen Landtags sahen ihre Aufgabe vielmehr darin, die Bergwerksverwaltung anzuspornen, ihre Zechen zur Erzielung des größtmöglichsten Reingewinns zu verwenden, was diese dazu bestimmte, den Preisfestsetzungen des Kohlensyndikats nicht nur zu folgen, sondern ihnen sogar vorauszugehen. Es herrschte also auf den staatlichen Zechen der staatskapitalistische Geist vor, der sich staatssozialistischer Formen bediente. Nichtsdestoweniger stand die

Produktion auf den staatlichen Zechen der Vollsozialisierung außerordentlich nahe. Auch der Einwand, daß der Staat notwendigerweise teurer produzieren müsse als der Privatkapitalismus, ist durch die Ergebnisse des staatlichen Kohlenbergbaues widerlegt worden; allerdings auch die Auffassung, daß die sozialistische Produktionsweise sich der kapitalistischen im Bergbau in bezug auf die Produktivität der Arbeit überlegen zeigen müsse. Auf Grund der erzielten Erfahrungen muß sich auch der Sozialist mit dem Gedanken vertraut machen, daß im Bergbau von der Verdrängung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische eine Produktionssteigerung nicht ohne weiteres zu erwarten ist.

Ehe wir auf die Frage eingehen, ob eine vollständige Beseitigung des kapitalistischen Systems im Kohlenbergbau praktisch durchführbar ist, müssen wir uns mit dem Bergrecht unserer Tage beschäftigen, um einen tieferen Einblick in das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise in diesem Zweige der Rohstoffgewinnung zu erlangen. Ein Eigentumsrecht Privater an den Kohlen, die ungehoben im tiefen Schoß der Erde lagern, erkennt unser Bergrecht im eigentlichen Sinne nicht an. Nur an der geförderten Kohle besteht ein Eigentumsrecht. Alle übrigen Rechte

der Bergwerksbesitzer stellen sich als Bergbauberechtigungen dar. Die Berechtigung, die Kohlenschätze aus der Erde heraufzuholen, ist den Bergwerksbesitzern vom Staat kraft seiner Berghoheit verliehen worden. Diese Berechtigung kann daher den Bergwerksbesitzern auch vom Staate kraft seiner Berghoheit wieder entzogen werden. Der Bergwerksbesitzer kann für den Fall, daß der Staat ihm das Bergbaurecht entzieht, nur den Ersatz für seine Kapitalanlagen verlangen, nicht aber etwa eine Entschädigung für den verlorengehenden Gewinn. Die Kohlenschätze der deutschen Erde gehören dem Bergwerksbesitzer nicht. Sie sind im gewissen Sinne selbst nicht einmal Eigentum des Staates, sie stellen vielmehr einen unverlierbaren Besitz des Volkes dar, und zwar nicht nur der lebenden Generation, sondern auch der kommenden Geschlechter. Durch die Entwicklung des Kohlenbergbaues hat nun die Bergbauberechtigung immer mehr einen privat-monopolistischen Charakter angenommen. Das tritt uns besonders klar entgegen, wenn wir uns fragen, wie in unserer Zeit die Berechtigung zur Anlage neuer Bergwerke erworben werden kann. Da ist nun zunächst zu bemerken, daß eine Bergbaufreiheit überhaupt nicht mehr existiert. Die Bergbauberechtigung wird vom Staate nur an

Personen verliehen, die ein Kohlenvorkommen an einem bestimmten Ort klar und zweifelsfrei feststellen konnten. Eine solche Feststellung ist aber in unseren Tagen technisch so schwierig und kostspielig geworden, daß sie nur von sehr kapitalkräftigen Gesellschaften ausgeführt werden kann. So kam es, daß wenige Gruppen von Großkapitalisten sich aller Bergbauberechtigungen bemächtigen konnten. Es waren dies die sogenannten mit den großkapitalistischen Banken in engster Fühlung stehenden Bohrgesellschaften, für die nur noch allein die Möglichkeit zum Erwerb der Bergbauberechtigung bestand, und zwar aus dem Grunde, weil sie im Alleinbesitze der leistungsfähigen Apparate waren, die die Auffindung neuer Kohlenlager erfordert. Diese Bohrgesellschaften waren aber nicht nur im Besitze äußerst kostspieliger, zumeist patentierter Apparate, die ihnen wegen des Patentschutzes niemand streitig machen konnte; sie verfügten auch fast ausschließlich über das in der Handhabung und Bedienung dieser komplizierten technischen Hilfsmittel geschulte Personal. Sie hatten daher geradezu ein Monopol in Beziehung auf den Erwerb von Bergbauberechtigungen. Es kann nun kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Tätigkeit, welche bisher die Bohrgesellschaften ausübten, nicht nur ebenso gut,

sondern besser vom Staate zum Nutzen der Allgemeinheit ausgeübt werden kann. Die Sozialisierung der Mutungen wird sich ohne erhebliche Schwierigkeiten ausführen lassen. Die technischen Apparate hierzu werden die Bohrgesellschaften dem Staate abtreten müssen und ihr technisches Personal wird eben in den Dienst des Staates übergehen.

Wie für die Sozialisierung der Mutungen lassen sich auch wichtige Gründe für die Sozialisierung des Bergbaues anführen. Zunächst spricht hierfür die gewaltige kapitalistische Konzentration im Kohlenbergbau. Nicht nur fehlt der Kleinbetrieb dort ganz, auch der kleinkapitalistische Betrieb (sechs bis fünfzig beschäftigte Personen) ist hier eine seltene Ausnahme. Die Entwicklung zum Groß- und Riesenbetrieb hat im Kohlenbergbau die gewaltigsten Dimensionen angenommen. Der Grund hierfür liegt darin, daß, um die nötigen Mengen Kohlen herbeizuschaffen, man immer tiefer in die dunkle Nacht der Erde hineindringen mußte. Das war technisch nur möglich, indem die Kohlenbergwerke von vornherein als gigantische Unternehmungen zur Anlage gelangten. In allen Zweigen des Bergbaues waren nach der Zählung von 1907 rund 86100 Personen beschäftigt, und zwar in nur 5000 Betrieben. Der Bergbau kann

also als der Industriezweig bezeichnet werden, in dem der Großbetrieb seinen Höhepunkt erreicht hat. Wir können daher mit gutem Recht annehmen, daß sich bei ihm starke Monopolisierungstendenzen zeigen müssen. Zunächst ist festzustellen, daß die 417 Steinkohlenbergwerke, die 1907 gezählt wurden, zu einer Produktions- und Verkaufsvereinigung, das sogenannte Kohlensyndikat, zusammengeschlossen sind. Das bedeutet, daß dem einzelnen Bergwerksbesitzer das Recht genommen ist, seine Produkte selbst zu verkaufen; er hat sie vielmehr an die Verkaufsvereinigung, das Kohlensyndikat, abzuliefern, das allein das Recht hat, die Kohlen den Verbrauchern zuzuführen. Ein Verhandeln zwischen Kohlenverbrauchern und Bergwerksbesitzern über den Preis der Kohlen findet überhaupt in Deutschland nicht mehr statt. Die Kohlenpreise werden vielmehr einseitig von dem Kohlensyndikat festgesetzt. Mit den Preisen desselben muß sich sowohl der einzelne Käufer als auch der einzelne Bergwerksbesitzer abfinden. Die Preise für die verschiedenen Kohlensorten wurden vom Kohlensyndikat natürlich so hoch festgesetzt, als dies die ausländische Konkurrenz nur irgend zuließ. Eine Konkurrenz unter den deutschen Bergwerksbesitzern gab es nicht mehr. Jeder Wettbewerb durch Unterbieten beim

Preise war durch das Syndikat ausgeschlossen. Um nun eine Überproduktion zu vermeiden, die bei der Kohlengewinnung besonders verderblich ist, weil Kohlen durch längeres Lagern ihre Energie selbst verzehren und minderwertig werden, schreibt das Kohlensyndikat jedem Bergwerksbesitzer vor, wieviel Kohlen er fördern darf. Ebenso sind Betriebserweiterungen von der Genehmigung des Syndikats abhängig. Der Zusammenschluß der Werkbesitzer eines Industriezweiges zu einer solchen Produktions- und Verkaufsvereinigung wird als Kartellierung oder Syndizierung bezeichnet. Die Macht des Kohlensyndikats ging schon so weit, daß es die Stillegung von Bergwerken erzwingen konnte, wenn ihm dies im Interesse der Erzielung eines möglichst großen Kapitalprofits geboten schien.

Die offensichtliche Entwicklung des Kohlenbergbaues zu einem Privatmonopol zwang die Parteien dazu, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob nicht ein Staatsmonopol dem Privatmonopol vorzuziehen sei. Diese Frage ist zögernd, aber doch mit zunehmender Bestimmtheit zugunsten des Staatsmonopols beantwortet worden. Selbst der Liberalismus, der vielleicht von allen Parteien dem Staatssozialismus am ablehnendsten gegenübersteht, hat sich für dessen Ausdehnung im

Kohlenbergbau ausgesprochen. Von bestimmendem Einfluß hierauf war das Verhalten des Kohlensyndikats, das die Produktion eigenmächtig einschränkte, Bergwerke außer Betrieb setzte, und zwar alles lediglich zu dem Zweck, die Kohlenpreise in die Höhe zu treiben, obwohl die Aktiengesellschaften im Bergbau in der Lage waren, durchschnittlich zwölf Prozent Dividende auszuschütten.

Am 13. März dieses Jahres hat die Nationalversammlung, dem Drängen der Bergleute folgend, ein Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft in dritter Beratung angenommen. Das Gesetz erstreckt sich auf Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle und Koks. Für die Gewinnung und Verteilung dieser Erzeugnisse des Bergbaues soll eine Organisation geschaffen werden, die von einem Reichskohlenrat geleitet werden wird. Was die bisherigen Kohlenerzeuger anbetrifft, so sollen diese für bestimmte Bezirke zu Verbänden zusammengefaßt werden. Diese einzelnen Verbände sind dann zu einem Gesamtverband zu vereinigen. Reichskohlenrat und Kohlenverbände sollen bis zum 30. Juni dieses Jahres errichtet sein. Neben dem Reichskohlenrat soll noch ein Sachverständigenrat von der Reichsregierung berufen werden, in dem fünfzehn Arbeitnehmer- und dreizehn Arbeit-

gebervertreter neben anderen Sachverständigen auf den Gebieten der Kohlenmutung, der Kohlenförderung und des Kohlenhandels sitzen sollen.

Man kann verstehen, daß die Bergleute diesem Gesetz, das so vieles im Ungewissen läßt, mit Mißtrauen gegenüberstehen. So viel steht jedenfalls fest, daß eine Vollsozialisierung des Kohlenbergbaues von ihm weder erstrebt wird noch erreicht werden kann. Die kapitalistische Produktionsweise im Kohlenbergbau soll durch dasselbe wohl einen gemeinwirtschaftlichen Charakter erhalten, aber nicht im eigentlichen Sinne beseitigt werden. Auf Grund dieses Rahmengesetzes läßt sich vielleicht eine schätzbare Vorarbeit zur Herbeiführung der sozialistischen Produktionsweise leisten, aber für die von den Bergarbeiterorganisationen aller Länder geforderte Verstaatlichung der Kohlenwirtschaft ist der Rahmen zu eng gespannt. Will man die Unternehmer im Kohlenbergbau beseitigen, so darf man sie nicht zwangsweise organisieren und ihnen, wenn auch unter Staatsaufsicht, die Leitung der Produktion überlassen. Aufsicht ist nicht eigene Regie. Sofern eine staatliche Kontrolle des kapitalistischen Produktions- und Distributionsprozesses, wie sie in diesem Rahmengesetz angestrebt wird, überhaupt zum Sozialismus führt, kann dies nur auf einem riesigen Umweg

geschehen. Ist eine radikale Sozialisierung des Kohlenbergbaues aus technischen Gründen, etwa wegen des Mangels an geeigneten Betriebsleitern, für die 417 Steinkohlenbergwerke zurzeit nicht angängig, so müßte wenigstens die vom Liberalismus vertretene Ausdehnung des Staatsbetriebes auf Kosten des Privatbetriebes Platz greifen, soweit hierzu die vorhandenen Kräfte nur irgendwie aufzutreiben sind.

Energie

Die Elektrizität gehört zu denjenigen Naturkräften, die nicht nur die Produktivität der menschlichen Arbeit erheblich erhöht, sondern auch die Arbeitsverrichtung für den Arbeiter wesentlich angenehmer und gesundheitlich einwandfreier gestaltet haben. Wo die Maschinen mit elektrischer Kraft angetrieben werden, da sind die Arbeitsräume lichter und freundlicher, da fehlt auch der Rauch und Qualm, der den Fabrikanlagen mit Dampfbetrieb vielfach ein so düsteres und melancholisches Aussehen verleiht.

Was die Verwendung der Elektrizität zu gewerblichen Zwecken anbetrifft, so hat sie sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft, sowohl im Groß- als auch im Kleinbetrieb Eingang

gefunden. Viele Industriezweige könnten ohne elektrische Kraft überhaupt nicht mehr existieren, weil sie für ihre Produktion solch enorme Hitzegrade brauchen, wie sie nur der elektrische Ofen zu erzeugen vermag. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß der Gesamtverbrauch an elektrischer Kraft in Deutschland von 4 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1907 auf 22 Milliarden im Jahre 1917 stieg. In einem Jahrzehnt ist also der Verbrauch elektrischer Kraft um 450 Prozent gewachsen.

Zweifellos hätte die Elektrizitätswirtschaft eine noch größere Ausbreitung gewonnen, wenn der große Generalstab sich ihrer Ausdehnung auf das Eisenbahnwesen nicht widersetzt hätte. Unsere obersten militärischen Behörden hielten den Dampfbetrieb für sicherer, und deshalb mußte der Übergang zum elektrischen Betrieb der Eisenbahnen unterbleiben. Die Erfahrungen des Krieges sprechen jedoch nicht für die Richtigkeit der Anschauung unserer Heerführer. Sicher wären die großen Transportschwierigkeiten, mit denen wir während des Krieges zu kämpfen hatten, nicht in dem Maße zu verzeichnen gewesen, wenn Deutschland schon 1914 mit einem Netz von Starkstromleitungen überzogen gewesen wäre. Kein Zweifel kann daran bestehen, daß Deutschland bald zur

elektrischen Zugförderung auf allen Staatsbahnen übergehen wird, obschon zurzeit der elektrische Betrieb der Staatseisenbahnen über das Versuchsstadium noch nicht viel hinausgelangt ist. Schon werden Entwürfe für elektrische Einheitslokomotiven von der Eisenbahnverwaltung und dem Großgewerbe bearbeitet. Die elektrischen Lokomotiven sind in den letzten Jahren so weit entwickelt worden, daß sie den schwierigsten Betriebsverhältnissen ohne weiteres angepaßt werden können. Die neue Betriebsart läßt erhebliche Ersparnisse an Kohle und Arbeitskraft erwarten.

Was die Erzeugung der Elektrizität anbetrifft, so sind Stein- und Braunkohlen noch immer die großen Quellen elektrischer Kraft. Bei dem gegenwärtigen Mangel an Brennstoffen liegt der Gedanke nahe, mehr als bisher Wasserkräfte zur Erzeugung der Elektrizität heranzuziehen. Seit der Elektrotechnischen Ausstellung zu Frankfurt a. M. im Jahre 1891, deren Hauptsehenswürdigkeit die Übertragung einer Wasserkraft von etwa 300 Pferdekräften zu Lauffen an der Nahe auf etwa 175 Kilometer Entfernung nach Frankfurt a. M. mittels hochgespanntem Drehstrom von 30 000 Volt war, schien es der Öffentlichkeit, daß man fortan elektrische Energie hauptsächlich aus den Wasserkräften werde gewinnen können. Leider

haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllen lassen. Die Gründe hierfür sind verschiedener Natur. Zunächst das Problem der Umsetzung der Kräfte des Meeres (Ebbe und Flut) in elektrische Energie ist noch nicht gelöst. Die Bedeutung der Kräfte unserer Seen und Flüsse wird aber zumeist überschätzt. Es liegt nämlich in der Natur der Wasserkräfte, daß sie sehr unbeständig sind. Die deutschen Seen und Flüsse werden entweder von den Eis- und Schneeschmelzen des Hochgebirges gespeist wie in Bayern, oder von den Niederschlagsmengen der Hoch- und Tiefebenen wie in Mittel- und Norddeutschland. Erstere sind nur im Sommer, letztere nur im Herbst und Frühjahr wasserreich. Dieser Umstand hat die Ausnutzung der Wasserkräfte zur Erzeugung elektrischer Energie so sehr gehemmt, daß bei der Erzeugung elektrischer Kraft Wasserkraftanlagen zur Zeit noch gegenüber der Gesamtleistungsfähigkeit der Wärmekraftwerke vollständig verschwinden. Nun läßt sich allerdings eine größere Gleichmäßigkeit der Wasserkräfte herbeiführen, wenn man das im Sommer beziehungsweise im Frühjahr und Herbst auftretende Hochwasser in Staubecken auffängt und aufspeichert. Allein diese Maßnahme ist nur selten möglich, weil die Errichtung solcher Staubecken schwierig und zeitraubend ist, enorme Kosten

verursacht und eine vollkommene Abhilfe schließlich doch nicht schafft. Das Privatkapital hat sich daher auch bei der Ausnutzung der Wasserkräfte sehr reserviert verhalten. Die Erfahrungen in der Schweiz, wo die Verhältnisse wesentlich günstiger liegen als bei uns, klärten es schnell darüber auf, daß Wertsteigerungen bei Errichtung von Wasserkraftanlagen sehr selten eintreten und zumeist nur eine Verzinsung des investierten Kapitals mit 4—5 Prozent zu erwarten ist.

Die kapitalistische Produktionsweise hat also in Deutschland bei der Elektrizitätserzeugung zu einer rationellen Ausnutzung der vorhandenen Wasserkräfte nicht geführt. Es besteht auch keine Sicherheit, daß der Kapitalismus das bisher Versäumte schnell nachholen wird. Daher bleibt, wenn die Ausnutzung der deutschen Wasserkräfte vorwärtsschreiten soll, eigentlich gar nichts anderes übrig, als den staats- und kommunalsozialistischen Weg zu beschreiten oder, mit anderen Worten, das ganze Gebiet der Elektrizitätswirtschaft zu sozialisieren.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, der der Nationalversammlung am 27. Juli 1919 zugegangen ist, sieht die Übernahme der Starkstromleitungen von 50 000 Volt an, der größeren Elektrizitätswerke mit 5000 Kilowatt Maschinenleistung und

darüber und der Wasserkraftanlagen, soweit diese für den Verkauf elektrischer Kraft arbeiten, auf das Reich vor. In der Begründung dieses Gesetzentwurfes wird gesagt, daß zu den Wirtschaftsgebieten, die als sozialisierungsreif angesehen werden können, in erster Linie die Elektrizitätswirtschaft gehört. Von der Sozialisierung derselben sei eine Vervollkommnung bei der Ausnutzung der deutschen Energiequellen, die teils auf Brennstoffen, teils auf Wasserkräften beruhen, zu erwarten. Diese notwendige Vervollkommnung könne durch das kapitalistische Konkurrenzsystem nicht erreicht werden. Dieses habe im Gegenteil zu einer planlosen Zersplitterung der Elektrizitätserzeugung in 4000 Elektrizitätswerke geführt, von denen viele als unwirtschaftlich bezeichnet werden müßten. Andererseits nötigte der große Kohlenmangel dazu, die Wasserkräfte zur Energiewirtschaft in weit stärkerem Umfange als bisher heranzuziehen. Bei den sehr hohen Kosten, die mit dem Ausbau leistungsfähiger Wasserkräfte verbunden sind, wird dieser Ausbau nicht von privaten Unternehmern erwartet werden können. Der Staat werde sich daher der Aufgabe zuwenden müssen, die Wasserkräfte auszubauen, um Kohlen zu ersparen. Eine erhebliche Kohlenersparnis sei auch dadurch zu erzielen, daß Wasserkraftwerke durch Leitungen miteinander

verkuppelt werden und ihr einheitlicher Betrieb alsdann so gestaltet wird, „daß das wirtschaftlich arbeitende Werk die Hauptbelastung trägt, während das unwirtschaftlich arbeitende, kohlenfressende Werk in möglichst geringem Umfange, wenn angängig, nur zu den Spitzenleistungen herangezogen wird".

Schon im alten Deutschland waren die Sachkundigen zu der Erkenntnis gelangt, daß die Kohlenverschwendung in der Elektrizitätswirtschaft sich nur durch die staatssozialistische Produktionsweise werde beseitigen lassen. Ebenso war man sich auch klar darüber geworden, daß vom Privatkapitalismus eine stärkere Ausnutzung der Wasserkräfte zur Erzeugung elektrischer Energie nicht zu erwarten sei. Die kaiserliche Regierung war daher im Prinzip entschlossen, die Elektrizitätswirtschaft zu verstaatlichen. Der ständig wachsende Kohlenmangel fordert vom neuen Deutschland gebieterisch, daß der Kohlenverschwendung durch kohlenfressende Elektrizitätswerke und der Nichtausnutzung der Wasserkräfte so schnell wie möglich ein Ende gemacht wird. Selbst wenn die Ausnutzung der Wasserkräfte mehr kostet als sie einbringt, muß sie zur Bekämpfung des Kohlenmangels vorgenommen werden. Das ist aber nur auf dem Wege der sozialistischen Produktionsweise möglich, weil

auf die kapitalistische Produktion Profitlosigkeit wie ein tödliches Gift wirkt. Nichtsdestoweniger wäre die Befürchtung falsch, daß dem Reich aus der Ausnutzung der Wasserkräfte sehr große Verluste entstehen könnten. Im Gegenteil, die Mehrzahl der Autoren, die sich mit dem Reichselektrizitätsmonopol beschäftigt haben, sind der Überzeugung, daß, wenn die staatssozialistische Produktion in der Elektrizitätswirtschaft sich auf die Großerzeugung der Elektrizität in den Großkraftwerken und auf deren Fortleitung durch Starkstromleitungsanlagen beschränkt, sie mit den Jahren zu einer kräftigen Einahmequelle für das Reich sich auswachsen könne.

Die Elektrizitätswirtschaft ist im Grunde dem Staats- und Gemeindesozialismus auch kein fremdes Gebiet. Schon vor dem Kriege standen zahlreiche Elektrizitätswerke und Hochspannungsleitungen im Besitz der Staaten und Gemeinden. Daneben waren freilich auch zahlreiche private Anlagen vorhanden. Auch der sogenannte gemischtwirtschaftliche Betrieb, bei dem die Verfügungsgewalt dem Privatkapitalismus zusteht, die Gemeinden aber eine Anzahl Aktien in ihren Händen haben, war in der Elektrizitätswirtschaft stark vertreten. Gerade dieses Durcheinander von staats- und gemeindesozialistischen, privatkapitalistischen

und gemischtwirtschaftlichen Betrieben hat nun aber zu jener höchst unrationellen Zersplitterung geführt, deren Folge eine weitgehende Kohlenverschwendung ist.

Der Gesetzentwurf über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft stellt nun allerdings keine allgemeine Sozialisierung dar. Außerhalb der Sozialisierung bleibt zunächst die elektrotechnische Industrie, die in den beiden großen Unternehmergruppen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Siemens-Schuckertwerke zum größeren Teil konzentriert ist und die vor dem Kriege eine der führenden deutschen Exportindustrien war. Trotz der weitgehenden kapitalistischen Konzentration muß die Elektroindustrie ihres Exportcharakters wegen als für die Sozialisierung völlig ungeeignet bezeichnet werden. Wie die elektrotechnische Industrie, so bleiben auch die privaten Elektrizitätswerke, die zur Versorgung größerer Fabrikunternehmen, Berg- und Hüttenbetriebe mit elektrischer Kraft dienen, außerhalb der Sozialisierung. Es handelt sich hier um sehr bedeutungsvolle Einzelanlagen, die ein Gesamtanlagekapital von etwa 3 Milliarden Mark und eine Gesamtleistungsfähigkeit von etwa 10 Milliarden Kilowattstunden aufweisen. Diese privaten, der Eigenversorgung großer Werke dienenden Elektrizitäts-

unternehmungen leisten dreimal so viel wie die gesamten öffentlichen Elektrizitätsunternehmen. Der Sozialisierung unterworfen werden also nur Starkstromleitungen, größere Elektrizitätswerke und Wasserkraftanlagen, die dazu dienen, elektrische Kraft gegen Bezahlung abzugeben. Die Eigenversorgung industrieller Werke mit elektrischer Kraft wird von der Sozialisierung nicht berührt. Eine große Zahl der Elektrizitätswerke und Starkstromleitungen, die zu dem Zweck errichtet worden waren, bestimmte Ortschaften oder Bezirke mit elektrischer Kraft zu versorgen, waren schon bisher ganz oder teilweise Eigentum von Gemeinden, beziehungsweise Gemeindeverbänden. An diesem Zustande will das Sozialisierungsgesetz nichts ändern. Nur diejenigen nicht der Eigenversorgung dienenden Elektrizitätswerke und Leitungsanlagen, die in den Händen privater Eigentümer sind, sollen auf das Reich übergehen. Neben die kommunalsozialistischen Elektrizitätsbetriebe werden also in Zukunft noch staatssozialistische treten, die, planvoll vereinigt, einerseits durch Konzentration der Erzeugung auf die leistungsfähigsten Betriebe der bisherigen Kohlenverschwendung ein Ende bereiten und andererseits die volle Ausnutzung aller in Deutschland vorhandenen Groß- und Kleinwasserkräfte ermöglichen sollen, wobei der Betrieb

der Großwasserkraftanlagen dem Staatssozialismus und die Ausnutzung der Kleinwasserkräfte den Gemeinden überlassen werden kann. Durch ein solch planvolles Ineinandergreifen von kommunal- und staatssozialistischen Elektrizitätsversorgungsunternehmen soll die starke Zersplitterung, die auf diesem Gebiete herrscht, überwunden werden. Wie notwendig dies ist, geht daraus hervor, daß sich unter den zurzeit bestehenden 4100 öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen etwa 1000 befinden, die keine eigene Erzeugungsstelle der Elektrizität besitzen, sondern ihren Elektrizitätsbedarf aus fremden Unternehmen decken. Von den noch verbleibenden etwa 3100 Elektrizitätsversorgungsunternehmen befriedigen etwa 500 Unternehmen 90 Prozent des gesamten öffentlichen Elektrizitätsbedarfs, während auf die noch übrige große Zahl von etwa 2600 kleinerer und kleinster Unternehmen nur etwa 10 Prozent dieses Bedarfs entfallen. Man kann es daher verstehen, daß R. Fischer in seiner Studie über die Elektrizitätsversorgung zu der Auffassung gelangt, daß dieselbe sich heute in einem geradezu anarchischen Zustand befindet, der sich mit der Gründung eines jeden neuen Werkes und mit jeder Erweiterung noch verschlimmert. Dadurch nun, daß in Zukunft die Erzeugung und die Fortleitung von Elektrizität

zum Zweck ihres Verkaufes den Gemeinden und dem Staate vorbehalten bleibt, kann die Erzeugung elektrischer Kraft und ihre Verteilung an die Verbraucher in planvoller Weise organisiert und unter rationellster Ausnutzung der vorhandenen Energiequellen (Brennstoffe und Wasserkräfte) vor sich gehen. Wird das Reich durch Sozialisierung der Elektrizitätswerke, Starkstromleitungen und Wasserkraftanlagen der größte Produzent auf dem Gebiete der Elektrizitätserzeugung und zugleich Eigentümer des die Verteilung der elektrischen Energie beherrschenden Hauptleitungsnetzes, so fällt ihm damit von selbst die Führerrolle in der gesamten Elektrizitätswirtschaft zu. Es kann schwache Landesteile oder Wirtschaftsgruppen durch niedrige Stromtarife stützen und fördern, indem es Mindereinnahmen oder gar Verluste, die es auf der einen Stelle auf sich nimmt, an anderer Stelle durch stärkere Heranziehung finanziell leistungsfähiger Verbrauchergruppen deckt. Was die Kosten der durch den Gesetzentwurf vom 27. Juli 1919 vorgesehenen Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft betrifft, so wird sie nicht über die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches hinausgehen, weil das in den großen Elektrizitätswerken investierte Privatkapital nur auf etwa 1 Milliarde Mark veranschlagt wird. Wenn auch aus der Sozialisierung

der Elektrizitätsversorgung große Einnahmen vorerst nicht zu erwarten sind, so ist doch zu hoffen, daß dieselben durch Hinzutritt des Elektrizitätsbedarfs der für den elektrischen Betrieb umgestalteten Staatseisenbahnen und der elektrochemischen Industrie sich später recht erträgnisreich für das Reich gestalten werden.

Der Kalibergbau

Kalisalze sind die Verbindungen des Leichtmetalles Kalium mit verschiedenen Säuren. Sie gehören zu den wichtigsten Nährsalzen. Ohne Kalium kann keine Pflanze gedeihen. Kalireiche Böden sind fruchtbarer als kaliarme. In Deutschland werden große Mengen Kali als Düngemittel in der Landwirtschaft verwendet, und zwar sowohl beim Anbau von Halmpflanzen (Weizen, Roggen, Hafer), als auch beim Anbau von Blattpflanzen (Kartoffeln, Rüben); selbst beim Wiesenbau und in der Forstwirtschaft kommt Kalidüngung schon zur Anwendung. Anders liegen freilich die Dinge im Auslande. In Europa und Amerika wird Kali nur bei Spezialkulturen (Tabak, Baumwolle) verwendet. Die ausländische Landwirtschaft hält Kalidüngung zumeist nicht für notwendig. Daher die Erscheinung, daß, obwohl vor dem Kriege Deutschland der einzige Fundort für

Kalisalze war, die deutsche Gesamtausfuhr 1913 doch nur 63 Millionen Mark betrug.

Der deutsche Kalibergbau ist ein Schulbeispiel dafür, wie ungezügelte kapitalistische Gründertätigkeit zu einer chronischen Überproduktion und zu einer sinnlosen Vergeudung von Arbeitskräften und Rohstoffen führen kann. Die enorme Steigerung des Kaliverbrauchs seit 1900 um zirka zweihundert Prozent erweckte bei dem spekulativen Kapital die trügerische Hoffnung, daß auch die ausländische Landwirtschaft sich mehr und mehr der Kalidüngung zuwenden werde. Das geschah jedoch nicht, so daß jetzt beim Kalibergbau der Zustand zu verzeichnen ist, daß über zweihundert Kalibergwerke vorhanden sind, obwohl sechzig davon vollauf genügen würden, den ganzen Weltbedarf an Kali zu decken. Die zur Anlage von hundertundvierzig Kaliwerken verwendeten Arbeitskräfte und Rohstoffe sind also zwecklos vergeudet worden. Angereizt wurde das Kapital zu fortgesetzten Neuanlagen von Kaliwerken freilich nicht wenig durch die hohen Preise, die das Kalisyndikat für seine Erzeugnisse festgesetzt hatte. Diese ließen nämlich auch dann noch einen Gewinn erhoffen, wenn die Kaliwerke auch nur zur Hälfte ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt wurden. Das Verwertungsbedürfnis des Kapitals hat also auf

dem Gebiete der Kaligewinnung zu einem Übermaß von Gründungen geführt, die man in Anbetracht des nur langsam steigenden Weltbedarfs geradezu als unsinnig bezeichnen kann. Mehr als siebzig Prozent der vorhandenen Kaliwerke sind überflüssig. Sie stellen eine geradezu wahnsinnige Kapitalverschwendung dar. Die Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise zur Überproduktion, die im Erfurter Programm eingehend geschildert ist, und die erst durch die Kartelle eine gewisse Einschränkung erfahren hat, tritt uns bei der Kalierzeugung besonders kraß entgegen. Im Jahre 1912 mußten von den Aktienbesitzern 80 Millionen Mark, im Jahre 1913 60 Millionen Mark an Zubußen, beziehungsweise Anleihen aufgebracht werden, um die überflüssigen Werke halten zu können. Diese Zustände im Kalibergbau haben bereits lange vor dem Kriege zu Eingriffen der Reichsgesetzgebung geführt. Bei einigen Nationalökonomen bestand daher schon seit langem kein Zweifel daran, daß eine rationelle Ausnutzung dieses deutschen Naturmonopols nur durch Verstaatlichung des gesamten Kalibergbaues erreicht werden kann. Selbst ein so ausgesprochener Gegner sozialistischer Produktionsweise wie der liberale Abgeordnete und frühere Reichsminister Gothein muß zugeben, daß die Überführung

der Kalikuxe und -aktien in den Reichsbesitz verhältnismäßig nicht schwierig und bei voller Entschädigung zu erschwinglichen Summen möglich sein werde. Die Gesetzgebung der neuen deutschen Republik ist denn auch an die Aufgabe herangetreten, den Kalibergbau zu sozialisieren. Aber auch hier muß man sagen, daß die Nationalversammlung in Weimar auf halbem Wege stehengeblieben ist. Der Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft ist ein Rahmengesetz. Die Kalierzeuger werden zu einer Betriebsgemeinschaft zusammengeschlossen, der die Regelung der Erzeugung und des Absatzes obliegt. Daneben wird eine Reichsbehörde, der Reichskalirat, geschaffen, der über die Betriebsgemeinschaft der Kalierzeuger die Aufsicht zu führen hat. Die Oberaufsicht sowohl über die Betriebsgemeinschaft der Kalierzeuger wie über den Reichskalirat hat sich die Reichsregierung vorbehalten. Laut diesem Gesetz bleiben die Kaliwerke im Eigentum ihrer bisherigen Besitzer: auch die Regie wird ihnen oder ihren Beauftragten überlassen. Allerdings sind sie auf Schritt und Tritt durch die gemeinwirtschaftliche Regelung in ihren Entschlüssen beschränkt. Zunächst bestimmt die Betriebsgemeinschaft, wieviel Kali jedes Werk zu fördern hat, damit keine wertzerstörende Über-

produktion eintritt. Was die Preise anbetrifft, so werden diese in erster Instanz vom Reichskalirat, in zweiter und letzter Instanz von der Reichsregierung bestimmt. Auch die Entscheidung über die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten ist der Befehlsgewalt der Direktionen der Kaliwerke entzogen und in die Hände des Reichskalirats gelegt, der Arbeitszeit, Arbeitslohn und alle sonstigen Arbeitsbedingungen einheitlich nach sozialen Gesichtspunkten regelt. Die Anfänge einer sozialistischen Produktionsweise im Kalibergbau scheinen durch das neue Kaligesetz wohl geschaffen zu sein, aber zu einer vollkommenen Sozialisierung, die durchaus im Bereich des Möglichen liegt, fehlt noch viel.

Luftstickstoff

Es ist als ein „glücklicher Zufall von unermeßlicher Bedeutung" bezeichnet worden, daß unsere Stickstoffindustrie kurz vor dem Kriege eine Entwicklung erreicht hatte, die es ihr ermöglichte, den ungeheuerlichen Anforderungen des Krieges Genüge leisten zu können. Heute sind viele geneigt, in diesem „glücklichen Zufall" eher ein Unglück für Deutschland und ganz Europa zu sehen, weil ein schlechterer Friede als der, welchen wir schließen mußten, auch nicht zu verzeichnen

gewesen wäre, wenn der Stickstoffmangel uns genötigt hätte, schon im Frühjahr 1915 die Waffen zu strecken. Damals stand das Zarenreich noch aufrecht, in der Fülle seiner Macht, und schon die Furcht vor diesem bösartigen Rivalen in Asien hätte England genötigt, Sir Edward Greys geheime Zusicherung an den deutschen Botschafter vom 4. August 1914, daß es nicht britische Absicht sei, Deutschland zu erdrücken (to crush Germany), bei den Friedensverhandlungen im ureigensten Interesse wahrzumachen. Andererseits hätte eine Waffenstreckung Deutschlands infolge Stickstoffmangels im Frühjahr 1915 den unbegreiflichen Mangel an Voraussicht beim Großen Generalstab dem ganzen Volke so grausam deutlich enthüllt, daß das monarchistische System daran sicher rettungslos zugrundegegangen wäre, so daß das deutsche Volk damals wahrscheinlich nicht bloß einen besseren Frieden erlangt, sondern sich auch wie jetzt volle republikanische Freiheit errungen hätte.

Die große Bedeutung des Stickstoffs für den Krieg liegt darin, daß alle wichtigen Explosivstoffe: Schwarzpulver, rauchloses Pulver, Schießbaumwolle, Dynamit usw. zu ihrer Herstellung des Stickstoffes (Salpeter) bedürfen. Kein Wunder, daß die Beschaffung der für die Kriegführung benötigten Stickstoffmengen die beständige Sorge

aller Generalstäbe war. Die für militärische Zwecke brauchbare Stickstoffverbindung, der Kalisalpeter, bildet sich in der Natur überall da, wo pflanzliche oder tierische Substanzen in Gegenwart von Kalisalzen verfaulen. Darum tritt Kalisalpeter aus den mit Harnstoff gesättigten Böden und Wänden der Ställe hervor und blüht aus den Mauersteinen der Keller aus, die mangels Kanalisation viele Jahre mit dem Unrat der Straße in Berührung gestanden haben. So sehr war der Militarismus im achtzehnten Jahrhundert auf die Gewinnung von Salpetervorräten bedacht, daß die Salpetersieder für ihre Zwecke mit fast unbeschränkter Vollmacht ausgerüstet und den Bürgern Ausgrabungen von Salpeter selbst auf ihren eigenen Grundstücken streng verboten waren. In Preußen wurde sogar allen Ortschaften ausdrücklich befohlen, „Salpeterwände" zu unterhalten. Ställe durften nicht mit Steinen gepflastert werden, um das Eindringen des Harnstoffs in den Boden nicht zu verhindern, und die Wände geeigneter Schuppen sollten ständig mit Harn gehörig feucht erhalten werden, damit Salpeter aus ihnen herausblühe. Wo Kalisalpeter sich in größeren Mengen im Auslande fand, scheute man weder Mühe noch Kosten, um ihn ins Land hereinzuschaffen. In den südwestlichen Provinzen

Spaniens wurde im achtzehnten Jahrhundert ein Drittel des Bodens nicht bebaut, sondern diente ausschließlich der Salpetergewinnung in der Oberfläche der Äcker. Jeder Staat war bemüht, die heimische Stickstoffgewinnung zu entwickeln und zugleich durch planmäßige Vorratswirtschaft möglichst große Mengen ausländischen Stickstoffs für militärische Zwecke anzusammeln. Große Salpetermengen in den Händen eines Staates wirkten auf angriffslustige feindliche Mächte nicht weniger abschreckend als ein starkes Heer. Ohne ausreichende Stickstoffmengen (Kalisalpeter) war schon im achtzehnten Jahrhundert keine wirksame Landesverteidigung mehr möglich. Man muß sich diese Tatsache vor Augen halten, um den Grad der Leichtfertigkeit unseres Großen Generalstabes zu ermessen, der mit einer ganz schwachen heimischen Stickstoffproduktion und mit einem Stickstoffvorrat in den Krieg eintrat, der kaum für ein halbes Jahr ausreichte. Mit phantastischen Kosten mußten erst während des Krieges die Stickstoffwerke errichtet werden, die die zur Kriegführung notwendigen Salpetermengen der atmosphärischen Luft entnahmen.

Der Stickstoff, der bei der Landesverteidigung mit militärischen Mitteln seit Erfindung der Feuerwaffen eine so entscheidende Rolle spielte, ist in

freiem Zustande ein farbloses Gas, ohne Geruch und Geschmack. Stickstoff ist in elementarer Form, unverbunden mit anderen Stoffen, in unerschöpflichen Mengen vorhanden, weil die Lufthülle, die unseren Erdball umgibt, zu vier Fünfteilen aus Stickstoff besteht. Die über einem einzigen Quadratkilometer Oberfläche stehende Luftsäule enthält etwa acht Millionen Tonnen Stickstoff, eine Menge, die hinreichend ist, den Weltbedarf für fünfundzwanzig Jahre zu decken. Die Menschheit lebt also in einem mit Sauerstoff gemengten Stickstoffmeer, das für uns und alle kommenden Generationen ganz unerschöpflich ist. Der Stickstoff ist aber nicht nur ein zerstörendes, er ist auch ein eminent aufbauendes Element. Schon am Ende des achtzehnten Jahrhunderts war man zur Einsicht gelangt, daß Böden, die zur Salpetergewinnung dienen können, gerade deshalb, weil sich in ihnen diese Stickstoffverbindung ständig von neuem bildet, auch sehr fruchtbar sind. Als man, von dieser Einsicht ausgehend, junge Gartenpflanzen mit dünnen Salpeterlösungen begoß, erzielte man überraschende Erfolge. Tiefere wissenschaftliche Einsicht in diese Vorgänge vermittelte uns aber erst der Darmstädter Gelehrte Justus Liebig, der auf Grund seiner tiefgründigen Forschungen als Professor der Chemie an der

Universität Gießen den deutschen Landwirten in eindrucksvoller Sprache die Erkenntnis beibrachte, daß die ausschließliche Stallmistwirtschaft nicht imstande sei, dem Boden die gewaltigen Mengen von Nährstoffen zu ersetzen, die ihm mit den geernteten Früchten entzogen werden. Unermüdlich hob er hervor, daß der Mist nicht durch seine organischen Elemente auf das Pflanzenleben einwirkt, sondern erst nach seiner chemischen Zersetzung im Fäulnis- und Verwesungsprozeß. Aus diesem Grunde sei es auch praktisch möglich, die Einwirkung des Stallmistes auf das Pflanzenwachstum durch künstliche Düngung zu ergänzen, wenn nämlich der künstliche Dünger diejenigen Pflanzennährstoffe enthält, die im Mist nur kärglich vertreten sind. Dies treffe nun besonders vom Stickstoff zu, der im Stallmist ganz unzureichend vorhanden sei. Nur ein halbes Prozent Stickstoff sei im Stallmist zu finden, von welcher geringen Menge unter den günstigsten Bedingungen wieder bloß der fünfte Teil zum Aufbau der Pflanzen ausgenutzt wird. Die Bereicherung unserer Äcker mit solchen Stickstoffverbindungen, die von Pflanzen leicht aufgenommen werden können, sei daher, so lehrte Liebig, dringendes Erfordernis, wenn für die uns zuwachsenden Millionen neuer Menschen der Tisch in der Heimat gedeckt werden soll.

Die wichtigste Stickstoffquelle, die zu Liebigs Zeiten den Landwirten zur Verfügung stand, waren die Guanolager Südamerikas (Peru), deren Abbau 1840 in Angriff genommen wurde. Die früher kaum gekannten Eilande der Westküste Perus wurden der Sammelpunkt einer Flotte von Kauffahrteischiffen, welche die dort während vieler Jahrhunderte abgelagerten Exkremente von Seevögeln fortführten. Der Stickstoff ist im Guano hauptsächlich als Harnsäure enthalten, die den Pflanzen leicht zugänglich ist und ein vortreffliches Düngemittel bildet. Zu Beginn der achtziger Jahre, als diese Stickstoffquelle für den Weltbedarf mehr und mehr unzureichend wurde, begann die Ausbeutung der Salpetererde in Chile, die einen Stickstoffgehalt von etwa fünfzehn Prozent besitzt. Eine dritte Stickstoffquelle für unsere Landwirtschaft wurde durch die sogenannte Gründüngung eröffnet, die darin besteht, daß man unmittelbar nach der Halmfruchternte (Weizen, Roggen, Hafer) auf die Stoppelfelder Leguminosen (Lupinen) aussät, die die Eigenschaft besitzen, atmosphärischen Stickstoff in sich aufzunehmen. Da sich diese Pflanzen noch während des Herbstes voll entwickeln, können sie im Spätherbst untergepflügt werden, so daß der Boden für die nachfolgende Ernte in ausgezeichneter

Weise mit Stickstoff gedüngt ist. Allein diese Gründüngung, d. h. die Bereicherung der Äcker mit Leguminosenstickstoff, ist leider nicht überall anwendbar. Die Leguminosen nehmen den Stickstoff nämlich nur dann aus der Luft, wenn der Boden, in dem sie wurzeln, sehr arm an Stickstoff ist. Im anderen Falle ziehen sie es vor, den für sie notwendigen Stickstoff der Erde zu entnehmen, so daß die Gründüngung ohne Wirkung bleibt. Auch ist die Gründüngung in Gegenden mit kurzem kaltem Herbst nicht anwendbar, weil hier die an sich zwar schnell wachsenden Leguminosen, wenn sie erst nach der Ernte ausgesät werden, doch nicht mehr zur vollen Entwicklung gelangen. Die Gründüngung kann daher bei uns mit Erfolg nur in Süddeutschland und hier auch nur auf leichtem Sandboden betrieben werden. Der Wirkungsbereich des Leguminosenstickstoffs ist also ein begrenzter, so daß der größte Teil der deutschen Landwirtschaft andere Stickstoffquellen benötigt.

Glücklicherweise konnte vor dreißig Jahren der Landwirtschaft wieder eine neue Stickstoffquelle erschlossen werden. Es gelang nämlich unserer Industrie, den bei der Verarbeitung der Steinkohle zu Leuchtgas und Koks freiwerdenden Stickstoff in eine feste Verbindung überzuführen, so daß er als Mehl auf unsere Äcker gestreut werden

konnte. Allerdings ist die auf diese Weise gewonnene Stickstoffmenge nicht allzu groß, weil die zur Gas- und Kokserzeugung brauchbaren Steinkohlensorten nur 1,3 bis 1,7 Prozent Stickstoff enthalten, von welcher geringen Menge wiederum nur ein Siebentel als Kunstdünger gewonnen werden kann. Immerhin konnte die Erzeugung von Steinkohlenstickstoff (Ammoniumsulfat) von 20000 Tonnen im Jahre 1890 auf 450000 Tonnen im Jahre 1913 gesteigert werden. Nimmt man die drei am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts bekannten heimischen Stickstoffquellen zusammen (Stallmiststickstoff, Leguminosenstickstoff und Steinkohlenstickstoff), so läßt sich sagen, daß der teils landwirtschaftlich, teils industriell gewonnene Stickstoff für den Bedarf unseres Ackerbaues nicht ausreichend war. Es mußten daher große Mengen Chilesalpeterstickstoff und Guanostickstoff eingeführt werden, und zwar im Jahre 1913 774000 Tonnen Chilesalpeter zum Preise von 172 Millionen Mark und 37000 Tonnen Guano zum Preise von 5 Millionen Mark. Angesichts der beständigen Preissteigerung des Stickstoffdüngers und des weiteren Umstandes, daß mit einer Erschöpfung der Salpeterlager in Chile bestimmt gerechnet werden muß, war es nur natürlich, daß sich die chemische Wissenschaft mit wachsendem Eifer der Aufgabe zuwandte,

den elementaren, ungebundenen Stickstoff der Atmosphäre in eine feste Verbindung überzuführen, so daß er als Trockensubstanz auf unsere Äcker gebracht werden kann. Diese Aufgabe war nicht leicht, weil der elementare Stickstoff des uns umhüllenden Luftmeeres sich jeder Verbindung mit anderen Stoffen abgeneigt zeigt. Er liebt leidenschaftlich das Fürsichsein und kann nur sehr schwer zu einer Verbindung gebracht werden. Nach vielen Mißerfolgen gelang es schließlich, das Ziel zu erreichen. Als der Krieg ausbrach, war das Problem der Gewinnung von Luftstickstoff technisch gelöst. Es war nämlich ein Verfahren entdeckt worden, das sich im Großbetrieb durchführen ließ und wodurch Luftstickstoff zu einem Preise und in einer Menge auf den Markt gebracht werden konnte, der seine Verwertung in der Landwirtschaft im weitesten Umfange möglich machte. Zunächst freilich mußte diese neue Errungenschaft ganz und gar dem Vernichtungswerk des Krieges dienen. Für die Landwirtschaft blieb in den Kriegsjahren nicht viel Luftstickstoff übrig. Es zeigte sich auch, daß seine landwirtschaftliche Verwendung einigen Schwierigkeiten begegnete. Der Luftstickstoffdünger wird der Landwirtschaft zumeist als ein feines, stark stäubendes Pulver zugeführt, das die Haut stark angreift. Man sah

sich daher genötigt, den Luftstickstoff zu „ölen", d. h. ihn mit Petroleum zu vermengen. An die Stelle des Petroleums mußte man später mit mäßigem Erfolge fettartigen Kohlenwasserstoff setzen. Frisch geölter Luftstickstoff stäubt fast gar nicht, so daß es in Zukunft nicht schwer sein wird, ihn als Düngemittel im weitesten Umfange zu verwenden.

Die Erzeugung von Luftstickstoff vollzieht sich zurzeit teils in privatkapitalistischen, teils in staatssozialistischen Betrieben. Neben privatkapitalistischen Betrieben entstanden während des Krieges die Reichsstickstoffwerke, deren Leistungsfähigkeit sehr groß sein soll. Es ist von hervorragenden Kennern unserer Landwirtschaft festgestellt worden, daß, wenn wir in der Lage wären, etwa die dreifache Menge Stickstoffdünger auf unsere Felder zu bringen wie bisher, die Ernteerträge so zunehmen würden, daß sie nicht nur ausreichten, unsere Ernährung vom Ausland unabhängig zu machen, sondern wir sogar imstande wären, Getreide zu exportieren. Mag diese Ansicht auch reichlich optimistisch sein, so steht doch fest, daß hier ein gewisser „Wohlfahrtsdespotismus", der die Landwirte zwingen würde, mehr Stickstoffdüngung als bisher zu verwenden, wohl im Interesse der Allgemeinheit zu rechtfertigen wäre.

Ein staatlicher Druck auf die Landwirte zum vermehrten Ankauf von Stickstoffdünger kann aber nur ausgeübt werden, wenn man dadurch keine privatkapitalistischen Betriebe bereichert. Soll der Landwirt zur stärkeren Verwendung von Stickstoffdünger gezwungen werden, so darf auch nicht der Schein des Verdachtes bestehen, daß das Privatkapital hieraus einen Nutzen ziehen kann. Die volle Sozialisierung der Erzeugung von Luftstickstoff ist daher gar nicht zu umgehen. Die frühere Methode der Lebensmittelversorgung durch Masseneinfuhr aus dem Ausland kann nicht mehr angewandt werden. Sie gehört der Vergangenheit an. Die Hoffnung, daß das Ausland uns zur Not immer die fehlenden Mengen Brotgetreide liefern wird, ist durch den ökonomischen Zusammenbruch des Ostens vollkommen trügerisch geworden. Aus der Reihe der Brotgetreide ausführenden Länder sind Rußland, Rumänien und Bulgarien ausgeschieden. Der Weltvorrat an Brotgetreide für die Einfuhrländer wird in Zukunft um nahezu vierzig Prozent geringer als früher sein. Allein der Ausfall der russischen Getreideausfuhr bedeutet eine Verminderung des Weltvorrats um mindestens dreißig Prozent. Dazu kommt, daß Deutschland im Osten große Gebiete an Polen abgeben muß, die zu den agrarischen Überschußgebieten

gehörten. Alle diese Umstände lassen uns gar keine andere Wahl, als uns mit aller Energie der Steigerung der Erträge unserer Äcker durch intensive Stickstoffdüngung zuzuwenden. Dieser Vorgang muß sich aber auch schnell vollziehen, so daß ein staatliches Eingreifen mit Zwangsmaßnahmen gar nicht zu umgehen sein wird. Das hungernde Deutschland wird unmöglich darauf warten können, bis seine zum Teil recht rückständigen Landwirte zu der Einsicht gelangt sein werden, daß intensive Stickstoffdüngung sich für sie „lohnt".

Nicht zum wenigsten waren es Erwägungen der Ernährungswirtschaft, die die Reichsregierung bestimmten, im Herbst 1915 dem Reichstag einen Entwurf zu einem Ermächtigungsgesetz zur Einführung eines Stickstoffhandelsmonopols zugehen zu lassen, dem der Reichstag auch mit großer Mehrheit seine Zustimmung erteilte. Danach ist der Bundesrat ermächtigt, für die Zeit bis zum 31. März 1922 für die a) anorganischen stickstoffhaltigen Mineralien, b) aus Naturerzeugnissen sowie aus Stickstoff primär herstellbaren künstlichen Stickstoffverbindungen, c) aus den unter a) und b) genannten oder anderen Stoffen erzeugten stickstoffhaltigen Düngemitteln ein Handelsmonopol einzuführen und die hierfür erforderlichen Vorschriften zu erlassen. Die wirtschaftliche

Bedeutung dieses Handelsmonopols liegt zunächst darin, daß das Reich es in der Hand hat, ausländischen Stickstoff (Chilesalpeter und Guanostickstoff) ganz vom deutschen Markt auszuschließen. Landwirtschaft und Industrie kann so gezwungen werden, sich ausschließlich aus heimischen Stickstoffquellen (Stallmist-, Leguminosen-, Steinkohlen- und Luftstickstoff) zu versorgen, was für die Hebung unserer Valuta von großer Wichtigkeit ist.

Bei der Sozialisierung des Groß- und Kleinhandels mit Stickstoffverbindungen kann es aber nicht sein Bewenden haben. Wir wissen, daß ein Teil des Steinkohlenstickstoffs in den städtischen Gaswerken schon heute kommunalsozialistisch und ein Teil des Luftstickstoffs durch die Reichsstickstoffwerke staatssozialistisch erzeugt wird. Die sozialistische Produktionsweise stellt also bei der Herstellung der Stickstoffverbindungen kein Novum dar. Soweit Steinkohlenstickstoff bei der Verkokung gewonnen wird, muß allerdings die kapitalistische Produktionsweise einstweilen bestehen bleiben, weil es sich hier lediglich um die Gewinnung eines Nebenproduktes handelt. Die Gewinnung von Luftstickstoff kann dagegen im ganzen Umfang verstaatlicht und so das Stickstoffhandelsmonopol zu einem Stickstoffproduktions- und Handels-

monopol erweitert werden. Diese Erweiterung wird sich um so leichter vollziehen lassen, als die Rentabilität der großen staatlichen Elektrizitätswerke wesentlich gesteigert werden kann, wenn sie sich der Herstellung von Luftstickstoff zuwenden.

Spiritus und Essig

Ähnlich wie auf dem Gebiet der Stickstoffgewinnung hat sich auch in der Spiritusindustrie vor und während des Krieges eine gewaltige technische Revolution vollzogen. Daß der Spiritus ein wichtiger Kriegsrohstoff ist, wußte man natürlich auch schon vor dem Kriege. Trotzdem hat der Große Generalstab mit einem unbegreiflichen Mangel an Voraussicht nicht nur nichts getan, um die Spiritusgewinnung aus Holz und Kalziumkarbid in Deutschland zu entwickeln, sondern er hat auch jede Vorratsbildung aus Kartoffelspiritus unterlassen. Die Folge war, daß in den Kriegsjahren große Mengen Kartoffeln der menschlichen Ernährung entzogen und zu Spiritus für militärische Zwecke verbrannt werden mußten. In welchem Umfange dies notwendig war, zeigt der Kartoffelverteilungsplan 1917/18. Sieht man von der landwirtschaftlichen Bevölkerung ab, die natürlich mit Speisekartoffeln ausreichend versorgt war, so blieben für die übrige zivile

Bevölkerung noch 11,2 Millionen Tonnen Kartoffeln übrig. Schätzt man nun die Bevölkerung, die mit Kartoffeln versorgt werden mußte, auf vierzig Millionen, hätten auf den Kopf eine Tagesration von reichlich einundeinhalbes Pfund Kartoffeln entfallen können. Dadurch aber, daß zu Heereszwecken von dieser Menge 2,5 Millionen verbrannt werden mußten, verringerte sich der Anteil des einzelnen auf wenig über ein Pfund täglich. Es steht demnach fest, daß unsere Kartoffelversorgung während des Krieges hätte erheblich besser sein können, wenn unser Großer Generalstab beizeiten daran gedacht hätte, die Spiritusgewinnung aus Holz und Kalziumkarbid für militärische Zwecke zu entwickeln.

Vier Sorten Spiritus waren vor dem Kriege auf dem Weltmarkt zu haben: Kartoffelsprit, Sulfitsprit, Holzsprit und Karbidsprit. Am bekanntesten ist die Gewinnung von Spiritus aus Kartoffeln. Die Kartoffelbrennerei ist in Deutschland dank einer komplizierten Steuergesetzgebung ein landwirtschaftliches Nebengewerbe geblieben. Die Spiritusgewinnung vollzog sich zumeist auf dem Lande, und zwar vorwiegend auf den Großgütern des Ostens, weil dort die Kartoffeln weit niedriger im Preise standen, als in West- und Mitteldeutschland. Zugegeben muß werden, daß

in der Kriegsvorzeit, als wir ungeheure Mengen von Nahrungsmitteln aus dem Ausland beziehen konnten und der Kartoffelverbrauch zu Speisezwecken viel geringer war als jetzt, die Kartoffeln im Osten wirtschaftlich gar nicht anders zweckmäßig verwertet werden konnten, als durch ihre Verbrennung zu Spiritus. Ein solcher Zustand wird aber für Deutschland sobald nicht wiederkehren. Wir werden wie jetzt so auch in Zukunft unsere Kartoffeln zum größten Teil zu Speisezwecken benötigen. Die kleinen und beschädigten Kartoffeln, die für die menschliche Ernährung nicht in Frage kommen, werden von unseren Landwirten im rohen oder getrockneten Zustand zweckmäßig als Viehfutter Verwendung finden. Die Herstellung von Branntwein aus Kartoffeln wird daher nur noch in ganz beschränktem Maße stattfinden dürfen. Um zu verhüten, daß Kartoffeln als Rohstoff für die Branntweinerzeugung Verwendung finden, wird es notwendig sein, daß die ganze Spiritusproduktion verstaatlicht wird, so daß private Unternehmer überhaupt keinen Spiritus mehr herstellen dürfen.

Im Gegensatz zum Kartoffelsprit, der als ein landwirtschaftliches Produkt angesehen werden kann, wird Sulfit-, Holz- und Karbidsprit als technischer Spiritus bezeichnet. Die Erzeugung

von technischem Spiritus konnte sich vor dem Kriege in Deutschland nicht entwickeln, weil unsere Branntweinsteuergesetzgebung dies unmöglich machte. Der Sulfitsprit wird erzeugt aus den Abwässern der Zellstoffabriken. In Schweden ist die Erzeugung von Branntwein aus Sulfitablaugen seit dem Jahre 1909 mit Erfolg betrieben worden. Unter dem Druck der britischen Hungerblockade mußte die Branntweingewinnung aus Sulfitablaugen auch in Deutschland aufgenommen werden, wobei die in Schweden gemachten Fortschritte verwertet werden konnten. Wenn Sulfitsprit auch nicht zu Trinkbranntwein verarbeitet werden kann, so ist er doch für viele technische Zwecke brauchbar, für die Kartoffelsprit verwendet wurde. Was nun den Holzsprit anbetrifft, so wurde Branntwein aus Holz schon lange vor Kriegsausbruch zu militärischen und technischen Zwecken in Frankreich und England hergestellt. In Deutschland konnte man aber erst im Frühjahr 1916 an die Gewinnung von Branntwein aus Holz herantreten. Der Holzsprit wird in der Regel aus Holzabfällen hergestellt, die meist als wertlos verfeuert wurden. Die größte Zukunft hat aber von den drei Sorten des technischen Spiritus der Karbidsprit. Aus Kalkstein und Koks entsteht bei hoher Glut des elektrischen Ofens eine chemische

Verbindung von Kalk und Kohle, das Kalziumkarbid, das schlechthin auch Karbid genannt wird. Kalziumkarbid ist nun der Stoff, aus dem der Karbidsprit gewonnen wird, der von weit besserer Qualität ist als der Sulfit- und Holzsprit. Für industrielle Zwecke stellt er einen ausgezeichneten Feinsprit dar. Seine vorzügliche Qualität läßt es nicht als ausgeschlossen erscheinen, daß man Karbidsprit auch für den menschlichen Genuß wird veredeln können.

Die technische Umwälzung in der Spirituserzeugung, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, besteht wesentlich darin, daß es in Zukunft nicht mehr nötig sein wird, den Rohstoff zur Spiritusgewinnung auf dem Acker zu erzeugen. Indem man Spiritus aus Sulfitablaugen, Holzabfällen, Kalkstein und Koks herstellt, können die gewaltigen Kartoffelmengen, die früher verbrannt werden mußten, der städtischen Bevölkerung zur Ernährung zugeführt werden. Alle Gründe, die früher für die Beibehaltung der Kartoffelbrennerei als landwirtschaftliches Nebengewerbe angeführt werden konnten, sind durch den Mehrverbrauch von Kartoffeln zu Speisezwecken hinfällig geworden. Jeder Landwirt ist heute in der Lage, die geernteten Kartoffeln zu hohen Preisen als Speisekartoffeln abzusetzen. Ein Grund,

Kartoffeln zu verbrennen, wird im nächsten Jahrzehnt ganz sicher nicht vorliegen. Dieselben Gründe, die sich für die Gewinnung von Spiritus aus Holz und Karbid anführen lassen, haben auch Geltung für die Herstellung von Essigsäure aus Kalziumkarbid. Auch bei der Herstellung von Essig kann die Kartoffel als Rohstoff ausgeschaltet werden. Im Jahre 1918 bestanden in Deutschland zwölf Laugen- und vier Holzbrennereien. Laugenbrennereien waren errichtet worden in Königsberg in Preußen, Ragnit in Ostpreußen, Tilsit, Memel, Pirna in Sachsen, Odermünde, Cosel-Oderhafen, Aschaffenburg, Radenfelden, Kehl a. Rh. und Mannheim-Walddorf. Holzbrennereien waren zu finden in Monheim bei Köln, Danzig, Stettin und Oldenburg. Alle diese Brennereien sind überwiegend aus Reichs- und Staatsmitteln errichtet worden. Durch das Gesetz über das Branntweinmonopol, das jüngst in Kraft gesetzt worden ist, wird bestimmt, daß die Erzeugung von Sulfit-, Holz- und Karbidsprit ausschließlich dem Reich zusteht. Allerdings haben es die agrarischen Interessenten durchgesetzt, daß die Reichsbetriebe nur ein Zehntel der Gesamtproduktion an Spiritus herstellen dürfen. Danach müßten also von je hundert Hektoliter Spiritus neunzig Hektoliter aus Kartoffeln erzeugt werden.

Daß diese Bestimmung in dem hungernden Deutschland einfach nicht durchgeführt werden kann, bedarf keines Nachweises. Es wird im Gegenteil die Pflicht des Reichswirtschaftsamts sein, dafür zu sorgen, daß keine Kartoffeln auf Spiritus verarbeitet werden.

Das Gesetz über das Branntweinmonopol bestimmt, daß die Reinigung und Veredelung des Kartoffelsprits, sowie die Erzeugung des Sulfit-, Holz- und Karbidsprits in Reichsbetrieben vor sich gehen soll. Dem Privatkapitalismus bleibt also nur die Erzeugung des rohen Kartoffelsprits überlassen. Scheidet in Zukunft die Kartoffel als Rohstoff aus, so ist schon jetzt die ganze Spiritus- und Essigfabrikation sowie der Handel mit Branntwein als sozialisiert anzusehen. Auch hier wird also das sozialistische Wirtschaftsprinzip die kapitalistische Produktionsweise ablösen. Zu beachten ist, daß diese Sozialisierung schon von dem alten Regime zielbewußt angebahnt worden ist. Die Notwendigkeit, große Steuerbeträge aus dem Branntwein herauszuwirtschaften, zwang zum Übergang von der kapitalistischen zur staatssozialistischen Produktionsweise. Was speziell den Handel mit Spiritus anbetrifft, so ist durch das neue Branntweinmonopol lediglich das Privatmonopol der Spirituszentrale durch das Staats-

monopol des Reiches ersetzt worden. Die ökonomische Entwicklung hatte hier der sozialistischen Produktionsweise schon stark vorgearbeitet. Daß die treibende Kraft bei der Sozialisierung der Spiritusindustrie das steuerliche Interesse des Staates ist, darf nicht wundernehmen, da den Steuern zu allen Zeiten eine das Wirtschaftsleben umwälzende Gewalt innewohnte. Studiert man die Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise, so findet man, daß auch an ihrer Wiege vielfach das Finanzmonopol stand. Es entspricht daher nur der ökonomischen Erfahrung, daß das staatliche Steuerinteresse als Geburtshelferin bei dem Werden der sozialistischen Produktionsweise fungiert.

Petroleumhandel

Bei Besprechung der Sozialisierungsmöglichkeiten der Kali-, Luftstickstoff- und Spiritusindustrie hatten wir es mit Zweigen der Volkswirtschaft zu tun, deren Rohstoffe im Inlande gewonnen werden können. Petroleum müssen wir dagegen ziemlich gebrauchsfertig aus dem Auslande beziehen, weil unsere eigene Produktion an Erdöl 1913 ganze 120 000 Tonnen betrug. Im selben Jahre wurden dagegen 745 000 Tonnen gereinigtes Leuchtöl

im Werte von 69 Millionen Mark nach Deutschland eingeführt. Ob die Sozialisierung unserer eigenen geringen Erdölproduktion möglich ist, soll hier nicht erörtert werden. Was nun die Sozialisierung des Handels mit ausländischem Erdöl (Petroleum) betrifft, so wurde ein Versuch hierzu vom Reichstag schon im Jahre 1913 unternommen. Die Regierung legte damals dem Reichstag ein Petroleummonopol vor, das aber nicht zur Verabschiedung gebracht wurde. Eine planmäßige Organisation des Petroleumbezugs und -Vertriebs, die 1913 versucht wurde, wird schon aus steuerlichen und finanzpolitischen Gründen (Hebung der Valuta) nicht zu umgehen sein. Auch beim Petroleumhandel wird sich das sozialistische Wirtschaftsprinzip seinen Platz an der Sonne zu erringen wissen.

Tabakindustrie

Was die Tabakindustrie anbetrifft, so liegen hier die Dinge ähnlich wie bei der Petroleumerzeugung. Unsere eigene Tabakproduktion belief sich im Jahre 1913 nur auf rund 25 000 Tonnen. Dieser an sich nicht gerade geringen Eigenproduktion stand aber eine Einfuhr von 81 000 Tonnen gegenüber. An eine Verstaatlichung unserer eigenen Tabakproduktion

kann aus dem Grunde nicht gedacht werden, weil sich dieselbe in zahllosen Kleinbetrieben als Nebenkultur auf ganz kleinen Ackerflächen vollzieht. Da es sich hier um eine organische Hervorbringung auf dem Acker handelt, ist der Großbetrieb dem Kleinbetrieb auch keineswegs überlegen. Wenn von einer Sozialisierung der Tabakindustrie gesprochen werden soll, so könnte es sich hier nur um die Errichtung eines staatlichen Handels- und Verarbeitungsmonopols handeln. Daß ein solches Monopol möglich und durchführbar ist, kann natürlich nicht bestritten werden, und zwar aus dem einleuchtenden Grunde, weil in verschiedenen Ländern schon seit langem ein Tabakmonopol besteht und man in diesen Staaten gar nicht daran denkt, es zu beseitigen. Auch in Deutschland sind Versuche in dieser Richtung unternommen worden. So sind von der Reichsregierung im Jahre 1914 Vorarbeiten für ein Reichszigarettenmonopol gemacht worden. Der Steuerbedarf des Reiches ist heute so gewaltig, daß die Gesetzgeber von keinem Finanzmonopol, das hohe Einnahmen verspricht, werden absehen können. Die Errichtung eines Tabakmonopols bedeutet nun aber im Grunde nichts anderes, als daß der Staat den Einkauf des in- und ausländischen Tabaks und seine Verarbeitung zu Rauch- und Kautabak

sowie zu Zigarren und Zigaretten in eigene Regie übernimmt. Das private Kapital und die privaten Unternehmer werden also ausgeschaltet. Der ganze Produktionsprozeß vollzieht sich dann im Auftrage des Reiches, für das deutsche Volk, und zwar mittels Produktionsmitteln und Rohstoffen, die das Eigentum des gesamten Volkes sind. Alle Kennzeichen der sozialistischen Produktionsweise, die wir im zweiten und dritten Kapitel dieser Schrift kennengelernt haben, werden hier nachweisbar sein. Zu erwähnen ist, daß schon im alten Deutschland der Tabakarbeiterverband einer staatssozialistischen Organisation seines Gewerbes nicht abgeneigt war, obwohl ja nicht zu verkennen war, daß jeder Staatssozialismus des wilhelminischen Deutschlands sehr stark nach Staatskapitalismus schmeckte.

Zündwaren

Schneller als man erwarten konnte, ist die Sozialisierung der Zündwarenindustrie eine Frage der praktischen Politik geworden. Paragraph 1 des im August 1919 von der Nationalversammlung verabschiedeten Zündwarensteuergesetzes besagt, daß das Hersteller-Monopol für Zündwaren „spätestens bis zum 31. März 1921 in Kraft treten muß". Im Prinzip ist also die Sozialisierung

der Zündwareninduſtrie von den geſetzgebenden Faktoren bereits beſchloſſen worden. Es wird ſich jetzt nur noch um deren Ausführung handeln, bei der die verſchiedenen Arten der Zündwaren jedoch ſtreng auseinandergehalten werden müſſen.

Neben den Zündhölzern und Zündkerzen, die wir alle ſchon aus der Jugendzeit her kennen, ſind in den letzten Jahren Feuerzeuge und Gasanzünder in mannigfaltiger Ausführung auf den Markt gebracht worden, die ſchnell weite Verbreitung gefunden haben. Eine neue Feuerzeuginduſtrie iſt in Deutſchland entſtanden, die ſich faſt den ganzen europäiſchen Markt erobert und ihren Produkten auch in überſeeiſchen Ländern, ſo vornehmlich in Holländiſch-Indien, Eingang verſchafft hat. Die Sozialiſierung dieſer neuen Feuerzeuginduſtrie würde allerdings auf ernſtliche Schwierigkeiten ſtoßen. Zunächſt vollzieht ſich die Herſtellung von Feuerzeugen und Gasanzündern zumeiſt in kleineren Betrieben, die wiederum die Einzelteile für ihre Apparate aus den verſchiedenſten Betrieben beziehen; ſo das Zündmetall (Zereiſen), die Schrauben, die Hülſen, die Reibrädchen, den Docht, die Watte und die Glasbeſtandteile. Viele dieſer modernen Feuerzeuge ſind Mode- und Luxusartikel, die ſtets in neuer Ausführung auf den Weltmarkt gebracht werden müſſen, um Abnehmer zu

finden. Der Erfindergeist muß daher ständig bemüht sein, neue Formen zu schaffen, neue technische Verwendungsmöglichkeiten hervorzubringen und an der Vollendung der Apparate weiterzuarbeiten. Die Akten des Patentamtes geben für diese Tätigkeit die besten Beweise. Wohl keine der Patent- und Gebrauchsmusterklassen zeigt eine so große Anzahl von Anmeldungen wie diejenige der Feuerzeug- und Zündwarenindustrie. Für eine Sozialisierung ist also die moderne Feuerzeugindustrie wegen ihres Export- und Modecharakters ein recht ungeeignetes Objekt.

Ganz anders liegen die Dinge bei der Zündholzindustrie, die längst reif für die Sozialisierung geworden ist. Zunächst, rein technisch betrachtet, spricht für die Sozialisierung der Umstand, daß die Automatisierung der Herstellung weit vorgeschritten ist. Große technische Neuerungen sind bei der Zündholzherstellung nicht mehr zu erwarten. Die Produktion vollzieht sich schon seit langem mit Hilfe eines Systems von Maschinen, von denen jede eine Teilarbeit verrichtet. Die eine Maschine schneidet die Aspenbretter in feine Streifen, die andere spaltet diese in dünne Hölzchen, eine dritte glättet und reinigt sie, eine vierte ordnet sie, eine fünfte taucht sie in flüssige Zündmasse, eine sechste führt die mit einem Kopf versehenen Hölzchen

in die letzte (siebente) Maschine über, die sie in Schachteln füllt. Die Schachteln ihrerseits werden ebenso durch ein System von Maschinen hergestellt wie die Zündhölzchen selbst.

Aus steuertechnischen Gründen vollzieht sich die Herstellung der Zündhölzer in vielen Ländern schon seit langem im Wege der staatssozialistischen Produktionsweise. Eine Sozialisierung der Zündholzindustrie besteht seit 1890 in Frankreich. Auch in Portugal, Spanien, Rumänien, Italien und Griechenland hat sie stattgefunden. In Deutschland liegen nun die Dinge so, daß, wenn die Sozialisierung der Zündholzfabrikation nicht stattfinden würde, zunächst ein zügelloser Konkurrenzkampf Platz greifen müßte, dessen Ende schließlich die Vertrustung der siegreichen Großbetriebe wäre. Statt des Staatsmonopols hätten wir dann ein Privatmonopol, das die Preise natürlich so hoch schrauben würde wie nur irgend möglich. Andererseits steht fest, daß die Sozialisierung nicht nur technisch, sondern auch wirtschaftlich keine großen Schwierigkeiten bietet. Das Reich müßte allerdings 62 Fabriken übernehmen, von denen wohl die Hälfte stillgelegt werden könnte, weil 30 Zündholzfabriken, wenn ihre Leistungsfähigkeit voll ausgenutzt wird, den ganzen Bedarf der deutschen Bevölkerung reichlich decken würden. Die

Stillegung von 30 bis 40 Fabriken wäre ein volkswirtschaftlicher Gewinn von hohem Wert. An Rohstoffen, Maschinen und Kräften könnten dadurch wesentliche Ersparnisse erzielt werden, weil sich die ganze Produktion planmäßig auf die leistungsfähigsten Betriebe konzentrieren ließe, die heute kaum zur Hälfte ihrer vollen Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden.

Was die Arbeiterschaft anbetrifft, so würde allerdings ein Teil derselben überflüssig werden. Die Ausschaltung eines Teils derselben würde sich aber auch vollziehen, wenn die kapitalistische Produktionsweise bestehen bliebe, da der gegenwärtige Zustand, daß 62 Fabriken sich in eine Arbeitsleistung teilen, die bequem von 30 verrichtet werden kann, auf die Dauer unhaltbar ist. Tritt aber die Schließung der Hälfte der Fabriken im Wege des kapitalistischen Konkurrenzkampfes ein, so gestaltet sich das Schicksal der Arbeiter und schwächeren Fabrikanten viel härter als bei einer planmäßigen Betriebskonzentration im Wege der Sozialisierung. Bei einer Sozialisierung der Zündholzindustrie ist es selbstverständlich, daß nicht nur die Fabrikanten, sondern auch die Arbeiter, die ihren Verdienst verlieren, ausreichend entschädigt werden. Groß ist die Zahl der Arbeiter, die zu entschädigen wären, aber nicht, weil in der ganzen Zündholz-

industrie Deutschlands nur 3000 männliche und 1500 weibliche Arbeitskräfte Verwendung finden. Die weiblichen Arbeitskräfte bestehen zumeist aus jüngeren Mädchen, denen eine einmalige Kapitalabfindung ganz willkommen wäre, weil sie sie gewissermaßen als einen Beitrag zur Aussteuer ansehen würden. Werden aber 1000 weibliche Arbeitskräfte von der Sozialisierungsbehörde abgefunden, so könnten die männlichen Arbeiter, insbesondere die verheirateten, restlos in den sozialisierten Betrieben weiter beschäftigt werden.

Keinem Zweifel kann es nun unterliegen, daß der sozialisierte Betrieb dem Arbeiter eine bessere und sicherere Existenz bieten kann als der privatkapitalistische. Eine Aufbesserung der Löhne der männlichen Arbeiter wäre auch sehr zu wünschen, weil ein Jahresverdienst von 3600 Mark, wie er in der Zündholzindustrie üblich ist, für einen Familienvater selbst in einer Kleinstadt nicht mehr ausreichend ist. Es sprechen also nicht nur steuertechnische, sondern auch volkswirtschaftliche und soziale Gründe für die Sozialisierung der Zündholzindustrie.

Gegner der Sozialisierung der Zündholzindustrie sind zur Zeit die Fabrikanten. Das war jedoch nicht immer so. Als im Jahre 1910 das Geschäft wegen Rückgang des Verbrauchs infolge des Zündwaren-

steuergesetzes vom 15. Juli 1909 schwer daniederlag, da erschienen die Zündholzfabrikanten im Reichstag und verlangten die Monopolisierung der Zündwarenindustrie, was ja nichts anderes als der steuertechnische Ausdruck für Sozialisierung ist. Natürlich war es nicht Begeisterung für die sozialistische Produktionsweise, die die Zündholzfabrikanten bestimmte, für die Sozialisierung ihrer Industrie einzutreten. Wenn sie damals die Enteignung ihrer Betriebe und die Fortsetzung der Zündholzfabrikation durch den Staat verlangten, so geschah das lediglich aus dem Grunde, weil ihre Fabriken durch den starken Rückgang im Verbrauch unrentabel geworden waren. Drohend stieg vor ihren erschreckten Blicken das Gespenst des Bankerotts herauf, und auch ihre letzte Hoffnung, durch einen Zusammenschluß im Zündholz-Syndikat den freien Wettbewerb in der Zündholzindustrie ganz auszuschalten sowie die Produktion einzuschränken und die Preise gehörig in die Höhe zu schrauben, war kläglich gescheitert. Obwohl 83 Prozent der Zündholzindustrie 1910 im Syndikat vereinigt waren, gelang weder die Produktionseinschränkung noch die Preisheraufsetzung, weil die 17 Prozent Außenseiter den Markt mit billigen Zündhölzern geradezu überschwemmten. Am 21. November 1910 löste sich das Syndikat sang- und klanglos

auf, worauf ein so ungezügelter Konkurrenzkampf einsetzte, daß die Mehrzahl der Zündholzfabrikanten befürchten mußte, in kurzer Zeit an den Bettelstab zu kommen. In dieser äußersten Not fingen die Fabrikanten an, nach Sozialisierung zu schreien und verlangten in zahlreichen Eingaben an den Reichstag und die Regierung ihre Fabriken gegen einmalige Entschädigung auf das Reich zu übernehmen. Gegenwärtig wollen die Fabrikanten von Sozialisierung und Enteignung freilich nichts mehr wissen. Während des Krieges waren sie nämlich in der Lage, die Preise derart zu erhöhen, daß sie auch in der Zukunft hoffen können, gute Gewinne zu erzielen. Auch die Gefahren der Überproduktion sind geringer geworden, weil die Zahl der Fabriken wegen Rohstoffmangels von 74 auf 62 zurückgegangen ist.

Die Gegnerschaft der Fabrikanten kann für die Reichsregierung natürlich kein Grund sein, die Sozialisierung etwa bis auf den letzten Termin (31. März 1921) hinauszuschieben. Man kann im Gegenteil erwarten, daß sie unverzüglich an diese Aufgabe herantritt. Mit Recht haben in den Verhandlungen über das neue Zündwarensteuergesetz im Ausschuß der Nationalversammlung die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie den Standpunkt vertreten, daß, wenn überhaupt ein Industrie-

zweig sich für die Sozialisierung eigne, dies die Zündwarenindustrie sei. Die Zündholzbesteuerung lasse, wie immer sie auch gestaltet werde, eine wirklich freie Wirtschaft gar nicht mehr zu. Einerseits mache die Besteuerung eine steuerpolizeiliche Bewachung der Fabriken notwendig, und andererseits werde der Staat durch die mit jeder Steuer verbundene Verbrauchseinschränkung gezwungen, den einzelnen Fabriken ein bestimmtes Produktionsquantum (Kontingent) gesetzlich vorzuschreiben. Auch ohne Sozialisierung werde also die freie Wirtschaft in eine gesetzlich gebundene umgewandelt. Aber die gesetzliche Bindung der Produktion sei doch nur eine Halbheit, die eine große Unsicherheit der Existenz für Arbeiter und Unternehmer bestehen läßt. Eine dauernde Gesundung der Verhältnisse könne daher nur durch die Vollsozialisierung der Zündholzindustrie geschaffen werden.

Versicherung

Fast alle Zweige des Versicherungsbetriebs sind teils aus steuerlichen, teils aus volkswirtschaftlichen Gründen im Auslande, bald in diesen, bald in jenen Ländern, zu Staatsbetrieben geworden. Staatliche Lebensversicherungen gibt es, teilweise in Verbindung mit Post und Sparkassen, in

Dänemark, England, Österreich, Japan usw. Volksversicherungen sind als Staatsbetriebe in Frankreich und Belgien eingeführt worden. Die Transportversicherung ist während des Krieges in fast allen Ententestaaten zum Staatsbetrieb geworden; Feuerversicherung als Staatsbetrieb weisen schweizerische Kantone, Österreich, Dänemark, Norwegen usw. auf. Die Hagelversicherung ist in Österreich, Bulgarien und Serbien verstaatlicht. Die Viehversicherung als Staatsbetrieb finden wir in Österreich, Holland, Belgien und in der Schweiz.

Die Erfahrung des politischen Lebens beweist, daß das Versicherungswesen in seinem ganzen Umfange sozialisiert werden kann. Wenn die Gegner der Sozialisierung des Versicherungswesens neuerdings geltend machen, daß Staatsbetriebe im Versicherungswesen keineswegs so hohe Gewinne abwerfen werden, wie man sich dies vorstellt, so kann dies wohl den Tatsachen entsprechen. Wer aber in der sozialistischen Produktionsweise ein unentrinnbares Gebot unserer gärenden, von Leidenschaften durchgewühlten Zeit sieht, wird lediglich deshalb, weil Staatsbetriebe im Versicherungswesen keine höheren Reingewinne als die großkapitalistischen Privatbetriebe abzuwerfen versprechen, von der Sozialisierung nicht Abstand nehmen. Der Nachweis, daß

große Reinerträge aus der Sozialisierung des Versicherungswesens nicht zu erwarten sind, wird daher die sozialistischen Parteien nicht davon abhalten können, die Sozialisierung des Versicherungswesens im Interesse der Angestellten der Versicherungsbetriebe zu fordern.

Die Grenzen der sozialistischen Produktionsweise

Über die Frage, ob es für die sozialistische Produktionsweise überhaupt noch Grenzen gäbe, ob innerhalb einer gegebenen Volkswirtschaft etwa Arbeitsgebiete vorhanden seien, die zurzeit dem Regime des sozialistisch geleiteten Großbetriebes noch nicht unterworfen werden könnten, herrschte in der Sozialdemokratie vor dem Weltkrieg lebhafter Streit. Während der sozialistische Radikalismus lehrte, daß die ökonomische Entwicklung weit genug gediehen sei, um im Sturm und Wetter einer sozialen Revolution die sozialistische Produktionsweise mit einem Schlage auf allen Gebieten zur Herrschaft zu bringen, vertrat der sozialistische Reformismus die besonnene Ansicht, daß die Entwicklung unserer Volkswirtschaft zum Sozialismus zwar rüstig vorwärts schreite, aber noch lange nicht weit genug gediehen sei, um den Sozialismus am Tage nach der Revolution etwa einfach dekretieren zu können. Trete die vom sozialistischen Radikalismus angekündigte soziale Katastrophe wirklich ein, so werde dieser Vorgang die Entwicklung zum Sozialismus wahrscheinlich

sehr beschleunigen, indem er die politischen Hindernisse, die sich dem Übergang zum Sozialismus bisher entgegenstellten, schnell beseitige. Allein die sozialistische Produktionsweise könne die soziale Revolution aus dem Grunde nicht einfach dekretieren, weil erst wenige Zweige unserer Volkswirtschaft für den Sozialismus wirklich reif geworden seien. Auch wäre es zweifelhaft, ob der Großbetrieb wirklich auf allen Gebieten dem Kleinbetrieb überlegen sei, da die ökonomische Entwicklung der letzten Jahrzehnte zahlreiche Beispiele dafür biete, daß rationell geleitete Kleinbetriebe sich gegenüber den Großbetrieben nicht nur behaupten, sondern sogar Terrain gewinnen könnten.

Sozialismus und Landwirtschaft

Als wichtigstes und durchschlagendstes Argument gegen die Lehre des sozialistischen Radikalismus, daß die ökonomische Entwicklung schon überall weit genug vorgeschritten sei, um die ganze Volkswirtschaft Deutschlands mit einem Schlage sozialisieren zu können, diente dem sozialistischen Reformismus die neuzeitliche Entwicklung der Landwirtschaft, die nicht den Großbetrieb, sondern den Kleinbetrieb der selbstwirtschaftenden Bauern

begünstige. Der Aufstieg des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft sei — so lehrte der sozialistische Reformismus — die Folge gewaltiger ökonomischer Umwälzungen, die sich erst nach dem Tode von Marx und Engels ausgewirkt hätten und daher diesen beiden großen Meistern des wissenschaftlichen Sozialismus noch nicht bekannt sein konnten. An erster Stelle unter den ökonomischen Umwälzungen, die den Aufstieg des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft bewirkt hätten, sei das fast völlige Aufhören der landwirtschaftlichen Rohstoffproduktion zu erwähnen. Während noch vor einem halben Jahrhundert ein erheblicher Teil des deutschen Bodens zur Gewinnung wichtiger industrieller Rohstoffe diente, habe sich heute die Landwirtschaft Deutschlands ganz und gar auf die Hervorbringung von Nahrungsmitteln spezialisiert. Der Anbau von Gespinstpflanzen (Flachs, Hanf) mußte von den deutschen Landwirten aufgegeben werden, weil die Landwirtschaft der Neuländer und Kolonien Baumwolle und andere Pflanzenfasern mit sehr geringen Kosten zu produzieren vermochte. Aus dem gleichen Grunde erfuhr auch die Schafzucht in Deutschland eine erhebliche Einschränkung, da die überseeischen Länder auf ihren weiten Weideflächen die Wollerzeugung mit einem außerordentlich geringen

Aufwand von Kapital und Arbeit betreiben konnten.

Wie für die Textilindustrie, so hörte die deutsche Landwirtschaft aber auch auf, für die Industrien der Öle und Farben die Rohstoffe zu liefern, die bislang durch den Anbau von Öl und Farbpflanzen gewonnen worden waren. Der Anbau von Ölpflanzen (Raps, Rübsen, Leindotter, Mohn, weißer Senf, Sonnenblumen, Ölmadie, Ölrettich) ging mehr und mehr auf die tropische Landwirtschaft über, die Pflanzenöle zu industriellen Zwecken in großen Mengen und zu sehr geringen Preisen auf den Weltmarkt brachte. Auch soweit heimische Pflanzenöle zu Beleuchtungszwecken Verwendung gefunden hatten, wurden sie mehr und mehr durch Erdöl ersetzt. Der Anbau von Farbpflanzen (Waid, Krapp) auf dem Acker mußte eingestellt werden, weil die chemische Farbstoffindustrie es verstand, alle Farben des Regenbogens aus dem unansehnlichen Teerstoff hervorzuzaubern. Vollständig hörte freilich die Rohstoffproduktion unserer Landwirtschaft nicht auf. So erhält unsere Lederindustrie einen erheblichen Teil der von ihr benötigten Häute und Felle auch heute noch von der deutschen Landwirtschaft geliefert. Aber auch auf diesem Gebiet ist ihre Bedeutung erheblich zurückgegangen. Die deutsche Landwirtschaft konnte

1913 unserer Lederindustrie nur noch ein Drittel der erforderlichen Felle liefern gegenüber zwei Dritteln vor zwanzig Jahren. Die Hauptlieferanten unserer Lederindustrie waren vor dem Krieg Argentinien und das russische Kolonialreich in Asien. Unsere Einfuhr von Fellen und Häuten aus den Kolonialstaaten und Kolonien stieg von 1893—1913 um das Sechseinhalbfache.

Indem nun die Äcker, die zur Erzeugung von Kleidungs-, Öl-, Farb- und Lederrohstoffen bisher Verwendung fanden, zur Lebensmittelerzeugung herangezogen werden konnten, erfuhr der Nahrungsmittelspielraum für unser Volk eine wesentliche Ausdehnung. Millionen deutscher Menschen, für die der Tisch bis dahin in Deutschland nicht gedeckt werden konnte, und die deshalb zur Auswanderung schreiten mußten, konnten jetzt im Inlande ernährt werden. Diese Spezialisierung der deutschen Landwirtschaft auf die Hervorbringung pflanzlicher und tierischer Nahrungsmittel fiel nun aber wesentlich zugunsten des Kleinbetriebes aus. Gerade in der Erzeugung von Rohstoffen für die Industrie hatte sich in der Landwirtschaft der Großbetrieb dem Kleinbetrieb vielfach überlegen gezeigt. Ganz besonders war dies bei der Wollproduktion in Erscheinung getreten. Solange das deutsche Volk auf die im Lande

selbst gewonnene Wolle angewiesen war, mußten Millionen ausgewachsener Schafe nur der Wolle wegen mit den Erzeugnissen des heimischen Bodens ernährt werden. Nicht selten ereignete es sich, daß die Schafherden der Großgrundbesitzer die kleinen Landwirte verdrängten. Karl Marx gibt von diesem Vorgang im „Kapital" erschütternde Schilderungen. Von der Zeit an, wo die Kolonialwirtschaft die Erzeugung der Wolle übernahm, ging die Schafzucht in ganz Europa erheblich zurück. So wurde dadurch, daß unsere Landwirtschaft sich mehr und mehr auf die Hervorbringung von Nahrungsmitteln spezialisierte und die Gewinnung von Rohstoffen teils der überseeischen Landwirtschaft, teils der chemischen Industrie überließ, für Millionen von Menschen der Tisch neu gedeckt. Kein Wunder daher, daß Deutschland aufhörte, ein Auswandererland zu sein, und in der Folge im beschränkten Sinne sogar zu einem Einwandererland wurde, was wiederum bewirkte, daß die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe mit Absatzsorgen wahrlich nicht zu kämpfen hatten.

Eine wesentliche Umgestaltung, die ebenfalls zum Vorteil des Kleinbetriebes ausfiel, erfuhr die Landwirtschaft dadurch, daß die Weiterverarbeitung der pflanzlichen und tierischen Nahrungsmittel

sich vom Landwirtschaftsbetrieb loslöste und auf besondere industrielle Unternehmungen überging. Das gilt insbesondere von der Verarbeitung der Milch zu Butter und Käse. Die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe schlossen sich zu großen Produktivgenossenschaften zusammen, die es übernahmen, die von ihren Mitgliedern gelieferte Milch in rationellster Weise durch ein System komplizierter Maschinen zu Butter und Käse zu verarbeiten und zugleich den Absatz zum Vorteil aller zu besorgen. Ebenso verstanden es die kleinen Landwirte, sich das Genossenschaftswesen beim Einkauf von künstlichen Düngemitteln, Maschinen und Ackerbaugeräten dienstbar zu machen. Von großem Vorteil für den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb war auch das Eindringen der Maschine in den Ackerbau. Obwohl Maschinen in der Landwirtschaft in der Regel nur während einer kurzen Spanne Zeit Verwendung finden können, haben sie dennoch einen großen und heilsamen Einfluß auf unseren Ackerbau ausgeübt. Die Dreschmaschinen haben die kleinen Landwirte von einer den Geist niederdrückenden, ungemein schweren und monotonen Arbeit befreit und damit die Grundlage zu ihrem geistigen Aufstieg gelegt. Andere Maschinen, wie z. B. die Drill- und sonstige Säemaschinen, haben die Erträge der

Äcker ganz erheblich gesteigert, weil die durch sie besorgte Reihensaat der Handsaat wesentlich überlegen ist. Gegenwärtig kommt auf jedem einigermaßen rationell geleiteten Bauernhof ein ganzes System landwirtschaftlicher Maschinen zur Verwendung, von denen ein Teil in der Hauptsache dazu bestimmt ist, während der arbeitsreichen Periode im Frühling und Herbst die fehlenden Arbeitskräfte nach Möglichkeit zu ersetzen. Im Gegensatz zu der Industrie hat in der Landwirtschaft die Maschine aber auch in den Kleinbetrieben Eingang gefunden. Soweit auf Grund der Zählung der landwirtschaftlichen Maschinen ein Vergleich möglich ist, läßt sich überall eine starke Steigerung der Maschinenverwendung erkennen. Schon 1907 fanden sich in zweiunddreißig Prozent der kleinbäuerlichen und zweiundsiebzig Prozent der mittelbäuerlichen Betriebe weitwürfige Säemaschinen, Drill- und Dibbelmaschinen, Mähmaschinen, Hackmaschinen, Dampfdreschmaschinen, andere Dreschmaschinen, Kartoffelpflanzmaschinen, Kartoffelerntemaschinen, Schrotmühlen, Milchzentrifugen. Natürlich sind alle diese Maschinen nicht etwa in jedem Kleinbetriebe vereinigt zu finden, aber sie gelangen dort zur Anwendung. Der kleine Landwirt, der eine teure Maschine besitzt, die er nicht voll ausnutzen kann, verleiht

dieſelbe gegen Entſchädigung an ſeine Nachbarn und leiht ſich von dieſen wiederum andere, die er nicht beſitzt. Auch die genoſſenſchaftliche Nutzung von Maſchinen iſt nicht unbekannt.

Wie der landwirtſchaftliche Kleinbetrieb ſich die Vorteile der Maſchinenverwendung zunutze gemacht hat, ſo hat er es auch verſtanden, ſich alle Errungenſchaften der landwirtſchaftlichen Technik auf dem Gebiet der Pflanzenernährung (Düngung) zu eigen zu machen. Letzteres fällt nun um ſo ſchwerer zugunſten des Kleinbetriebes ins Gewicht, als dieſer bei der Erzeugung der natürlichen Düngſtoffe den Großbetrieben ohnehin überlegen iſt. Die Überlegenheit der Kleinbetriebe bei der Gewinnung der natürlichen Dünger ergibt ſich ohne weiteres daraus, daß die Viehhaltung im Kleinbetrieb viel ſtärker als im Großbetrieb vertreten iſt. Nicht nur Schweine- und Geflügel, auch das Rindvieh iſt in den bäuerlichen Betrieben weit ſtärker vertreten als in den Großbetrieben. Was die Ernährung des Viehes anbetrifft, ſo kauften die kleinen Landleute in Deutſchland vor dem Kriege in gewaltigen Mengen die ſtark eiweiß- und ölhaltigen kolonialen Futtermittel, um ihre Viehzucht möglichſt ertragreich zu geſtalten. Von den 7,4 Milliarden Kilo ausländiſcher Futtermittel, die unſere Landwirtſchaft

1913 zur Erhöhung ihrer Produktion verwendete, wurde der weitaus größte Teil in den Kleinbetrieben verfüttert. Daraus ergibt sich, daß die Kleinbetriebe relativ über viel größere Mengen natürlicher Dünger verfügen als die Großbetriebe. Der ihnen zur Verfügung stehende Vorrat natürlicher Dungstoffe hat aber die kleinen Landwirte nicht davon abgehalten, auch im weiten Umfange künstliche Düngemittel zu verwenden. Alle Arten künstlicher Düngung (Phosphorsäure-, Kali- und Stickstoffdüngung) kommen im Kleinbetriebe vielleicht in noch höherem Maße als im Großbetrieb zur Anwendung. Auch alle Fortschritte der Saatgutverbesserung, der Bekämpfung des Unkrauts und Pflanzenschädlinge hat sich der Kleinbetrieb zu eigen zu machen verstanden.

Auf die Tatsache, daß der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft dem Großbetrieb nicht nur ebenbürtig, sondern ihm vielfach, besonders in der Viehzucht, sogar überlegen ist, muß es zurückgeführt werden, daß in der deutschen Landwirtschaft bei der letzten Zählung im Jahre 1907 den 0,28 Millionen klein- und großkapitalistischen Landwirtschaftsbetrieben 2,07 Millionen bäuerliche Betriebe gegenüberstanden. Nun kann sich freilich der Vormarsch des Großbetriebes auch vollziehen, ohne daß deshalb die Zahl der Kleinbetriebe

geringer wird. Wenn Marx von einer Konzentrationstendenz spricht, so versteht er darunter nicht allein die Aufsaugung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb. Die Zahl der Kleinbetriebe kann in einer Volkswirtschaft mit stark zunehmender Bevölkerung unverändert bleiben, und dennoch kann sich eine rasche Fortentwicklung in der Richtung zum Großbetrieb vollziehen, indem die kleinkapitalistischen Betriebe sich zu Großbetrieben und die Großbetriebe zu Riesenbetrieben auswachsen. Wo eine solche Konzentration sich vollzieht, läßt sie sich daran erkennen, daß die Zahl der Arbeiter und Angestellten der Großbetriebe ständig anwächst. Eine solche Tendenz läßt sich aber in der Landwirtschaft nicht nachweisen. Bei der Zählung im Jahre 1895 kamen auf 100 selbständige Landwirte 141 Arbeiter und 3,1 Angestellte, bei der Zählung von 1907 129 Arbeiter und 3,1 Angestellte. Während die Zahl der selbständigen Landwirte von 2,2 Millionen im Jahre 1895 auf 2,4 Millionen im Jahre 1907 stieg, sank die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter von 3,5 Millionen im Jahre 1895 auf 3,1 Millionen im Jahre 1907. Es kann also keine Rede davon sein, daß durch das Anwachsen der Arbeitermassen auf den Großgütern das Schwergewicht der landwirtschaftlichen Produktion etwa in die Großbetriebe verlegt wird.

Für den deutschen Sozialismus war die Tatsache, daß der landwirtschaftliche Kleinbetrieb durch den Großbetrieb weder absolut, noch relativ zurückgedrängt wird, natürlich von schwerwiegendster Bedeutung. Die sozialistische Überzeugung, daß die Arbeiter und Angestellten einstmals durch eine Revolution die Herrschaft im Staate erringen und dauernd behaupten würden, stützte sich vornehmlich auf den Glauben, daß die Bauern durch den Großbetrieb niederkonkurriert und von Haus und Hof vertrieben werden würden. Davon war jedoch auf dem flachen Lande nichts zu spüren. Im Gegenteil: gerade der klein- und mittelbäuerliche Betrieb mit familienmäßiger Arbeitsverfassung dehnte sich auf Kosten der großen Güter aus. Nicht der Bauer räumte vor dem Gutsherrn, sondern dieser vor dem Bauern den Platz. Angesichts dieser Tatsache drängte sich jedem Marxisten die Frage auf, ob diese Entwicklung in der Landwirtschaft nicht das ganze sozialistische Gebäude ins Wanken bringe. Die Landwirtschaft ist in fast allen Ländern der größte und wichtigste Zweig der Volkswirtschaft. Wenn nun das dem Sozialismus zumeist abgeneigte Bauerntum immer zahlreicher wird, was soll alsdann wohl aus den Proletariern werden? Besteht dann überhaupt noch Aussicht, daß das Proletariat bei den Wahlen

einstmals die Mehrheit der Stimmen erringen kann? Auf diese Frage mußte sowohl der Radikalismus wie der Reformismus eine Antwort finden. Ersterer half sich damit, daß er vor den Tatsachen die Augen verschloß oder sie im Sinne der alten Lehre entstellte. Der Reformismus dagegen stellte sich entschlossen auf den Boden der Tatsachen und gab zu, daß dem Kleinbetrieb in der Landwirtschaft die Zukunft gehört. Man könne, so lehrte er, ohne Gefahr für die Volksernährung die großen Güter von etwa zwanzig Hektar aufwärts zerschlagen und überall Kleinbetriebe errichten. Hierdurch würde auch ein Stück Sozialismus geschaffen werden, und zwar in dem Sinne, daß die Lohnarbeit in der Sphäre der Landwirtschaft radikal beseitigt wird, weil ja der landwirtschaftliche Kleinbetrieb eine ausgesprochen familienmäßige Arbeitsverfassung aufweist und Lohnarbeit nur ganz ausnahmsweise und für kurze Zeit benötigt.

Dem Einwand, daß man durch Ausbreitung der Kleinbetriebe die ganze soziale Struktur der Gesellschaft zum Schaden des Proletariats ändert und das Bauerntum vielleicht sogar zur zahlenmäßig stärksten Klasse in der Gesellschaft macht, begegnete der Reformismus mit dem Einwand, daß ein Anwachsen der Bauernschaft zur Mehrheit

im Staate unmöglich eintreten könne, weil in der Gegenwart die industrielle Arbeiterschaft zwar nicht direkt, wohl aber indirekt an der Hervorbringung der Nahrungsmittel viel zu stark beteiligt sei, um zahlenmäßig schwächer als die Bauern werden zu können. Man dürfe, so lehrte der sozialistische Reformismus, nicht übersehen, daß die zur Hervorbringung der Nahrungsmittel notwendige Arbeit eine starke Verschiebung zugunsten der Industrie erfahren habe. Zur Erklärung des volkswirtschaftlichen Prozesses der Arbeitsverschiebung verwiesen die Reformisten auf die von allen Vertretern der nationalökonomischen Wissenschaft als richtig anerkannte lichtvolle Darstellung Büchers, der darüber in seinem berühmten Buche „Die Entstehung der Volkswirtschaft" folgendes schreibt:

„Wenn in einem Produktionszweige eine neuerfundene Maschine eingeführt wird, so tritt eine völlige Verschiebung der seitherigen Arbeitsorganisation ein. In der Regel übernimmt der Mechanismus nur einzelne Bewegungen, die bis dahin durch Menschenhand ausgeführt wurden, und in dem Betriebe, welcher die neue Maschine verwendet, mag sich zunächst nichts weiter ändern, als daß der Arbeiter, welcher vorher jene Muskelbewegungen ausführte, zur Bedienung der

Maſchine verwendet wird, die andere Muskelbewegungen von ihm fordert. So arbeitet z. B. nach Einführung der Nähmaſchine der Arbeiter in der Schneiderwerkſtätte mit Hand und Fuß, während er vorher bloß mit der Hand tätig war und mit dieſer auch in anderer Weiſe.

Aber um einen Rock zu produzieren, ſind auch ſchon vorher weit mehr Perſonen tätig geweſen als der Schneider. Da ſind zunächſt die Produzenten der Stoffe, welche der Schneider verwendet: der Wollproduzent, der Spinner, der Weber, der Färber uſw., dann die Produzenten ſeiner Werkzeuge: der Nadelfabrikant, der Scherenſchmied und viele andere. Alle dieſe Produzenten bleiben auch noch nach Einführung der Nähmaſchine in Tätigkeit. Dazu kommt aber noch ein neuer: der Maſchinenfabrikant oder, da die Maſchine auf dem Wege der Arbeitszerlegung hergeſtellt wird, gleich eine ganze Anzahl: der Maſchinenſchloſſer, der Gießer, der Metalldrechsler, der Modellſchreiner, der Monteur, der Lackierer uſw. Es iſt, wenn wir den ganzen Produktionsprozeß ins Auge faſſen, ein Teil der Geſamtarbeit aus einem ſpäteren in ein früheres Stadium zurückgeſchoben, die Schneiderarbeit iſt teilweiſe aus der Schneiderwerkſtätte in die Maſchinenfabrik verlegt worden.

Der ganze Vorgang iſt typiſch und trägt

unzweifelhaft die Züge der Arbeitsteilung. Wenn wir dafür den Ausdruck Arbeitsverschiebung anwenden, so muß derselbe in örtlichem und zeitlichem Sinne verstanden werden. Örtlich bedeutet die Arbeitsverschiebung die teilweise Verlegung einer Arbeitsleistung aus einer Produktionsstätte in eine andere; zeitlich ist sie Ersetzung unmittelbarer durch vorgetane Arbeit, Zurückschiebung eines Teiles der Arbeit, welche seither auf die Herstellung des Gebrauchsguts verwendet wurde, auf die Erzeugung des Produktionsmittels. Es ist aber dabei durchaus nicht notwendig, daß sich eine neue Wirtschaft (Unternehmung) bildet, in welcher berufsmäßig das neue Arbeitsinstrument hergestellt wird, wie denn im Falle der Nähmaschine sehr wohl eine bereits vorhandene Maschinenfabrik ihre Anfertigung übernehmen kann. Das Wesentliche ist, daß das neue Verfahren der Kleiderproduktion eine größere Zahl differenter Arbeitsverrichtungen enthält und demgemäß mehr Arbeitskräfte in Anspruch nimmt."

Der oben beschriebene Prozeß der Arbeitsverschiebung habe, so lehrte der Reformismus, für die Landwirtschaft eine gewaltige Bedeutung erlangt. Indem die Landwirtschaft von der großen Industrie gewaltige Massen künstlichen Düngers, überaus zahlreiche Maschinen, unge-

mein vielgestaltige Ackergeräte, große Mengen chemischer Stoffe zur Bekämpfung von Pflanzen- und Tierkrankheiten, elektrische und andere Kraft usw. bezieht, werde naturgemäß ein immer größerer Teil der zur Hervorbringung der landwirtschaftlichen Endprodukte notwendigen Arbeit aus der Sphäre der Agrikultur in die Sphäre der großen Industrie verschoben. Verhältnismäßig weniger Hände werden gebraucht, um auf dem flachen Lande unmittelbar mit Hilfe der von der großen Industrie gelieferten Produktionsmittel und Rohstoffe Nahrungsmittel hervorzubringen, aber mehr Hände, um die Hilfsmittel für die landwirtschaftliche Produktion herzustellen. Ein ganz neuer Zustand sei also bei der Hervorbringung der landwirtschaftlichen Produkte entstanden, indem ein immer größerer Teil der gesamten erforderlichen Arbeitsleistung in die Industrie verschoben wird, der die Herstellung der so überaus zahlreichen und wichtigen Hilfsmittel der landwirtschaftlichen Produktion zufalle. Früher habe der Landwirt die zur Hervorbringung der Nahrungsmittel notwendige Arbeit fast allein verrichtet, heute sei dieselbe geteilt zwischen Stadt und Land. Die große Industrie schaffe die Hilfsmittel der landwirtschaftlichen Hervorbringung, Ackerbau und Viehzucht erzeugten dann damit

die Endprodukte der Landwirtschaft: Getreide, Fleisch und Milch. Dieser Prozeß der Arbeitsverschiebung bestimmt nun aber auch die soziale Struktur unserer Gesellschaft. Der Schwerpunkt der Bevölkerung wird durch ihn immer mehr in die Richtung nach der großen Industrie verschoben. Die „Landflucht" sei für die landwirtschaftlichen Gebiete mit bäuerlicher Bevölkerung ein agrarisches Märchen. Nur auf den Großgütern des Ostens sei sie eine Tatsache. Wenn auch in den Gegenden mit vorherrschendem Kleinbetrieb die landwirtschaftliche Bevölkerung gegenüber der industriellen relativ zurücktritt, so sei dies einfach daraus zu erklären, daß heute ein immer größerer Teil der zur Hervorbringung der Nahrungsmittel notwendigen Gesamtarbeit in der Industrie verrichtet werden muß. Mit jedem Fortschritt in der Landwirtschaft bekommt die große Industrie mehr zu tun.

Es ist daher an der Erkenntnis festzuhalten, daß durch jede neue Errungenschaft in der landwirtschaftlichen Technik ein größerer Teil der zur Hervorbringung der menschlichen Nahrung gesellschaftlich notwendigen Arbeit von dem flachen Lande in die Stadt, von dem Acker in die Fabrik verlegt wird. Die Arbeiter der Eisenhütten, die unserer Landwirtschaft das phosphorsäurehaltige

Thomasmehl, die Bergleute der Kaliwerke, die ihr die Kalisalze, die Arbeiterschaft der Stickstoffwerke, die ihr den Stickstoff liefern, sind an der Hervorbringung der Nahrungsmittel nicht weniger beteiligt als die Landwirte selbst. In welchem Maße nun unsere moderne Düngerindustrie die Erträge der deutschen Äcker zu steigern vermag, geht aus vergleichenden Versuchen praktischer Landwirte hervor, die ergeben haben, daß bei Stallmistdüngung allein der mittlere Rohgewinn pro Jahr und Hektar nur 70 Mark betrug, während er bei Stallmist plus Stickstoff, Phosphorsäure (Thomasmehl) und Kali 241 Mark erreichte. Man kann daher sehr wohl sagen, daß auch die Arbeiter und Angestellten in den Unternehmungen, die künstliche Düngemittel hervorbringen, zu der Kategorie der landwirtschaftlichen Produzenten gehören, obwohl sich ihre Arbeit weitab von den Landwirtschaftsbetrieben in Fabriken und Bergwerken vollzieht. Nicht minder an der landwirtschaftlichen Hervorbringung sind natürlich auch die zahlreichen Arbeiter und Angestellten derjenigen Maschinenfabriken beteiligt, die landwirtschaftliche Maschinen auf den Markt bringen. Die landwirtschaftlichen Maschinen stellen gewissermaßen im voraus verrichtete landwirtschaftliche Arbeit dar. Zu beachten

ist dabei, daß Maschinenarbeit in der Landwirtschaft nicht immer im volkswirtschaftlichen Sinne Arbeitsersparnis bedeutet. Mit Recht stellt Professor Sombart es in Zweifel, ob die Gesamtsumme der Arbeit, die heute notwendig sei, um einen Zentner Getreide oder Fleisch hervorzubringen, gegen früher wirklich geringer geworden ist. Man darf eben nicht übersehen, daß die zur Hervorbringung der menschlichen Nahrungsmittel notwendige Arbeit nicht mehr ausschließlich auf dem Acker, sondern zu einem erheblichen Teil in Fabriken und Bergwerken verrichtet wird.

Die durch den volkswirtschaftlichen Prozeß der Arbeitsverschiebung herbeigeführte Verstärkung der industriellen Bevölkerung tritt nun in der Berufsgliederung überall deutlich zutage. Während in Deutschland in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von 100 der Gesamtbevölkerung etwa 75 auf Land- und Forstwirtschaft und nur 25 auf alle übrigen Berufsarten und Personen ohne Beruf entfielen, kommen heute auf 100 der Gesamtbevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft nur 28,6, dagegen auf alle übrigen Berufsarten und Personen ohne Beruf 71,4. Die Gliederung der deutschen Bevölkerung nach dem Beruf hat also in sieben Jahrzehnten eine vollständige Umkehrung erfahren. Mit der Arbeitsverschiebung hat auch

eine Verschiebung der Bevölkerung Platz greifen müssen, so daß die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung heute fast dreimal so stark wie die landwirtschaftliche ist. Falsch wäre es, diese vollständige Umkehrung der Berufsgliederung allein auf das Wachstum unserer Exportindustrie zurückzuführen, deren Erzeugnisse wir benutzen, um uns ausländische Rohstoffe und Nahrungsmittel einzutauschen. Selbst in den agrarischen Ausfuhrländern sei heute die Berufsgliederung meist so, daß landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung einander die Wage halten. Die Erklärung für diese Erscheinung liegt eben darin, daß heute überall ein erheblicher Teil der zur Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte notwendigen Arbeit auf die Industrie übergegangen ist. Politisch sei dieser Prozeß, so betonte der Reformismus, von allergrößter Tragweite. Die agrarischen Parteien könnten nämlich, auch wenn Deutschland wieder ein ausgesprochener Agrarstaat werden sollte, nicht hoffen, daß die Mehrheit der Stimmen jemals auf sie entfallen würde. Keine Macht der Welt sei also imstande, das Übergewicht der nichtlandwirtschaftlichen gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu beseitigen.

Für das Verhältnis der Landwirtschaft zum Sozialismus ergebe sich hieraus, daß die landwirt-

schaftliche Bevölkerung in einem demokratischen Staate politisch kein absolutes Hindernis für die Sozialisierung der Industrie und des Handels werden könne. Anders lägen freilich die Dinge, wenn man die Sozialisierung der Landwirtschaft selbst ins Auge faßt. Wenn in der Landwirtschaft der Kleinbetrieb mit familienmäßiger Arbeitsverfassung, der keine fremden Arbeitskräfte beschäftigt, dem Großbetrieb nicht nur ebenbürtig, sondern vielleicht sogar überlegen wäre, so folge daraus, daß die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe keine Notwendigkeit sei. Voraussetzung für die absolute Notwendigkeit der Umwandlung der privaten in sozialistische Produktion ist immer, daß die zersplitterten Kleinbetriebe infolge ihrer technischen Unzulänglichkeit von den kapitalistischen Großbetrieben überflügelt werden. Trifft diese Voraussetzung für die Landwirtschaft nicht zu, so falle natürlich auch die Notwendigkeit weg, sie zu sozialisieren. Denn der eigentliche Zweck der Sozialisierung ist es ja, den Arbeitern und Angestellten die Befreiung aus den Fesseln der Lohnarbeit zu bringen. Wenn nun durch Aufteilung der großen Güter die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter und Angestellten in selbstwirtschaftende Bauern verwandelt werden, so kann die Sozialisierung der Landwirtschaft niemand mehr aus den

Fesseln der Lohnsklaverei befreien, weil innerhalb einer ganz und gar bäuerlich betriebenen Landwirtschaft Lohnarbeiter und Angestellte eben nicht mehr zu finden sind.

* * *

Nur langsam und unter heftigen Kämpfen gewann die Anschauung im deutschen Sozialismus Boden, daß der landwirtschaftliche Kleinbetrieb nicht zum Untergang verurteilt sei. Was Marx und Engels betrifft, so vertraten sie bis zu ihrem Tode die Lehre, daß auch in der Landwirtschaft die Zukunft dem Großbetrieb gehört. „Es ist die Pflicht unserer Parteigenossen," so schrieb Engels wenige Jahre vor seinem Tode, „den Bauern immer und immer wieder die absolute Rettungslosigkeit ihrer Lage, so lange der Kapitalismus herrscht, klarzumachen, die absolute Unmöglichkeit, ihnen ihr Parzelleneigentum als solches zu erhalten, die absolute Gewißheit, daß die kapitalistische Großproduktion über ihren machtlosen, veralteten Kleinbetrieb hinweggehen wird, wie ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre. Tun wir das, so handeln wir im Sinne der ökonomischen Entwicklung, und diese wird den Kleinbauern schon offene Köpfe machen für unsere Worte." Die ökonomische Entwicklung, auf die sich Engels hier als entscheidendes Argument beruft, sprach

aber durchaus gegen die Auffassung, daß der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft dem Untergange geweiht sei. In allen Ländern zeigte die Statistik, daß der landwirtschaftliche Kleinbetrieb nicht nur imstande war, sich gegenüber dem Großbetrieb zu behaupten, sondern daß er vielfach sogar auf Kosten des Großbetriebes sich auszubreiten verstand. Kein Wunder daher, daß innerhalb der Sozialdemokratie der Zweifel an der Richtigkeit der marxistischen Agrartheorie auftauchte und dann auch bald schnell Boden gewann. Schon am Ende des Jahrhunderts nahm der Streit über die Richtigkeit der Lehre vom Untergang des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes immer bestimmtere Formen an. Zur Verteidigung der alten Anschauung schrieb Karl Kautsky ein dickes Buch über die Agrarfrage, das seiner wissenschaftlichen Unzulänglichkeit wegen jedoch wenig Eindruck machte. Vier Jahre später trat Eduard David den Kautskyschen Ansichten mit großer Entschiedenheit in einer umfangreichen Arbeit über „Sozialismus und Landwirtschaft" entgegen. In eingehender Weise legte David dar, warum der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft sich gegenüber dem Großbetrieb behaupten konnte. Den entscheidenden Grund hierfür sieht David darin, daß der industrielle Produktbildungsvorgang ein

mechaniſcher, der landwirtſchaftliche aber ein organiſcher Prozeß ſei, was Marx und Engels nicht genügend beachtet hätten. Weil die Landwirtſchaft Organismen pflanzlicher und tieriſcher Natur hervorbringe, werde bei ihr der Arbeitsprozeß von den Jahreszeiten und den Geſetzen der Fortpflanzung beherrſcht. Infolgedeſſen ſei in der Landwirtſchaft ein ſtändiger Wechſel der Arbeitsart und des Arbeitsplatzes zu verzeichnen, der eine entwickelte Arbeitsteilung wie in der Induſtrie nicht aufkommen läßt. Die Überlegenheit, die der Großbetrieb ſich in der Induſtrie durch die Arbeitsteilung verſchaffen konnte, fällt in der Landwirtſchaft weg. Die für den induſtriellen Großbetrieb charakteriſtiſche Herausbildung von Spezialarbeitern, von denen jeder das ganze Jahr hindurch ein und dieſelbe Teilarbeit verrichtet, iſt für den landwirtſchaftlichen Großbetrieb eine Unmöglichkeit. Die Arbeit des Landarbeiters im Großbetrieb unterſcheide ſich nicht weſentlich von der Tätigkeit des Bauern. Ebenſowenig wie die Arbeitsteilung verleihe aber auch die Maſchinerie dem landwirtſchaftlichen Großbetrieb eine Überlegenheit. Alle Maſchinen, die für die Landwirtſchaft wichtig ſeien, kämen auch im Kleinbetrieb zur Anwendung. Auch ihre volle Ausnutzung ſei im Kleinbetriebe ebenſo möglich

wie im Großbetriebe, sofern mehrere Kleinbetriebe dieselbe Maschine nacheinander zur Anwendung brächten, was teils im Wege des entgeltlichen Verleihens, teils im Wege der genossenschaftlichen Nutzung auch tatsächlich fast überall zur Ausführung kommt. Auch auf dem Gebiet der Pflanzenernährung (Düngung) und bei der Viehzucht weise der Großbetrieb keine entscheidende Überlegenheit gegenüber dem Kleinbetrieb auf. Die großartigen Fortschritte der Agrikulturchemie habe sich auch der Bauer, unterstützt durch die staatliche Landwirtschaftspflege, zu eigen machen können. Die praktische Anwendung der Naturwissenschaften auf den Ackerbau lasse sich vielfach im Kleinbetrieb sogar erfolgreicher ausführen, weil der selbstwirtschaftende Bauer die Arbeit sorgfältiger verrichtet als der Lohnarbeiter des Großbetriebes. Bei der Viehzucht wirtschafte der Großbetrieb zwar insoweit vielleicht etwas billiger, als die Herstellung und Unterhaltung großer Stallungen relativ weniger kostet. Andererseits aber werde dieser Vorteil des Großbetriebes wieder wettgemacht durch die größere Seuchengefahr, die sich aus dem Beisammensein einer großen Anzahl Tiere in einem einzigen Raume naturgemäß ergibt. Was die Aufzucht der Tiere anbetrifft, so sei hier die Überlegenheit des Kleinbetriebes über den

Großbetrieb ganz unbestritten. Alle Beobachter der bäuerlichen Viehzucht stimmten darin überein, daß unter der Hand des kleinen Landwirts das Jungvieh vortrefflich gedeiht, weil es sorgfältig behandelt und ihm jede Hilfe rechtzeitig gegeben wird. Dem Großgrundbesitzer sei es dagegen unmöglich, so zuverlässiges Arbeitspersonal für den Viehstall zu gewinnen, wie es der bäuerliche Betrieb besitzt, wo die Familie des Besitzers selbst die jungen Tiere pflegt und vor zahlreichen Gefahren schützt. So erkläre es sich, daß die bäuerlichen Gegenden in Deutschland den Großgütern das Zuchtmaterial zur Veredelung ihrer Viehbestände liefern und nicht umgekehrt. Beim Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sowie beim Einkauf der landwirtschaftlichen Rohstoffe (Sämereien, Futtermittel, Kunstdünger) sei der Großbetrieb früher allerdings gegenüber dem Kleinbetrieb im Vorteil gewesen, nachdem sich aber die kleinen Landwirte in Ein- und Verkaufsgenossenschaften zusammengeschlossen hätten, sei auch auf dem Gebiet des Ein- und Verkaufs eine Überlegenheit des Großbetriebes nicht mehr vorhanden. Aus allen diesen Gründen kommt David in Übereinstimmung mit anderen hervorragenden Agrarökonomen zu dem Schluß, es unterliege nicht dem mindesten Zweifel, daß schlechterdings jeder

Zweig der Bodenkultur im mittleren und kleineren Betrieb ebenso rationell wie im großen betrieben werden kann, ja daß ganz im Gegenteil zur industriellen Entwicklung die fortschreitende Intensität der Bodenkultur dem kleineren gegenüber dem Großbetrieb ein sehr wesentliches Übergewicht verleiht.

* * *

Für die Sozialisierungsbestrebungen der Gegenwart sind hieraus wichtige Folgerungen zu ziehen. Zunächst und in erster Linie folgt aus der Tatsache, daß der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft durchaus lebensfähig ist, die Erkenntnis, daß die lebenslängliche Lohnarbeit in der Sphäre der Agrikultur keine soziale Notwendigkeit ist. Wo, wie auf den Großgütern des Ostens, heute noch die Lohnarbeit vorherrschend ist, kann dieselbe radikal beseitigt werden, indem man die Großgüter zerschlägt und Bauerngüter mit familienmäßiger Arbeitsverfassung darauf errichtet. Diesen Weg der radikalen Beseitigung der Lohnarbeit in der Landwirtschaft hat das neue Deutschland mit der Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedelungslande vom 29. Januar 1919 beschritten. Ausgebaut und erweitert ist diese Verordnung durch das Reichssiedelungsgesetz worden, das in diesen Tagen in Kraft treten wird.

Nun kann freilich der Sozialismus auch auf Gebieten, wo keine Arbeiter und Angestellten aus den Fesseln der Lohnsklaverei zu befreien sind, eine Notwendigkeit werden, wenn das Interesse der Gemeinschaft an der Steigerung der Produktivität die sozialistische Produktionsweise erfordert. Allein, in der Landwirtschaft liegen die Dinge doch so, daß die Schaffung sozialistisch geleiteter Großgüter uns keineswegs eine Erhöhung der Erträge in Aussicht stellt, weil wir gesehen haben, daß die Produktionskraft des Kleinbetriebes keineswegs geringer ist, wie die des Großbetriebes. Von der sozialistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft wäre daher eine Steigerung der Erträge und eine Verbesserung der Volksernährung nicht zu erwarten. Andererseits würde der Sozialismus auf dem flachen Lande auch der ländlichen Bevölkerung kein größeres Glück bringen können. Wir haben bereits gesehen, daß der Großbetrieb, auch unter staats-, kommunal- oder genossenschaftssozialistischem Regime, die Menschen nicht wahrhaft zufrieden machen kann, weil auch der sozialistisch geleitete Großbetrieb die Unterordnung unter eine Kommandogewalt und weitgehende Disziplin erfordert, beides Dinge, die sich mit dem natürlichen Freiheitsstreben des Menschen nicht leicht vereinbaren lassen. Im Kleinbetrieb ist

dagegen jeder Mann sein eigener Direktor und Aufseher; Hand- und Kopfarbeit sind hier nicht getrennt, sondern in einer Person vereinigt. Der Kleinbetrieb bietet daher überall, wo er dem Großbetrieb technisch nicht unterlegen ist, dem einfachen Mann die Möglichkeit des größtmöglichsten Glückes. Die Bauern zu Arbeitern im sozialistischen Großbetrieb zu machen, wäre daher völlig sinnlos, weil man einmal ihr Glücksgefühl dadurch vermindern würde, und zweitens eine Erhöhung der Erträge des Bodens durch diese Maßregel nicht zu erzielen wäre. Die Landwirtschaft ist also ein Gebiet, wo die Sozialisierung aus sozialen Gründen nicht nur nicht notwendig ist, sondern wo sie auch direkt für die Allgemeinheit schädlich wirken müßte. Da also, wo in der Volkswirtschaft die industrielle Großproduktion aufhört und die Landwirtschaft anfängt, liegen die Grenzen für die sozialistische Produktionsweise und die Sozialisierungsbestrebungen der Gegenwart.

* * *

Unabhängig von der Betriebsfrage ist natürlich die Eigentumsfrage in der Landwirtschaft zu untersuchen. Wird der Grund und Boden verstaatlicht oder erwirbt der Staat durch eine weitgehende hypothekarisch sicherzustellende Vermögensabgabe ein Miteigentumsrecht am

Boden, so braucht deshalb die Bewirtschaftung keine andere zu werden, als sie seither gewesen ist. Man könnte bei völliger Verstaatlichung des Grund und Bodens den bisherigen Eigentümern, soweit sie dem selbstwirtschaftenden Bauernstande angehörten, ein Erbpachtrecht einräumen und den Bauernstand bedeutend vermehren. Die Ablösung (Entschädigung) ließe sich bei der Verstaatlichung des Bodens in Vermögensabfindung entrichten, damit sie zur Verstärkung der Betriebsmittel und zur Hebung der landwirtschaftlichen Intensität dienen könnte. Es wäre dies ein gewaltiger Plan, der sich allerdings nur langsam würde ausführen lassen, etwa durch ein Vorkaufsrecht des Staates in den Fällen, wo bei einem Besitzwechsel der bäuerliche Betrieb ohnehin in fremde Hände übergehen würde. Da nach dem Urteil sachkundiger Agrarökonomen (Buchenbergers und anderer) die Praxis bewiesen hat, daß das Erbpachtsystem in der Landwirtschaft dem System des Privateigentums produktionstechnisch ebenbürtig, vielleicht sogar überlegen ist, so wäre eine Verringerung der Produktion infolge einer ganz allmählich, gewissermaßen organisch vor sich gehenden Umwandlung des Systems des Privateigentums am Boden in ein Erbpachtsystem nicht zu befürchten.

Sozialistische Produktion ist, wie wir gesehen haben, Güterherstellung mit Arbeitsmitteln, die der Gemeinschaft (Staat, Gemeinde oder Genossenschaft) gehören, und die von der Gemeinschaft in eigener Regie für ihren Selbstbedarf betrieben wird. Daher ist es auch unmöglich, sozialistisch für den Weltmarkt zu produzieren, weil hierbei der eine, und zwar der wichtigste der drei Wesensgrundzüge sozialistischer Produktion, nämlich die eigene Bedarfsdeckung, ganz ausscheiden müßte. Gewiß könnten auch Staaten, Gemeinden und Genossenschaften in ihren Produktionsanstalten Güter für den Weltmarkt herstellen; damit würden sie aber den Boden sozialistischer Produktion verlassen und ein ihnen fremdes Gebiet betreten: das der Warenproduktion. Alle Schwierigkeiten des freien Wettbewerbes, des Produzierens für ausländische Verbraucher, alle Gefahren der Überproduktion, der Krisen würden von dem Augenblick an, wo Staats-, Gemeinde- oder Genossenschaftsbetriebe für den Weltmarkt zu produzieren begännen, auch für sie in voller Kraft wirksam sein. Die quälende Sorge fast aller Leiter exportindustrieller Unternehmungen, ob auf dem Weltmarkt auch Abnehmer für ihre Waren

zu finden sein werden, eine Sorge, die der sozialistischen Hervorbringung als Eigenproduktion für eine bestimmte Gemeinschaft naturgemäß völlig wesensfremd ist, müßte dann auch in die Betriebe des Staates, der Gemeinden und der Genossenschaften einziehen. Eine Produktion im Wettbewerb mit ausländischen privatkapitalistischen Betrieben, und zwar für Personen oder Korporationen, die außerhalb der nationalen Gemeinschaft stehen, wäre natürlich keine sozialistische mehr, auch wenn sie sich in eigener Regie des Staates, der Gemeinde oder Genossenschaft mit diesen gehörenden Produktionsmitteln vollzöge. Wo die Produktion für den Weltmarkt beginnt, hört die Möglichkeit sozialistischen Wirtschaftens auf.

Der Geltungsbereich der Exportindustrien, deren Vollsozialisierung demnach gänzlich außerhalb des Bereichs jeder Möglichkeit liegt, wird nun innerhalb einer gegebenen Volkswirtschaft um so größer sein, je mehr der Bedarf nach ausländischen Zufuhren steigt. Letzterer wächst in der Regel, wenn die Bevölkerung zunimmt und die Lebenshaltung sich erhöht. Geht dagegen die Bevölkerung zurück, sinkt die Lebenshaltung, so vermindern sich zumeist auch die Zufuhren. Da es nun Aufgabe des Exportindustrialismus ist, den Gegen-

wert für die Zufuhren in Form von Ausfuhrgütern zu erzeugen, so liegt sein Umfang niemals fest. Sieht man von den Einschränkungen der Lebenshaltung ab, die natürlich auch den Bedarf nach ausländischen Zufuhren herabsetzen können, so kann eine Nation das Gebiet des Exportindustrialismus noch am wirksamsten einschränken durch Geburtenverminderung. Eine Ausdehnung des Exportindustrialismus ist von dem Augenblick an, wo eine Nation das Zweikindersystem zur Geltung bringt, für sie keine zwingende Notwendigkeit mehr. Geht infolge Geburtenverminderung die Bevölkerung zurück, so kann auch der Exportindustrialismus sehr leicht eine Einschränkung erfahren, weil der Bedarf an ausländischen Nahrungsmitteln und Rohstoffen mit der sinkenden Volkszahl von selbst geringer wird. Durch bewußte Geburtenregulierung und eine ihr entsprechende Gesetzgebung (z. B. gesetzliche Festlegung des Rechts der Ärzte, bei unterernährten Frauen die Empfängnis zu beseitigen) hat es jede Nation in der Hand, ihren Exportindustrialismus wesentlich einzuschränken und somit das für die sozialistische Produktionsweise unzugängliche Gebiet ihrer Volkswirtschaft kleiner zu gestalten.

Kein Zweifel kann nun daran bestehen, daß für Deutschland das Gebiet des Exportindustrialismus,

auf dem nur der Privatkapitalismus und in beschränktem Ausmaß vielleicht noch der Staatskapitalismus gedeihen kann, sehr groß ist, weil unser Bedarf an ausländischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln gewaltige Dimensionen erreicht hat. Das deutsche Volk ist in so hohem Maße bei seiner Bedürfnisbefriedigung auf Zufuhren aus dem Ausland angewiesen, daß es als Gegenwert für die vom Ausland benötigten Rohstoffe und Nährmittel gewaltige Mengen von Waren für den Weltmarkt produzieren muß. Da nun auf dem Gebiet der weltwirtschaftlichen Betätigung die sozialistische Produktionsweise nicht anwendbar ist, weil sie ihrer Natur nach nicht Warenproduktion sein kann, so ergibt sich, daß eine Vollsozialisierung der gesamten deutschen Volkswirtschaft für absehbare Zeit unerreichbar ist. Diese könnte sich nur durchsetzen, wenn wir uns aus der Weltwirtschaft zurückzögen. Die Preisgabe unseres Exportindustrialismus würde aber genau dieselben Wirkungen zeitigen wie die britische Blockade, d. h. sie würde Zufuhren jeder Art aus dem Auslande unmöglich machen. Überhaupt darf nicht übersehen werden, daß der seiner Natur nach nicht sozialisierbare Exportindustrialismus nicht Selbstzweck einer Volkswirtschaft, sondern immer nur Mittel zum Zweck sein kann. Er soll die Güter

herstellen, für die wir uns im Austausch Rohstoffe und Nahrungsmittel vom Ausland beschaffen können. Wer Rohstoffe und Nährmittel aus dem Ausland haben will, muß auch den kapitalistisch betriebenen Exportindustrialismus wollen.

Während des Krieges sind nun freilich auch Ansichten laut geworden, die die Notwendigkeit, den Exportindustrialismus wiederherzustellen, verneinten. Eine Aufgabe des Exportindustrialismus wäre nun aber gleichbedeutend mit der Rückkehr zu nationalwirtschaftlichen Zuständen. Zugegeben muß werden, daß, wenn die Wiederherstellung der Nationalwirtschaft erreichbar wäre, sich allerdings auch eine Vollsozialisierung der deutschen Industrie ermöglichen ließe. Wir haben daher zu untersuchen, ob die Aufrechterhaltung unserer physischen Existenz auf dem Boden der Nationalwirtschaft heute noch möglich ist. Eine solche Untersuchung kann aber keine rein handelsstatistische sein, weil in den Ziffern unserer Einfuhr auch diejenigen Mengen Rohstoffe einbegriffen sind, die wir gar nicht selbst brauchen, sondern die wir nur beziehen, um aus ihnen Waren für den Weltmarkt herzustellen. Ebenso geben uns auch unsere Exportziffern keinen sicheren Aufschluß über den Grad unserer Abhängigkeit vom Weltmarkt, weil in ihnen auch die Güter enthalten sind,

mit deren Hilfe Kapitalanlagen im Auslande vorgenommen werden. Den besten Aufschluß darüber, in welchem Maße unser Dasein weltwirtschaftlich bestimmt wird, können wir gewinnen, wenn wir die Bedeutung der Zufuhren, für die unser Exportindustrialismus den Gegenwert beschaffen muß, für jede einzelne Haushaltung feststellen.

Obwohl selbst die Gebildeten der Nation nicht immer klar einzusehen vermögen, wie sehr die Lebenshaltung jedes einzelnen von unserer weltwirtschaftlichen Betätigung abhängig geworden ist, haben doch die jetzt hinter uns liegenden fünf Jahre Blockade die Erkenntnis vertieft, daß es für uns kein Zurück zur Nationalwirtschaft mehr geben kann. Im Gegensatz zum ersten Kriegsjahr, als die im Lande vorhandenen Vorräte und die heimlichen Zufuhren aus den neutralen Nachbarstaaten unsere Vorstellung von dem, was eine völlige Absperrung von der Weltwirtschaft eigentlich bedeutet, in so hohem Grade verwirren konnte, daß eine Rückkehr zur Nationalwirtschaft vielen als kein Ding der Unmöglichkeit schien, ist heute wohl bei jedem der Eindruck vorhanden, daß ein rein nationalwirtschaftliches Leben, wie wir es in den letzten Jahren führen mußten, überhaupt nicht mehr lebenswert sein würde.

In der Tat, der Krieg hat uns gezeigt, daß die

Weltwirtschaft für unser physisches Dasein leider eine so ausschlaggebende Bedeutung erlangt hat, daß eine Abkehr von ihr zu einer vollständigen Umgestaltung unserer ganzen Lebensweise führen müßte, die uns auf die Dauer kaum erträglich sein würde. Wir sind eben als weltwirtschaftliche Menschen geboren worden, wie unsere Väter als national- und unsere Großväter als territorialwirtschaftliche Menschen. Wem das zweifelhaft erscheint, der sei daran erinnert, daß Friedrich List, Deutschlands erster großer Nationalökonom, seine Jugend noch in voller Territorialwirtschaft verlebte. Wie in politischer Hinsicht in eine Anzahl fast souveräner Territorialstaaten, so zerfiel Deutschland im ersten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts in ökonomischer Hinsicht in eine Reihe von nahezu autarkischen Territorialwirtschaften. Und so fest gegründet erschien den territorialwirtschaftlichen Menschen jener Zeit der Zustand, in den sie hineingeboren waren, daß sie List, der ihnen ein neues Zeitalter ankündigte, in dem die neue Transporttechnik die alte Territorialwirtschaft überwinden und die deutsche Nationalwirtschaft hervorbringen werde, nur wenig Beachtung schenkten. Daß das „rollende Flügelrad" Waren jeder Art, auch ganz geringwertige, wie Getreide, Holz, Erze und Kohlen, zwischen Königsberg und Lindau,

Hamburg und München, Mannheim und Breslau herüber- und hinübertragen könnte, erschien dem territorialwirtschaftlichen Menschen ein so überstiegener Gedanke, daß er für die „amerikanischen" Verkehrsprognosen Lists nur Spott übrig hatte.

Drei Jahrzehnte später stand aber die deutsche Nationalwirtschaft schon auf festen Füßen. Und eine nationalwirtschaftliche Generation, an deren Wiege der Dampf gebraust, war es, die das Deutsche Reich errichtete. Von einem großen Deutschen Reich hatten zwar auch schon die territorialwirtschaftlichen Menschen der dreißiger Jahre geträumt, aber für sie, deren wirtschaftliches Dasein noch von den Gesetzen der Thünenschen Ökonomie, die wohl als der höchste theoretische Ausdruck deutscher Territorialwirtschaft bezeichnet werden kann, beherrscht wurde, konnte das Reich, das sie herbeisehnten, nur eine lose Zusammenfassung der deutschen Territorialwirtschaften sein. Das neue Deutsche Reich, das aus den Kriegen von 1866 und 1870 hervorging, war aber nicht eine Wiederbelebung des alten Reichs, nicht die lose Zusammenfassung autarkischer Territorialwirtschaften, sondern eine festgefügte Nationalwirtschaft mit Menschen, deren Bewußtsein bereits nationalwirtschaftlich bestimmt war. Und wie ihre territorialwirtschaftlichen Väter weit entfernt

davon gewesen waren, die nationalwirtschaftliche Entwicklung der Zukunft zu begreifen, so vermochten sie ihrerseits Deutschlands Eintritt in die Weltwirtschaft nicht vorauszusehen. Den internationalen Verkehr dachten sich die Gründer des neuen Deutschen Reiches in der Hauptsache beschränkt auf den Umsatz hochwertiger Rohstoffe der Tropen gegen hochwertige Erzeugnisse der gemäßigten Zone. Was den Fernhandel mit minder wertvollen Nahrungsmitteln anlangt, so erschien es ihnen als eine große Leistung, wenn Korn aus Ostpreußen und Bayern nach England gelangte. Aber schon am Lebensabend des ersten Reichskanzlers war Deutschland aus dem nationalwirtschaftlichen Zustande hinausgewachsen. Eine neue Generation weltwirtschaftlicher Menschen war entstanden, die sich im Gegensatz zu ihren nationalwirtschaftlich orientierten Vätern befanden, ein Gegensatz, der zwar selten ein bewußter, aber immer ein gefühlter war. Von diesem weltwirtschaftlichen Deutschland hat Bismarck, wie Fürst Bülow berichtet, einmal gesprochen, als er nach seiner Entlassung im Hamburger Hafen das gewaltige Bild des Weltverkehrs auf sich einwirken ließ. Da brach er in die Worte aus: „Sie sehen mich ergriffen und bewegt, ja, das ist eine neue Zeit, das ist eine ganz neue Welt."

Daß Fürst Bismarck, dessen Leben überwiegend in nationalwirtschaftlichen Bahnen verlaufen war, den Gegensatz zwischen einst und jetzt tiefer empfand als die neue Generation, die in das weltwirtschaftliche Deutschland schon hineingewachsen war, ist im Grunde leicht begreiflich. Die weltwirtschaftlichen Kräfte, die für Bismarck etwas Neues und Unerhörtes waren, mußten dem neuen Geschlecht, das in engster Verbindung mit ihnen aufgewachsen war, ebenso natürlich und vertraut erscheinen wie ihm die Nationalwirtschaft, die in seinen Jugendjahren entstanden war und seiner Politik Richtung und Ziel gewiesen hatte. Und umgekehrt mußte die Nationalwirtschaft, die Bismarck so vertraut und bekannt war, der neuen Generation etwas Fremdes sein, weil sie ein Vergangenes war. Denn was ein nationalwirtschaftlicher Zustand für unser Dasein bedeutet, ist uns allen doch erst recht klar durch den Krieg geworden, der von uns die Rückkehr zur Nationalwirtschaft erzwang. Jetzt erst wissen wir mit der Kraft eines persönlichen Erlebnisses, welch furchtbare Leiden und Entbehrungen ein Verzicht auf weltwirtschaftliche Betätigung für jeden einzelnen in sich schließt.

Gerade deshalb ist es aber notwendig, sich zu vergegenwärtigen, in welchem Umfang jeder von uns der Weltwirtschaft und damit auch des Export-

industrialismus zur Sicherung seiner physischen Existenz bedarf. Erst wenn wir wissen, was Weltwirtschaft für uns als Einzelwesen bedeutet, werden wir die Wichtigkeit beider richtig einzuschätzen wissen. Es empfiehlt sich, dabei methodisch vorzugehen und nacheinander die Bedeutung der Weltwirtschaft für Wohnung, Kleidung und Nahrung gesondert festzustellen.

Was unsere Wohnungen betrifft, so läßt sich sagen, daß gesunde Wohnräume für jeden einzelnen nationalwirtschaftlich hergestellt werden können, weil wir alle Rohmaterialien zum Wohnungsbau in Deutschland selbst hervorzubringen vermögen. Von allen Gewerben Deutschlands ist das Baugewerbe wohl am wenigsten von der Weltwirtschaft abhängig. Auch die Beheizung und Beleuchtung der Wohnräume ließe sich rein nationalwirtschaftlich durchführen, wenn ausreichender Arbeitswille vorhanden wäre und die hierzu notwendigen Einrichtungen getroffen würden. Sobald wir jedoch an die Ausstattung unserer Wohnräume herangehen, finden wir, daß wir hierzu in umfangreichem Maße die Weltwirtschaft in Anspruch nehmen müssen. Selbst für die Herstellung der bescheidenen Behaglichkeit der Proletarierwohnung sind die weltwirtschaftlichen Erzeugnisse unentbehrlich geworden. Wir können

auf die Zufuhren von Baumwolle, Wolle und Polsterungsmaterialien zur Herstellung von Matratzen, Decken, Vorhängen, Haus- und Bettwäsche nicht verzichten, weil unsere Nationalwirtschaft die hierzu verwendbaren Rohprodukte entweder gar nicht oder nicht in genügender Menge hervorbringen kann.

Weit mehr wie bei der Ausstattung der Wohnräume sind wir aber bei der Herstellung der Kleidung auf die Weltwirtschaft angewiesen. Gewiß liefert uns die Nationalwirtschaft heute noch ansehnliche Mengen von Wolle und Häuten. Für den gewaltigen Bedarf unserer wachsenden Bevölkerung reicht die heimische Produktion aber bei weitem nicht aus. Es fehlt unserer Nationalwirtschaft aber auch an Boden, die Rinder- und Schafzucht derart zu vermehren, daß unser Bedarf an Häuten und Wolle gedeckt werden könnte. Weiter kommt hinzu, daß unsere Landwirtschaft den Anbau von Gespinstpflanzen völlig aufgegeben hat, und zwar zu dem Zweck, um auf den einst hierzu benutzten Äckern Lebensmittel hervorzubringen. Die Verwendung der Baumwolle hat weite Flächen unseres Bodens für die Nahrungsmittelproduktion freigemacht. Nur durch weltwirtschaftliche Betätigung können wir uns die Rohstoffe für Wäsche, Kleider und Schuhe beschaffen,

sofern wir die Nahrungsmittelproduktion nicht einschränken wollen.

Die Einsicht, daß wir bei der Ausstattung der Wohnräume und bei der Herstellung der Kleidung hinsichtlich der dazu notwendigen pflanzlichen und tierischen Rohstoffe auf die Weltwirtschaft angewiesen sind, war schon vor dem Kriege so weit verbreitet, daß die Erscheinungen der Kriegswirtschaft für niemand eine Überraschung sein konnten. Anders freilich liegen die Dinge auf dem Gebiet der Volksernährung. Denkt man daran, daß unser ganzes Wissen von den produktiven Kräften unserer Landwirtschaft sich aufbaute auf der schwankenden Grundlage zumeist recht willkürlicher Schätzungen der Jahreserträge von Ackerbau und Viehzucht, aus denen dann der Anteil jeder Haushaltung zu errechnen war, so ist leicht einzusehen, daß hier bei der Schätzung dessen, was die Nationalwirtschaft leisten kann, der Willkür Tür und Tor geöffnet war. Mit dem Augenblick jedoch, wo die Rationierung der wichtigsten Nahrungsmittel durchgeführt worden war, verschwand alle Ungewißheit darüber, welche Nahrungsmengen jeder einzelne bei reiner Nationalwirtschaft erwarten kann. Heute wissen wir, daß die Nationalwirtschaft jede erwachsene Person wöchentlich höchstens mit 2000 Gramm Brot, 3500 Gramm

Kartoffeln, 200 Gramm Fleisch, 50 Gramm Butter oder Fett und zirka 200 Gramm Zucker versorgen kann. Dazu kommen dann noch kleine Mengen Käse, Eier, Obst, Gemüse, Hülsenfrüchte und Fische.

Licht und Farbe erhält unser jetziges, aus den Lebensmittelbezugskarten geschöpftes Wissen von den Nahrungsmengen, mit denen uns die Nationalwirtschaft versorgen kann, freilich erst dann, wenn wir sie mit der Summe der Nahrungsmittel vergleichen, mit denen uns früher die Weltwirtschaft versorgte. Letztere läßt sich sicher und einwandfrei aus den Ziffern unserer Handelsstatistik ermitteln. Nach ihr erhielten wir im Jahre 1913 folgende Mengen pflanzlicher Nahrungsmittel aus der Weltwirtschaft zugeführt:

	Doppelzentner (100 kg)	Davon entfielen auf jede Haushaltung (5 Personen)
Brotgetreide	8 402 000	64 kg
Buchweizen	271 000	2 „
Kartoffeln	449 000	3 „
Hülsenfrüchte	2 000 000	15 „
Gemüse	2 706 000	20 „
Obst	6 455 000	49 „
Pflanzenfett	2 533 000	19 „
Reis	2 933 000	22 „
Südfrüchte	2 987 000	22 „
Kakao, Kaffee, Tee	2 138 000	16 „
zusammen:	30 874 000	232 kg

Zu den Nahrungsmitteln aus dem Pflanzenreich kam nun aber noch eine nicht unbeträchtliche Nahrungsmenge tierischen Ursprungs, die uns 1913 aus der Weltwirtschaft zuging. Im einzelnen ergeben die Zufuhren von Erzeugnissen der ausländischen Viehwirtschaft, an der fast alle Länder der Erde beteiligt sind, für 1913 folgende Ziffern:

	Doppelzentner (100 kg)	Davon entfielen auf jede Haushaltung (5 Personen)
Fleisch und Geflügel	627 800	4 kg
Fette tierischen Ursprungs	1 794 500	13 „
Milch und Milchprodukte	1 360 200	10 „
Eier, Eigelb und Eiweiß	1 702 600	13 „
zusammen:	5 485 100	40 kg

Schon allein der Menge nach betrachtet, hat die weltwirtschaftliche Versorgung jeder Haushaltung mit 544 Pfund Nahrungsmitteln pflanzlichen und tierischen Ursprungs große Bedeutung. Diese steigert sich aber noch, wenn wir unsere Blicke auf deren Qualität lenken. Ein erheblicher Teil davon besteht aus Nährstoffen, für die uns die Nationalwirtschaft überhaupt keinen vollwertigen Ersatz schaffen kann. Es sei nur auf die Pflanzen- und Tierfette hingewiesen, von denen jede Haushaltung 64 Pfund jährlich durch den auswärtigen Handel zugeführt erhielt. Sehr groß ist auch die Fleischmenge, mit der uns die Weltwirtschaft versorgte.

Diese war nämlich keineswegs auf die 8 Pfund pro Haushaltung beschränkt, die wir direkt aus dem Auslande erhielten. Viel wichtiger für unsere Verpflegung mit Fleisch als die Fleischmengen, die wir 1913 aus dem Ausland erhielten, waren die 7,4 Millionen Tonnen zumeist hochwertiger Futtermittel, mit denen uns die Weltwirtschaft 1913 versorgte. Veranschlagt man den Fleischwert der 1140 Pfund ausländischer Futtermittel, die 1913 auf jede Haushaltung entfielen, auch nur auf 150 Pfund, so erhöht sich der Anteil der Weltwirtschaft an der Versorgung jedes deutschen Haushalts mit Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs (ohne Fische) auf 230 Pfund pro Jahr. Daß wir die Fleischration für die Person auf 100 Gramm pro Woche herabsetzen mußten, und daß selbst diese geringfügige Menge für die städtische Bevölkerung nicht immer und überall herbeigeschafft werden konnte, erklärt sich eben dadurch, daß unsere Viehwirtschaft zu einem erheblichen Teil auf weltwirtschaftlicher Grundlage ruht. So mußten deren Erträge gewaltig zusammenschrumpfen von dem Zeitpunkt an, wo ihr die Zufuhren aus dem Auslande abgeschnitten waren. Im ganzen stellt sich also unser Angewiesensein auf die Weltwirtschaft bei der Nahrung nicht weniger groß dar als bei Kleidung und Wohnung.

So viel geht wohl aus vorstehenden Darlegungen hervor, daß wir gar nicht daran denken können, auf den Exportindustrialismus, der uns die Möglichkeit schafft, Rohstoffe und Nährmittel aus dem Auslande zu beziehen, zu verzichten. Die für uns nun einmal unentbehrlichen Exportindustrien können aber, solange im Ausland das kapitalistische Wirtschaftsprinzip vorherrscht, nicht sozialisiert werden. Einschränken ließe sich das dem Kapitalismus einstweilen nicht zu entreißende Gebiet des Warenexports lediglich durch systematische Geburtenverminderung oder — durch Hunger. Die unentrinnbare Notwendigkeit, Waren für den Weltmarkt als Gegenwert für unsere Zufuhren aus dem Auslande zu produzieren, zieht der sozialistischen Produktionsweise Grenzen, die keine Macht des Staates, auch keine Diktatur des Proletariats beseitigen kann.

Friede und Handelsrivalität

Wir haben gesehen, daß Sismondi und Marx von der Anschauung durchdrungen waren, daß der Wirtschaftskrieg zwischen den industriellen Nationen als Normalzustand der kapitalistischen Produktionsweise angesehen werden muß. Beide Denker führen jedoch diesen ständigen Wirtschafts-

krieg nicht einseitig auf das Gewinnstreben der Bourgeoisien zurück, sondern im wesentlichen auf die immanenten Kräfte der kapitalistischen Produktionsweise selbst, die die Bourgeoisie des einen Landes geradezu zwingen, den Wirtschaftskrieg gegen die Bourgeoisien aller übrigen Länder zu führen. Natürlich ist Marx nicht der Ansicht, daß der industrielle Krieg zu allen Zeiten und zwischen den Bourgeoisien aller Länder gleich heftig geführt wird. Und in der Tat wissen wir ja, daß die Handelsrivalität zwischen den Agrarstaaten im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege immer schwächer wurde, während der Wettbewerb unter den Industriestaaten immer mehr zunahm. Hinter dem Streben der Bourgeoisien der Industriestaaten, ohne Rücksicht auf ihre ausländischen Konkurrenten den Export ihres Landes zu steigern, verbarg sich die ökonomische Notwendigkeit, größere Mengen von Rohstoffen und Nahrungsmitteln für die anwachsende Bevölkerung ihrer Länder herbeizuschaffen. Weil die Bourgeoisie nicht die immanenten Kräfte der kapitalistischen Produktionsweise beherrscht, sondern im Gegenteil von ihnen beherrscht wird, blieb ihr diese Funktion des Exports vielfach verborgen. Für sie war die Gewinnung von Reichtum allein entscheidend, aber kapitalistischer Reichtum läßt sich, wie Marx in dem

glänzend geschriebenen Kapitel des ersten Bandes des „Kapital" über den „Fetischcharakter der Ware" zeigt, in normalen Zeiten und ohne Verstöße gegen das Strafgesetzbuch doch nur gewinnen, wenn die Bourgeoisie wirklich gesellschaftlich notwendige Dinge produzieren läßt, beziehungsweise für die Allgemeinheit notwendige Rohstoffe und Nahrungsmittel gegen die unter ihrer Leitung hergestellten Waren eintauscht. Die Einstellung auf die Bedürfnisse der Massen vollzieht sich freilich bei der kapitalistischen Produktionsweise nicht reibungslos, sondern nur unter heftigen Erschütterungen (Krisen) und Konkurrenzkämpfen zwischen den Nationen, die sich bis zum industriellen Vernichtungskrieg steigern können.

Marx' Lehre, daß die Bourgeoisie des einen Industriestaates kraft der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise gezwungen sei, gegen die Bourgeoisien aller anderen Industriestaaten einen fortwährenden, bald offenen, bald versteckten Wirtschaftskrieg zu führen, ist in ihrer Anwendung auf die deutsch-englischen Beziehungen in letzter Zeit allerdings sehr entschieden von liberaler und auch von sozialistischer Seite bekämpft worden. Von den Sozialisten haben Eduard Bernstein, M. Nachimsohn, Anton Hofrichter behauptet, daß für die britische

Bourgeoisie gar kein Grund vorgelegen habe, eine deutschfeindliche Politik zu betreiben, weil ungeachtet aller deutschen Konkurrenz der britische Exportindustrialismus in dem Jahrzehnt von 1901 bis 1911 einen gewaltigen Aufschwung genommen habe. Man kann nun zugeben, daß es auf den ersten Blick in der Tat schwer ist, den Exportindustrialismus Großbritanniens als durch den Wettbewerb der deutschen Bourgeoisie bedroht hinzustellen, da derselbe in dem Jahrzehnt von 1901—1911 seine Ausfuhr von 5,7 auf 9,2 Milliarden Mark zu steigern vermochte. Im Verlauf eines Jahrzehntes konnte die britische Bourgeoisie den Wert der Waren, die sie ihren Kunden verkaufte, um 3,5 Milliarden Mark anwachsen sehen. Nun kann sich freilich in einer Zeit starker Preissteigerungen hinter einer wesentlich gewachsenen Wertziffer eine gleich groß gebliebene Gütermenge verstecken. Aber auch wenn man bei Berechnung der britischen Ausfuhrsteigerung die Preissteigerungen berücksichtigt, ergibt sich für 1901—1911 ein enormer Aufschwung des britischen Exports.

Für das Gedeihen der Exportindustrien kommt es aber nicht nur auf den Wert der Ausfuhr an, sondern auch auf deren Zusammensetzung. Wenn die Rohstoffe und Halbfabrikate, die ein Industriestaat einführt, nur wenig verändert wieder

ausgeführt werden, oder wenn die Rohstoffe, die ein Industriestaat selbst gewinnt, unverarbeitet oder nur wenig bearbeitet ausgeführt werden müssen, so kann trotz gewaltig gesteigerter Ausfuhr der Gewinn der industriellen Bourgeoisie stationär bleiben oder gar zurückgehen. Für die handeltreibenden Elemente der Bourgeoisie macht es allerdings wenig aus, ob in der zur Ausfuhr gelangenden Gütermenge Rohstoffe und Halbfabrikate vorherrschen, für die Fabrikanten und Arbeiter der Exportindustrien ist es jedoch von großer Bedeutung, daß in der Ausfuhr Fertig- oder Fastfertigwaren vorwiegend sind. Aber auch wenn wir unsere Blicke auf die Zusammensetzung der britischen Ausfuhr richten, scheint es, als ob die englische Bourgeoisie sich eigentlich nicht zu beklagen brauchte. Im ganzen weist die von 1901—1911 so gewaltig der Menge und dem Wert nach angewachsene Ausfuhr Großbritanniens eine für die Unternehmer- und Arbeiterschaft durchaus zufriedenstellende Zusammensetzung auf, weil in ihr die Fertig- oder Fastfertigwaren nahezu 80 Prozent betragen, wogegen Rohmaterialien und kaum bearbeitete Waren nur 12,6 Prozent ausmachen. Folgende Tabelle zeigt, daß eine Verschlechterung der Zusammensetzung der britischen Ausfuhr in jenem Zeitraum jedenfalls nicht eingetreten ist:

Ausfuhr Großbritanniens in den Jahren 1900/02 und 1909/11 in Pfund Sterling

Warenkategorie	1900/02	Proz.-Ant.	1909/11	Proz.-Ant.
Fertig- od. Fastfertigwaren . .	226 120 000	79,3	333 950 000	79,3
Rohmaterial und kaum bearbeitete Waren	39 062 000	13,7	52 733 000	12,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	15 551 000	5,4	26 145 000	6,2
Verschiedenes, Postpakete . .	4 147 000	1,5	8 060 000	1,9

Vorstehende Tabelle scheint Marx' Lehre, daß die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise die Bourgeoisien der Industriestaaten zwingen, einander eine vernichtende Konkurrenz zu machen, nicht zu bestätigen. Allerdings bleibt noch die Frage aufzuklären, ob die Fertig- oder Fastfertigwaren, die in der britischen Ausfuhr einen so breiten Platz einnehmen, auch wirklich englische Fabrikate waren. Man weiß, was das „Made in Germany" in England für eine Rolle gespielt hat. Die Vermutung, daß ein Teil der von England ausgeführten Fertigwaren ausländischer Provenienz ist, kann daher nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen werden. Allein, wären Fertigwaren ausländischer Herkunft stärker als früher im britischen Export vertreten, so müßte

dementsprechend auch eine Zunahme des Imports ausländischer Fabrikate zu verzeichnen sein. Daß dem jedoch nicht so ist, zeigen folgende Angaben der britischen Statistik:

Einfuhr Großbritanniens in den Jahren 1900/02 und 1909/11 in Pfund Sterling

Warenkategorie	1900/02	Proz.-Ant.	1909/11	Proz.-Ant.
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	211 152 000	46,0	245 591 000	43,3
Rohmaterial und kaum bearbeitete Waren	133 610 000	29,1	183 904 000	32,6
Fertig- oder Fastfertigwaren . .	111 344 000	24,3	129 904 000	23,2
Verschiedenes, Postpakete . . .	2 360 000	0,5	2 315 000	0,4

In der Tat, obige Zahlen zeigen uns eindeutig, daß die Industrieerzeugnisse, die England ausführt, in der Hauptsache heimischer Herkunft, Erzeugnisse britischen Gewerbefleißes sind. Wenn die Einfuhr von Fabrikaten nach England auch 24 Prozent der Gesamteinfuhr betrug, wogegen die Einfuhr fertiger Waren nach Deutschland nur 20 Prozent der deutschen Gesamteinfuhr ausmachte, so ist doch der Unterschied nicht so erheblich, um die Zusammensetzung der englischen Einfuhr als ungesund bezeichnen zu können. Dazu kommt, daß in dem angegebenen Zeitraum England seinen

Export von Fertigwaren mehr als Deutschland zu steigern gewußt hat. Zugunsten Englands spricht ferner der Umstand, daß die fertigen Waren, die nach England geschafft wurden, zumeist billige Massenartikel mit geringem Arbeitsgehalt waren, während die fertigen Industrieerzeugnisse, die England ausführte, vorwiegend Qualitätsproduktion mit hohem Arbeitswert darstellten.

Im einzelnen betrachtet, ist das Bild des britischen Exports allerdings weniger glänzend. Da die Erzvorräte Großbritanniens klein und ihre Ausbeute kostspielig ist, konnte sich die englische Eisenindustrie nicht weiter entwickeln; sie ist seit 1905 stationär geblieben. Auch die Kohlenindustrie, deren Ausfuhrziffern allerdings ständig gewachsen sind, hat der britischen Bourgeoisie nicht die Gewinne gebracht, die sie eigentlich erwarten konnte. Im Jahre 1911 mußte die britische Kohle zu einem Preise verkauft werden, der 31,5 Prozent niedriger war als der von 1900. Auch in der wichtigsten Exportindustrie Englands, der Textilindustrie, die ihre Ausfuhr von 1901/1911 um 61 Prozent steigerte, waren die realisierten Unternehmer- und Kapitalgewinne gering. Wie die Textilindustrie, so hatte auch das Schiffbaugewerbe einen großen Aufschwung aufzuweisen, da die Steigerung der auf englischen Werften vom Stapel

gelassenen Schiffstonnage dreimal so groß war als die Steigerung der auf deutschen Werften gebauten Dampfer; aber auch hier war der Gewinn nicht groß. Wenn es also auch scheint, daß die englische Bourgeoisie durch den deutschen Wettbewerb keinen Schaden erlitten habe, so muß andererseits doch hervorgehoben werden, daß sie mit Ingrimm die Senkung der Profitrate auf die unfaire Konkurrenz zurückführte, die die deutsche Bourgeoisie ihr machte.

Noch mehr schwindet aber der Glanz der britischen Exportkraft, wenn wir unsere Blicke auf die Länder richten, die die britischen Fertigwaren aufnahmen. Da zeigt sich, daß es der deutschen Konkurrenz gelungen war, England tatsächlich aus Europa zu verdrängen. Diese Vertreibung der britischen Industrie aus Europa hatte schon 1911 einen Grad erreicht, daß die Nationalökonomen anfingen, von einer „regionalen Aufteilung der Absatzgebiete zwischen England und Deutschland" zu reden. Das Absatzgebiet Deutschlands, so sagten sie, sei Europa, das Absatzgebiet Englands die überseeische Welt. Man hat auch von einer „Arbeitsteilung zwischen England und Deutschland" gesprochen und das Verhältnis der beiden Rivalen dahin präzisiert, „daß Deutschland Massengüter für Europa und England Qualitäts-

waren für Übersee herstellt". Nicht genügend beachtet ist aber worden, daß die Beschränkung der britischen Ausfuhr auf Qualitätswaren für Übersee durchaus keine freiwillige war. Die britische Bourgeoisie hat es bitter genug empfunden, daß ihr der europäische Markt, auf dem sie früher große Gewinne erzielte, von Deutschland weggenommen wurde. Auch die Beschränkung auf die Herstellung von Qualitätswaren war nicht nach dem Geschmack der britischen Bourgeoisie, weil an ihnen häufig nicht so viel verdient werden kann wie an Massengütern.

Doch nicht nur die Bourgeoisie, auch die unqualifizierten Arbeiter, in deren Reihen infolge der Beschränkung der britischen Industrie auf die Herstellung von Qualitätswaren für Übersee die Arbeitslosigkeit überhandnahm, empfanden die deutsche Konkurrenz sehr bitter. Es war weder Übermut noch Abenteuerlust, die jährlich fast eine halbe Million britischer Staatsangehöriger zur Auswanderung bestimmte, sondern die Unmöglichkeit, dauernde Beschäftigung zu finden. Von Jahr zu Jahr wurde der Strom großbritannischer Auswanderer, der sich hauptsächlich nach den angelsächsischen Siedlungsländern ergoß, stärker:

Überseeische Auswanderung aus Großbritannien

Jahr	Zahl d. brit. Auswanderer	Wanderziele			
		Vereinigte Staaten	Kanada	Britisch-Südafrika	Australien
1911	454 576	121 829	184 891	30 776	80 764
1912	467 762	117 334	186 185	28 218	96 815
1913	469 591	129 114	196 290	25 861	77 945

Für das Jahr 1912 läßt sich auch feststellen, aus welchen Gebieten Englands die Auswanderer stammen. Die Gesamtzahl der Auswanderer nach Europa und Übersee betrug 1912: 656 835 Personen: davon waren 467 762 britischer Staatsangehörigkeit, und zwar stammten 302 680 aus England, 88 850 aus Schottland und 49 280 aus Irland. Diese Zahlen lassen keinen Zweifel daran, daß es gerade die Industriearbeiterschaft Englands war, die das Hauptkontingent der Auswanderer stellte.

Wie ist nun aber diese Massenauswanderung aus Großbritannien angesichts der Tatsache, daß der britische Export von 1901—1911 die gewaltige Zunahme von 3,5 Milliarden Mark zu verzeichnen hat, eigentlich zu erklären? Wenn man die Ziffern der britischen Handelsstatistik allein für sich betrachtet, ist eine Erklärung für die soziale Erscheinung der britischen Massenauswanderung aller-

dings schwer zu finden. Bringt man sie aber in Beziehung zu der britischen Bevölkerungszunahme, so sieht man, daß der Export eines Landes sehr stark und schnell anwachsen kann, ohne deshalb aber mit dem Wachstum der Bevölkerung gleichen Schritt halten zu können. Von 1901—1911 ist ungeachtet der Massenauswanderung die Zahl der britischen Haushaltungen (4 Personen im Durchschnitt) immerhin noch um 1 Million angewachsen. Im Gegensatz zu Deutschland, wo der Bevölkerungszuwachs zu einem Teil seinen Tisch durch Steigerung der heimischen Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion gedeckt erhielt, war der Bevölkerungszuwachs Englands ganz und gar auf überseeische Zufuhren angewiesen. Abgesehen von Kohle, deren Kaufkraft, wie wir gesehen haben, in dem Zeitraum von 1901—1911 erheblich sank, vermag aber der Boden Englands für die neu zuwachsende Bevölkerung nichts mehr an Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu liefern. Gerade in den Industriebezirken, aus denen sich die britische Auswanderung nach Übersee wie ein mächtiger Strom ergoß, hat eine Anhäufung der Bevölkerung stattgefunden, wie sonst kaum an einem anderen Punkt der Erde. Für die vielen Millionen, die sich hier um die rauchenden Schlote drängen, liefert der Boden relativ sehr wenig, außer Ton, Erze und Kohle. Für

alles übrige muß die Einfuhr sorgen. Schon um die Jahrhundertwende hatten englische Nationalökonomen berechnet, daß England zu 50 Prozent fremdes Fleisch, zu 80 Prozent fremdes Brot, zu 100 Prozent fremden Zucker ißt. Im Gegensatz zu der 1901 schon vorhandenen Bevölkerung, der der heimische Boden wenigstens noch einen Teil der Nahrung lieferte, war der Bevölkerungszuwachs von 1901—1911 mit seinem ganzen Nahrungsbedarf auf die Einfuhr angewiesen, weil die landwirtschaftliche Produktion Englands in diesen Jahren keine Zunahme mehr aufwies. Berechnen wir nun den Bedarf an Nähr- und Genußmitteln für jede Haushaltung zu vier Personen auf 1000 Mark jährlich, so ergibt dies bei 1 Million zuschüssiger Haushaltungen die Notwendigkeit einer vermehrten Nahrungsmittelzufuhr von 1000 Millionen Mark. Um diese Summe hätte die britische Nahrungsmittelzufuhr von 1901—1911 steigen sollen, sie ist aber nur um 880 Millionen Mark gestiegen. Die Million zuschüssiger Haushaltungen brauchte aber nicht nur Nahrung, sondern auch Wohnung und Kleidung sowie für ihre Erwerbstätigen die Rohstoffe, aus deren Bearbeitung sie sich ja die Mittel für ihre gesamte Existenz erst beschaffen müssen. Da die Gewinnung der Erze und aller anderen Rohstoffe außer Kohle und Ton in

England stationär ist, so müssen, genau wie die Nahrungsmittel, auch die Rohstoffe, die der Bevölkerungszuwachs braucht, fast restlos über See herbeigeschafft werden. Denn man vergesse nicht, daß England die Stollen in seinen Bergwerken fast völlig mit fremdem Holz absteift, daß es die Hälfte der Metalle, mit denen es seine Schiffe und Maschinen baut, in Form von Erzen aus dem Ausland bezieht, daß seine Spinnereien und Webereien fast gänzlich auf fremde Spinn- und Webstoffe angewiesen sind. Nun hat England seine Zufuhren an Rohmaterialien von 1901—1911 zwar um 1000 Millionen Mark gesteigert. Die Summe scheint groß; sie ergibt aber pro Kopf des Bevölkerungszuschusses nur 250 Mark pro Jahr, also einen sehr mäßigen Betrag für ein Land, dessen eigene Rohstoffproduktion so gering ist. Ähnlich liegt die Sache bei der Ausfuhr der Fertigwaren. Das Mehr der Ausfuhr weist hier die stolze Ziffer von 2140 Millionen Mark auf. Auf den Kopf eines Bevölkerungszuwachses von 4 Millionen verteilt, ergibt dies aber nur 525 Mark. Man begreift, daß unter diesen Umständen die Söhne und Töchter der Midlands und Lancashires es vorzogen, in ungeheuren Massen abzuwandern. Die Steigerung der Ein- und Ausfuhr, so gewaltig sie an sich auch ist, reichte eben nicht aus, den ganzen

Bevölkerungszuschuß im Lande festzuhalten. Allerdings hätte ein Teil der britischen Auswanderer als Lohndiener, Kutscher, Hausburschen, Kellner, Friseure, Dienstmädchen usw. im Lande Beschäftigung finden können, aber diese Berufe schätzt der britische Arbeiter gering; sie scheinen ihm wohl gut genug für Deutsche und Russen, er selbst zieht die Auswanderung diesen Berufen vor. So erklärt es sich, daß, während die Arbeiterschaft in ungeheuren Massen aus den britischen Industrierevieren auswanderte, gleichzeitig eine starke Einwanderung nach England stattfand. Diese war jedoch nicht für die Industrie bestimmt, sondern für die Verrichtung von Diensten, die der stolze britische Arbeiter verabscheut.

Je tiefer man in das Wesen der deutsch-englischen Handelsrivalität eindringt, um so überzeugter wird man, daß Sismondi und Marx durchaus recht hatten, wenn sie die auf dem Boden des Exportindustrialismus erwachsende Handelsrivalität der Industriestaaten nicht als ein harmloses Schäferspiel ansehen wollten, sondern als eine Menschheitstragödie von zermalmender Wucht, die, solange der Exportindustrialismus nicht durch einen sozialistischen Güteraustausch auf weltwirtschaftlicher Grundlage ersetzt werden kann, unabwendbar wie das Schicksal selbst periodisch

auch zu blutigen Konflikten zwischen den Völkern führen muß.

Der industrielle Vernichtungskrieg der Nationen

Die stärkste Steigerung des Wirtschaftskrieges, den die Bourgeoisien der Industriestaaten infolge der dem modernen Industrialismus innewohnenden Kräfte ständig gegeneinander führen müssen, ist von Sismondi und Marx als „industrieller Vernichtungskrieg" charakterisiert worden. Kein Zweifel kann daran bestehen, daß das letzte unmittelbar in den Weltkrieg einmündende Jahrzehnt eine Periode eines solchen industriellen Vernichtungskrieges darstellt, der aber noch nicht beendet, sondern durch den militärischen Krieg nur unterbrochen scheint. Vieles deutet darauf hin, daß die Kriegsfolgezeit von der angelsächsischen Bourgeoisie mit ungezügelter Kraft ausgenützt werden wird, den industriellen Vernichtungskrieg gegen Deutschland fortzusetzen, um die deutsche Exportindustrie durch Wiedereroberung des europäischen Marktes restlos zu vernichten und Deutschland selbst in die Reihe der Agrarstaaten zurückzustoßen.

Eine nähere Betrachtung des letzten industriellen Vernichtungskrieges zeigt uns, daß die Hauptstreiter in ihm England und Deutschland waren,

obwohl sich der Kampf der angelsächsischen Bourgeoisie im weiteren Sinne auch gegen die Exportindustrie der anderen Staaten Europas richtete. Jeder der beiden großen Kämpfer hatte nun seine eigene Strategie und Taktik. England konnte gegen die deutsche Konkurrenz zunächst seine gewaltige Seemacht, seinen ungeheuren überseeischen Länderbesitz und nicht zum wenigsten sein enges nationalkulturelles Verhältnis zu Nordamerika ins Feld führen. Was zunächst das britische Kolonialreich anbetrifft, so mußte der deutsche Exportindustrialismus bald einsehen, daß die britische Kolonialpolitik über Methoden verfügt, die es ihr auch bei der Politik der sogenannten „offenen Tür" ermöglichten, die deutsche Konkurrenz von den britischen Einflußsphären fast völlig auszuschließen. Indem die britische Bourgeoisie zum Bau von Eisenbahnen, Telegraphen, Wegen, zur Herstellung von Hafenanlagen, Bergwerken und Plantagen in ihrem weltweiten Kolonialreich deutschen Unternehmern grundsätzlich keine Konzession erteilt und dazu noch die britischen Unternehmer aufs strengste anhält, alle hierzu notwendigen Industrieerzeugnisse möglichst aus England zu beziehen, wird die deutsche Industrie zwar nicht rechtlich, wohl aber tatsächlich von dem wichtigsten Teil der überseeischen Gebiete ausgesperrt.

Was diese Aussperrung für die deutsche Industrie bedeutet, geht aus der Tatsache hervor, daß wir für unsere Waren auf allen von England politisch beherrschten Märkten so gut wie keine Abnehmer finden. Andererseits steht fest, daß überall, wo die britische Flagge weht oder der englische Einfluß sich ausreichend politisch Geltung verschaffen kann, der englische Absatz gegenüber dem deutschen seine Überlegenheit behauptet. Eine Gegenüberstellung der englischen und deutschen Ausfuhr nach dem britischen Kolonialreich schließt jeden Zweifel an diesem Sachverhalt aus:

England 1913:

Gesamtausfuhr	10 505	Mill. Mark
Davon nach den englischen Kolonien	4 102	„ „

Deutschland 1913:

Gesamtausfuhr	10 096	„ „
Davon nach den englischen Kolonien	454	„ „

Wir sehen also, daß die englischen Ausfuhrleistungen nach dem britischen Kolonialreich mehr als das Neunfache der deutschen Ausfuhrleistungen betragen, obwohl die deutsche Gesamtausfuhr gegenüber der englischen nur noch wenig zurückstand. Der geringe Betrag der deutschen Ausfuhr nach den britischen Besitzungen ist aber für die deutsche Volkswirtschaft aus dem Grunde ein besonders schweres Hemmnis, weil wir bei einer Ausfuhr von nur 454 Millionen Mark eine Einfuhr

aus dem britischen Kolonialreich von 1331 Millionen Mark zu verzeichnen haben, so daß wir zwei Drittel derselben indirekt durch Warenexport nach den europäischen Ländern bezahlen müssen.

Die britische Bourgeoisie weiß nun sehr wohl, daß auch in denjenigen Kolonien Englands, wo ein uneingeschränkter Freihandel die Tür für die Einfuhr deutscher Waren scheinbar weit offen hält, sie die deutsche Konkurrenz nicht zu fürchten braucht. Von deutschen Schriftstellern und Gelehrten ist Indien oft als das große Freihandelsgebiet der Erde gepriesen worden. Trotz des Freihandels hat aber die deutsche Ausfuhr nach Indien immer nur acht Prozent der indischen Gesamteinfuhr betragen. Stellen wir die Ausfuhrleistungen der beiden großen Industrien Englands und Deutschlands nach Indien einander gegenüber, so erhalten wir das folgende interessante Bild:

Ausfuhr von Erzeugnissen der englischen und deutschen Metall- und Textilindustrie nach Indien im Jahre 1912

	Ausfuhr in Millionen Mark nach Britisch-Indien aus England	Deutschland
Eisen, Stahl, Kupfer, Metallwaren, Maschinen	220,4	27,5
Baumwollwaren, Baumwollgarn und Wollsachen	683,5	21,8
	903,9	49,3

Klarer und schärfer als in dem Freihandelsgebiet Indien kann die Aussperrung der deutschen Industrie von allen Märkten des britischen Kolonialreiches kaum noch irgendwo in Erscheinung treten. Aus der Tatsache, daß die politische Herrschaft über Land und Leute in Übersee die monopolistische Beherrschung der Märkte ermöglicht, ist die auswärtige Politik Englands geflossen. Die Aussperrung der deutschen Industrie von Übersee war der ökonomische Untergrund jener auswärtigen Politik der britischen Bourgeoisie, die zur Bildung der Entente führte und deren Ziel die Erweiterung des britischen Kolonialmonopols war. Die Entente Englands mit Frankreich führte zur Aufteilung von Nordafrika in eine westliche (französische) und eine östliche (englische) Interessensphäre mit dem für Italien bestimmten Pufferstaat Tripolis in der Mitte; die Entente Englands mit Rußland brachte die Aufteilung Persiens in eine nördliche (russische) und eine südliche (englische) Interessensphäre. Der Weltkrieg sollte die Krönung der allgemeinen Länderverteilung bringen mit dem Ziel der Ausschließung der deutschen Industrie von allen asiatischen und afrikanischen Märkten. Klar und folgerichtig strebte die britische Bourgeoisie diesem Ziele zu. Das britische Kriegsziel auf kolonialem Gebiete war einmal die

Aufteilung der Türkei in eine nördliche (russische), südliche (englische) und westliche (französische) Interessensphäre. Dazu sollte dann noch die Annexion von Deutsch-Ost- und Südwestafrika kommen, womit der alte Traum des britischen Imperialismus von dem allgewaltigen, zusammenhängenden britischen Kolonialreich, das sich ausdehnt vom Kap der Guten Hoffnung bis über das Yangtsetal hinaus, verwirklicht worden wäre.

Welche Bedeutung die Aussperrung der deutschen Industrie von den überseeischen Märkten für unsere gesamten Handelsbeziehungen hat, geht daraus hervor, daß die Ausfuhr Deutschlands im Jahre 1913 mit 76 Prozent in europäische Länder, während nur der Rest von 24 Prozent nach Übersee ging. Während Deutschland im Verkehr mit den europäischen Staaten einen Ausfuhrüberschuß von 1,8 Milliarden Mark hat, ergab sich im Jahre 1913 für die außereuropäischen Länder eine Unterbilanz von 2,4 Milliarden Mark. Das bedeutet: Deutschland ist im wachsenden Maße auf die Einfuhr überseeischer Nahrungsmittel und Rohstoffe angewiesen, aber es vermag dieselbe nicht durch Warenexport nach Übersee zu bezahlen, weil es durch das britische Kolonialmonopol von den wichtigsten überseeischen Märkten ausgesperrt ist.

Zu dieser geräuschlosen, aber sehr wirksamen

Aussperrung der deutschen Industrie kommen in denjenigen angelsächsischen Siedelungsgebieten, die nicht unter der Staatshoheit Englands stehen (Vereinigte Staaten von Amerika), die engen nationalkulturellen Beziehungen unter den Angelsachsen, die es der britischen Industrie sehr erleichtern, die deutsche Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Dieselbe Sprache, der gleiche Stil des Lebens, eine ähnliche Geschmacksrichtung ermöglichten es der britischen Qualitätsproduktion, hier ihre Stellung ungeschwächt gegenüber der deutschen Konkurrenz zu behaupten. Alle Versuche der deutschen Exportindustrie, die britische Qualitätsproduktion aus den angelsächsischen Siedelungsgebieten und Einflußsphären zu verdrängen, mißlangen so sehr, daß, wie schon gesagt, die besten Kenner der internationalen Konkurrenzverhältnisse von einer unbewußt eingetretenen „regionalen Aufteilung der Absatzgebiete zwischen England und Deutschland" sprechen zu können glaubten, bei der die Herstellung von Massengütern für Europa Deutschland, die Qualitätsproduktion für Übersee England zugefallen sei. Da England in seinem weltweiten Kolonialreich aber nicht nur die Qualitätsprodukte, sondern auch die Massengüter von der eigenen Industrie bezieht, so daß von dem britischen Gesamtexport für Übersee 70 Prozent nach dem britischen

Kolonialreich gingen, so war die deutsche Industrie von den Märkten der angelsächsischen Siedelungs- und Herrschaftsgebiete nach jeder Richtung hin tatsächlich so gut wie ausgesperrt.

Kein Wunder, daß die durchaus merkantil orientierte Außenpolitik Englands die Aussperrung der deutschen Industrie von den überseeischen Gebieten durch Erweiterung der britischen Einflußsphären möglichst vollständig zu machen suchte. Das Ziel schien aus dem Grunde leicht erreichbar, weil ein Erdteil (Australien) der weltwirtschaftlichen Betätigung Deutschlands völlig und drei Erdteile (Amerika, Asien, Afrika) ihr schon überwiegend entzogen waren. Von einem wahren Wehrwolfsheißhunger nach neuen überseeischen Absatzgebieten getrieben, war die englische Bourgeoisie unermüdlich am Werk, ihre Einflußsphären auszudehnen, um das Gebiet der Deutschlands Industrie verschlossenen Länder fortgesetzt zu erweitern. So wurden 1907 die Neuländer Tibet, Afghanistan und Südpersien in die wirtschaftliche Machtsphäre Großbritanniens einbezogen, wodurch das gewaltige angloindische Reich mit einem mächtigen Reif von Einflußsphären umgeben wurde, von dem der Franzose Rouire 1908 schrieb, „daß England den Indien umschließenden Ring von Zonen, die ausschließlich der britischen Aktivität

reserviert sind, vom Yangtse bis zum Golf von Oman erweitert habe".

Von den überseeischen Märkten im wachsenden Maße durch die englische Bourgeoisie ausgesperrt, mußte sich die deutsche Industrie mit aller Kraft auf Europa werfen. Da hier die Qualitätsproduktion teils in französischen, teils in den Händen der Industrien der einzelnen Länder selbst liegt, blieb der deutschen Industrie nichts anderes übrig, als Massengüter für den europäischen Bedarf herzustellen. Sie konzentrierte sich hierauf mit solcher Kraft und solchem Erfolg, daß die englische Industrie, soweit sie Massengüter herstellte, sich bald von allen europäischen Märkten verdrängt sah. Selbst in England fanden deutsche Massengüter Eingang. Die Ausfuhr von deutschem Eisen nach England stieg zum Schrecken der britischen Bourgeoisie von 4,3 Millionen Mark im Jahre 1899 auf 49,3 Millionen im Jahre 1902. Im Jahre 1913 exportierte Deutschland an Eisenwaren (ohne Maschinen) nach England aber schon für 160 Millionen Mark. Außerordentlich verschärft wurde die deutsche Konkurrenz für England in Europa durch die berüchtigten „Auslandsverkäufe der deutschen Kartelle unter den Selbstkosten", durch das sogenannte „dumping" der deutschen Bourgeoisie. Schon Mitte der siebziger Jahre fingen

die deutschen Schienenwerke an, die britische Industrie in Europa rücksichtslos aus dem Felde zu schlagen, indem sie ihre Produkte tief unter den Selbstkosten, teilweise bis zur Hälfte des inländischen Preises nach Spanien, Portugal, Rumänien usw. verkauften. Diesem Beispiel folgten bald die übrigen kartellierten Industrien. Fast allgemein zahlten die deutschen Kartelle an ihre exportierenden Mitglieder Ausfuhrprämien, und zwar sowohl für Rohmaterialien als auch für Fertigwaren. Aber auch in Industriezweigen, wo eine Kartellierung nicht Platz greifen konnte, verkauften die deutschen Firmen ihre Waren im Auslande billiger als im Inlande.

Es waren die Triebkräfte der kapitalistischen Produktionsweise, die die deutsche Bourgeoisie dazu zwangen, mit der Waffe des dumping die britische Industrie der Massengüter schonungslos vom europäischen Kontinent zu vertreiben und diese selbst in England hart zu bedrängen. Da die deutschen Kolonien räumlich zu klein und wirtschaftlich viel zu wenig entwickelt waren, um den deutschen Bedarf an kolonialen Produkten decken zu können, so war Deutschland auf die Zufuhren aus fremden Kolonialgebieten unerbittlich angewiesen. Nach einer Zusammenstellung des Kolonialwirtschaftlichen Komitees vom Jahre 1912 betrug unsere

Einfuhr von kolonialen Rohstoffen und Produkten 5,3 Milliarden Mark. Bezahlen konnte Deutschland diese gewaltigen Zufuhren durch Warenexport nach den Kolonien und Neuländern aber nur zu einem kleinen Teil, weil es, wie wir gesehen haben, von den angelsächsischen Kolonial- und Herrschaftsgebieten so gut wie ausgesperrt war. Kein anderer Weg blieb nun der deutschen Bourgeoisie offen, als sich durch Warenexport nach den europäischen Ländern einschließlich Englands die Zahlungsmittel zur Begleichung ihrer Zahlungsverpflichtungen in Übersee zu verschaffen. Wir konnten wohl Nahrungsmittel und Rohstoffe aus Übersee beziehen, aber man kaufte uns dort nur wenig ab, so daß wir unsere Rechnungen indirekt durch Warenexport nach den europäischen Staaten begleichen mußten. Dieser unentrinnbare Zwang war eine der Haupttriebfedern zu der Praxis des dumping, mit der die deutsche Bourgeoisie die englische Industrie in einem Maße aus Europa vertrieb, daß man in England schon resigniert anfing, Europa als ausschließliches Absatzgebiet für die deutsche Industrie anzusehen.

So wenig nun aber die deutsche Bourgeoisie mit der Aussperrung von Übersee, so wenig war auch die englische Bourgeoisie mit der Vertreibung aus Europa einverstanden. Eine objektive

Prüfung muß auch zugeben, daß Deutschland bei der Beschränkung seines Absatzgebietes auf Europa gar nicht so schlecht, ja besser als England fuhr. Deutschland konnte von 1901—1911 seinen ganzen Bevölkerungszuwachs, nicht weniger als 8 Millionen Menschen, bei industrieller Arbeit im Lande behalten, während der in Europa im wirtschaftlichen Kampf Besiegte, England, statt der früher nach Europa exportierten Waren nun Menschen nach Übersee exportieren mußte. Man fühlt den scharfen Luftzug schneidender Völkergegensätze aus allen amtlichen Publikationen Englands herausströmen, die sich mit der deutschen Wirtschaftskonkurrenz beschäftigten. Wer diese gründlich studiert hat, für den war der Krieg Englands gegen Deutschland nur die Fortsetzung jenes gewaltigen, zähen, stillen Ringens um die Beherrschung der europäischen Märkte, der einige Jahre nach der Reichsgründung anhob und im zwanzigsten Jahrhundert mit der Niederlage Englands endete. Es hat daher einen guten Sinn, wenn die meisten britischen Autoren, die sich mit den Kriegszielen Englands beschäftigten, die Wiedereroberung der europäischen Märkte als das Hauptziel des englischen Volkes hinstellten. Die britische Bourgeoisie fühlte sich von uns aus Europa verdrängt; sie sah, daß die Beherrschung der

europäischen Märkte unsere ökonomischen und militärischen Kräfte seit Sedan ins Riesenhafte gesteigert hat; sie glaubte nicht, daß ein so gewaltiges Reich sich auf die Dauer gutwillig bei der Neuaufteilung Afrikas und Asiens aussperren lassen würde; sie konnte sich nicht vorstellen, daß wir nicht ernstlich nach der Beseitigung der britischen Seeherrschaft strebten; sie war fest überzeugt, daß die Sieger in dem großen Kampf um die europäischen Märkte in keiner anderen Absicht überseeische Interessen erwarben, Milliarden in überseeische Unternehmungen steckten, wertvolle Ozeandampfer bauten, als England nun auch noch von den Märkten in Übersee zu vertreiben. In den Augen der britischen Bourgeoisie war der Krieg ein Daseinskampf, geboren aus der Handelsrivalität, der so oder so ausgefochten werden mußte:

Wo eines Platz nimmt, muß das andre rücken,
Wer nicht vertrieben sein will, muß vertreiben;
Da herrscht der Streit, und nur die Stärke siegt.

Eine Verständigung mit Deutschland schien den meisten Engländern deshalb etwas so Furchtbares, weil sie glaubten, dann gezwungen zu sein, die Überflügelung ihrer Wirtschaftskraft, der Basis des ganzen britischen Imperiums, durch Deutschland erst relativ, dann absolut, und zwar in Europa wie in Übersee, ruhig hinnehmen zu müssen. Und

deshalb fochten sie diesen Kampf durch bis zum letzten Hauch und hätten nur nachgegeben, wenn sie dazu durch ein deutsch-russisch-japanisches Bündnis, das, wie wir aus den russischen Geheimarchiven wissen, 1916 und 1917 im Bereich des Möglichen lag, gezwungen worden wären.

Nun ist freilich die britische Bourgeoisie dank ihrer überlegenen Außenpolitik abermals, wie in dem von Sismondi und List lichtvoll beschriebenen großen industriellen Vernichtungskrieg gegen Frankreich vor hundert Jahren, Siegerin geblieben. An dieser Tatsache ist nicht mehr zu rütteln. Nichtsdestoweniger erhebt sich aber für uns die Frage, welche Außenpolitik der Sozialismus Deutschlands betreiben muß, um das deutsche Proletariat vor der ihm drohenden völligen Verelendung zu schützen. Denn solange in einem Lande die kapitalistische Produktionsweise vorherrscht, lebt das Proletariat in einer Schicksalsgemeinschaft mit seiner Bourgeoisie. In diesem Sinne ist die Niederlage der deutschen Bourgeoisie auch eine Niederlage des deutschen Proletariats. Sehr wesentlich hängt die Zukunft des deutschen Volkes davon ab, ob wir unsere Exportindustrien, die der Krieg stillgelegt hat, wieder werden in Gang bringen können. Dafür ist aber nicht nur unsere eigene ökonomische Kraft, sondern auch unsere

Außenpolitik maßgebend. Welche Richtung diese erhalten müßte, um unsere und die sozialistische Zukunft Europas sicherzustellen, soll im folgenden kurz dargelegt werden.

Der kontinentaleuropäische Gedanke

Von so großer Wichtigkeit der Gedanke des Wilsonschen Völkerbundes für die Menschheit vielleicht auch werden mag, so wird man dabei doch nicht übersehen dürfen, daß derselbe bestenfalls den militärischen Krieg durch die Rechtsprechung eines obligatorischen Schiedsgerichts wird verhindern können. Die aus den immanenten Kräften der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehenden wirtschaftlichen Konflikte der Völker werden aber durch einen Völkerbund, der selbst das kapitalistische System zur Grundlage hat, nimmermehr zu beseitigen sein. Den Exportindustrialismus zu überwinden, ihn durch einen sozialistisch geregelten Güteraustausch zwischen den Nationen zu ersetzen, dafür fehlen zurzeit aber noch die elementarsten Voraussetzungen. Bleibt nun der Exportindustrialismus auf kapitalistischer Grundlage bestehen, so fehlt jede begründete Hoffnung, daß wir einer allgemeinen Friedensära entgegengehen. Dazu kommt, daß der Völkerbund, der aus den Versailler Verhandlungen

hervorgegangen ist, doch für die Sozialisten und Pazifisten nur als die Karikatur eines Völkerbundes gelten kann. Nicht mit Unrecht verwerfen die französischen Sozialisten diesen Völkerbund „als eine Heuchelei und eine Gefahr".

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Völker, die den dauernden Frieden wünschen, zunächst einmal daran denken müssen, für den Völkerfrieden auf ihrem eigenen Erdteil zu sorgen. Wenn z. B. die lateinischen Republiken Amerikas durch einen engeren Zusammenschluß Vorsorge dafür treffen wollen, daß kein Krieg zwischen ihnen mehr entstehen kann, so wird nur Unwissenheit darin eine neue Koalition sehen können. Allerdings würde ein Staatenbund der lateinischen Republiken Amerikas die Hegemonie des angelsächsischen Amerikas über Mittel- und Südamerika abschwächen oder gar beseitigen, aber gerade deshalb würde er nicht eine Gefahr, sondern eine Sicherung des Friedens und der Freiheit der lateinischen Völker Amerikas bedeuten. Man kann daher auch verstehen, daß der Pazifismus die Zusammenfassung der lateinischen Republiken der neuen Welt eifrig befürwortet und darin eine Garantie für die Erhaltung des Friedens sieht. Dasselbe gilt auch von dem Einheitsstreben der indischen Völker und Rassen. Die Indier sehen

in der englischen Herrschaft über ihr Land keine ewige Institution und sind, von tiefem Abscheu gegen den Krieg erfüllt, bestrebt, durch Erweckung eines indischen Gemeinschaftsgefühls den Frieden ihres Landes, das ja in Wahrheit ein geographisch und kulturell für sich abgeschlossener Kontinent ist, unabhängig von der pax britannica fest zu verankern. So wenig wie ein Staatenbund Latein-Amerikas würde auch ein indischer Staatenbund den Frieden der Welt bedrohen.

Nicht der organische Zusammenschluß der Völker eines Erdteils, sondern ihre Zerrissenheit bedroht den Frieden der Welt. Könnten sich die Völker des europäischen Kontinents in einem Staatenbund vereinigen, so wäre damit zunächst einmal der Frieden Europas gesichert. Darüber hinaus würden aber auch die Beziehungen der europäischen Kontinentalvölker zu den anderen Erdteilen auf eine breitere und deshalb sichere Basis gestellt werden. Unter Staatenbund versteht man nun in der Rechtswissenschaft ein nach einheitlichen Gesichtspunkten geregeltes Vertragsverhältnis souveräner Staaten, das mehrere Länder zu einer außenpolitischen und zumeist auch wirtschaftlichen Einheit zusammenfaßt. Wer den Wilsonschen Bund aller Völker der Erde für möglich hält, kann den Zusammenschluß der europäischen Staaten

zu einem Staatenbund, d. h. eine einheitliche Regelung ihrer verkehrs-, handels- und kulturpolitischen Beziehungen, nicht als eine Unmöglichkeit bezeichnen. Der europäische Kontinent ist nicht nur eine geographische, er ist auch gegenüber den anderen Erdteilen eine wirtschaftliche und kulturelle Einheit. Zunächst steht fest, daß die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Völkern des Kontinents nicht so groß sind, wie sie oft hingestellt werden. So ziemlich alle Völker des Kontinents hatten vor dem Kriege schon ihre eigene Qualitätsproduktion entwickelt. Ergänzend trat zu dieser nur die Qualitätsproduktion Frankreichs in Mode- und Luxuswaren hinzu, deren Export aber nicht von Deutschland, sondern vielmehr von England bedroht wurde. Deutschland stellte industrielle Massengüter her, die auf dem Kontinent überall willige Abnehmer fanden, weil keines der europäischen Völker Deutschland auf diesem Gebiet Konkurrenz machen konnte und wollte. Der industrielle Vernichtungskrieg der Nationen spielte sich deshalb auch nicht zwischen den europäischen Kontinentalvölkern, sondern zwischen Deutschland einerseits, England und Amerika andererseits ab.

Nun steht freilich der Zusammenfassung der europäischen Kontinentalvölker in einen Staatenbund deren Verschiedenheit in bezug auf Sprache

und Mentalität entgegen. Diese Verschiedenheit findet aber ein erhebliches Gegengewicht in der Einheit der Religion und Kultur, die bei allen europäischen Völkern auf Jerusalem und Rom zurückführt. Die bisherige nationalistische Erziehung in Europa hat viel zu sehr die Blicke auf das die europäischen Völker Trennende gerichtet und dabei das, was sie eint, stark vernachlässigt. Das die Kontinentalvölker zusammenhaltende Band ist die ihnen allen gemeinsame europäische Zivilisation. Wir sind Europäer, auch wenn wir nur Deutsche sein wollen. Die vieltausendjährige Schicksalsgemeinschaft der Völker, die den europäischen Kontinent besiedelt haben, hat ihnen allen, trotz sprachlicher und geistiger Verschiedenheit, doch viele gemeinsame Züge aufgedrückt. Im Grunde ist auch ein europäisches Gemeinschaftsgefühl schon vorhanden. Es entstand erstmals durch die Ausbreitung des Christentums und wurde später durch den Humanismus vertieft. Der Nationalismus, der freilich notwendig war, um die im Nationalen schlummernden Kräfte zu erwecken, hat leider das europäische Gemeinschaftsgefühl zeitweilig überrennen können. Die schrecklichen Ereignisse der letzten Jahre zeigen uns aber, daß ohne Gemeinschaftsgefühl die ganze europäische Zivilisation ernstlich gefährdet ist. Der unter

dem Schutt und den Trümmern des Weltkriegs tief vergrabene Einheitsgedanke der Völker Europas muß das Licht der Sonne wiedererblicken, er muß zu neuem Leben erweckt werden, um die kostbaren Schätze europäischer Zivilisation, die ein zu engstirniger Nationalismus mit Vernichtung bedroht, vor dem Untergang zu retten.

Zur europäischen Zivilisation gehört nun freilich auch das überseeische Britentum und Latein-Amerika. Die Dinge liegen hier so, daß die germanischen Völker des Kontinents sich geistig enger mit Nordamerika, Australien, Südafrika, die romanischen Völker wiederum mit Latein-Amerika und Nordafrika verbunden fühlen. Insbesondere fühlen sich die Bewohner der englischen Insel aufs engste mit dem überseeischen Britentum verwandt. Die Bewohner Nordamerikas, Australiens, Südafrikas sprechen englisch; sie haben auch ihre Religion, Sitte und Kultur von England bezogen. Der Krieg hat uns ferner gezeigt, daß das von den imperialistischen Publizisten und Dichtern verherrlichte „Größere Britannien über See" kein Hirngespinst weltfremder Illusionäre, sondern eine harte außenpolitische Realität war. Vom ersten Tag des Krieges an stellte das angelsächsische Amerika ohne Zaudern seine ganze Wirtschaftskraft in den Dienst britischer Kriegführung,

und da nach Friedrich Engels im modernen Krieg letzten Endes die größere Wirtschaftskraft für den Sieg entscheidend ist, war damit Deutschlands Niederlage besiegelt. Wir müssen uns daher mit der Tatsache abfinden, daß England mehr und mehr zum östlichen Vorwerk des überseeischen Britentums wird, daß es ökonomisch und außenpolitisch mit dem angelsächsischen Amerika, Australien und Südafrika zu einem größeren Britannien verschmilzt, so daß ein tieferer Gegensatz zwischen Amerika und England gar nicht mehr aufkommen kann. Wer die Stärke des angelsächsischen Gemeinschaftsgefühls richtig zu werten weiß, wird die außenpolitischen Gegensätze zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten nicht höher einschätzen als etwa die zwischen Preußen und Bayern im alten Deutschland. Die gewaltige Expansion der britischen Nation im neunzehnten Jahrhundert, welche die imperialistischen Denker Englands in Ehrfurcht erschauern und ihre Gedanken stillestehen ließ, hat England von Europa losgelöst und untrennbar dem „größeren Britannien", mit Nordamerika, Australien und Südafrika verbunden. Es ist die Werkstatt dieser angelsächsischen Gebiete für Qualitätsprodukte geworden und empfängt von ihnen die weitaus wichtigsten Rohstoffe und Nährmittel. Und was vielleicht noch wichtiger ist:

das geistige Leben flutet zwischen den angelsächsischen Siedelungsgebieten und dem Mutterlande ununterbrochen hin- und herüber, so daß das Angelsachsentum der Welt nicht nur wirtschaftlich, sondern auch geistig als eine nationalkulturelle Einheit angesehen werden muß.

Wenn neben diesem im Geist und in der Wirtschaft schon fertigen angelsächsischen Imperium noch ein lateinamerikanisches Imperium entsteht, kann Europa nicht weiter in innerer Zerrissenheit beharren. Es muß sich zu einem Staatenbund vereinigen, um den anderen Imperien nicht hilflos gegenüberzustehen. Erinnern wir uns daran, daß Deutschland Massengüter, Frankreich Mode- und Luxuswaren, Italien, Spanien und Griechenland Weine und Südfrüchte, der slawische Osten Agrarprodukte für Europa produziert, daß alle diese Völker Europa als erstes und weitaus wichtigstes Absatzgebiet haben, so können wir ermessen, was ein Zusammenschluß Kontinentaleuropas wirtschaftlich bedeuten würde. Die europäischen Völker brauchen einander und können ohne einander ihre Kultur nicht aufrechterhalten. Wie der Güteraustausch, so ist aber auch der Ideenaustausch zwischen den romanischen, germanischen und slawischen Völkern für die Aufrechterhaltung der europäischen Zivilisation eine Notwendigkeit und

muß mit allen Kräften gefördert werden. Es sollte eigentlich keinen Europäer geben, der neben seiner Muttersprache nicht wenigstens noch eine kontinentaleuropäische Sprache spricht.

Der Zusammenschluß der kontinentaleuropäischen Völker zu einem großen Staatenbund ist aber auch eine wichtige Voraussetzung der Vollsozialisierung der europäischen Volkswirtschaften. Da, wie wir gesehen haben, die Sozialisierung der Exportindustrien nicht möglich ist, weil Vollsozialisierung identisch mit Herstellung sozialistischer Eigenproduktion ist, so kann der Sozialismus für Europa zum vorherrschenden Wirtschaftsprinzip nur werden, wenn die europäischen Völker sich wirtschaftlich zusammenfinden, so daß eine europäische Eigenproduktion für die wichtigsten Güter möglich wird. Bei voller Entwicklung seiner produktiven Kräfte könnte Europa im Zusammenhang mit den slawischen Siedelungsgebieten in Asien und den Randländern des Mittelmeeres zu einem abgeschlossenen Wirtschaftsgebiet werden, das einen hohen Grad ökonomischer Unabhängigkeit aufweisen würde. Noch ist freilich die Zahl der deutschen Sozialisten, die den kontinentaleuropäischen Zusammenschluß als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus erkannt haben, gering; noch glauben viele von

ihnen, daß jede europäische Volkswirtschaft isoliert die sozialistische Produktionsweise einführen könnte, aber die harte Realität der Tatsachen wird die Völker Europas schnell darüber aufklären, daß der Weltvölkerbund uns Europäer dem Sozialismus nicht näherbringen kann, wenn die Staaten Europas untereinander in ihrer bisherigen Abgeschlossenheit beharren. Der bald mit wirtschaftlichen, bald mit militärischen Mitteln geführte industrielle Vernichtungskrieg der Nationen ist zu tief im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise verankert, um ohne Vollsozialisierung der Exportindustrien überwunden werden zu können. Diese rückt aber erst in den Bereich der Möglichkeit, wenn Europa ein einheitlicher Wirtschaftsorganismus geworden ist. In einem wirtschaftlich und politisch geeinten Kontinentaleuropa brauchte der Export nur eine untergeordnete Rolle zu spielen, so daß hier die Möglichkeit zu einer sehr weitgehenden Sozialisierung gegeben wäre.

Schlußbetrachtungen

Der zur Weltrevolution gewordene Weltkrieg hat den Sozialismus aller Länder vor schwer zu lösende Probleme gestellt. Was bisher nur im Reich der Idee lebte und von vielen als wesenlose Phantasie naiver Schwärmerseelen angesehen wurde, drängt jetzt gebieterisch nach Verwirklichung. Wohl hat das sozialistische Werden im Staats-, Gemeinde- und Genossenschaftssozialismus den Boden für die sozialistische Saat reichlich vorbereitet, aber es fehlt den Massen der Geist geduldigen Zuwartens, bis der Tag der sozialistischen Ernte naht. Dazu kommt, daß diejenigen, die jetzt den Arbeitern zurufen, daß Sozialismus Arbeit sei, vor dem Kriege niemals in diesem Sinne zu den Massen gesprochen haben. Die wenigen Führer, die es wagten, waren in der sozialdemokratischen Partei als Revisionisten geächtet und verschrien. So brachte uns der Tag, der den Sozialismus in Deutschland zur ersten Macht emporhob, einen Zusammenbruch des Arbeitswillens und der Arbeitsfreudigkeit, wie ihn auch die ärgsten Pessimisten nicht erwartet hatten.

Kein Zweifel, der Arbeitswille wird langsam wieder erstarken. Aber sicherlich nicht überall. Als vor zehn Jahren eine größere Anzahl von Lebensbeschreibungen deutscher Arbeiter verschiedener Berufszweige veröffentlicht wurde, lohte uns aus denen der Bergarbeiter ein wilder, unbezähmbarer Haß gegen die Arbeit unter Tage entgegen, der seltsam kontrastierte zu den freundlichen Gefühlen, den die Arbeiter anderer Berufszweige für ihre berufliche Tätigkeit zum Ausdruck brachten. Wer heute jene Lebensbeschreibungen nachliest, wird sich nicht wundern, daß nach der Revolution ein großer Teil der aus dem Felde heimkehrenden Bergarbeiter mit einem Fluch und Steinwurf den Bergbaubezirken den Rücken kehrten und bei den Zurückgebliebenen die Arbeitsleistung eine katastrophale Senkung erfuhr. Noch heute gibt es allerdings Politiker, die glauben, daß der Privatkapitalismus im Bergbau eine Gesundung der Arbeitsverhältnisse schon wieder herbeiführen werde. Dieser Glaube wird sich als trügerisch erweisen. Schon vor dem Kriege gab es kaum noch eine bodenständige Bergarbeiterschaft. Die Bergwerke mußten sich ihre Arbeitskräfte aus allen Gauen Deutschlands, ja zum Teil im Auslande zusammenlesen. Am ergiebigsten waren für die Werbeagenten des Bergbaus die Bezirke des Großgrundbesitzes im

Osten, weil von den Landarbeitern die lebenslängliche Lohnarbeit auf dem Großgute vielfach noch als ärgere Sklaverei empfunden wurde als die lebenslängliche Arbeit in einem Bergwerke. Zahlreich waren auch die Arbeitskräfte, die dem Bergbau aus den stationären oder absterbenden Handwerkszweigen zuströmten, in denen die Lehrlingszüchterei der Kleinmeister ein Überangebot gelernter Arbeit schuf. Nicht auf Grund freier Berufswahl, sondern nur unter dem Druck unerbittlicher wirtschaftlicher Not fanden sich Menschen bereit, in die Nacht der deutschen Bergwerke hinabzusteigen. So wurde die Arbeit im Bergwerk von dem weitaus größten Teil der Bergarbeiter als harte Zwangsarbeit empfunden, der sich zu entziehen, ihnen gewissermaßen als ein Gebot der Freiheit galt.

Wie stellt sich nun der Sozialismus zu diesem Problem? Kann er die Forderung an einen Genossen stellen, für Lebenszeit sich einem Beruf hinzugeben, der unendlich größere Anstrengungen, Unbequemlichkeiten und Gefahren in sich schließt als die anderen Berufe? Man wird diese Frage verneinen müssen. Wo unerbittliche Naturtatsachen die tägliche Arbeitsqual zu stark erhöhen, um wahre Lebensfreude aufkommen zu lassen, muß sie auf einen größeren Kreis von Personen

verteilt werden, damit der einzelne nicht von ihr seelisch zerbrochen wird. Ein Wechsel zwischen leichter und schwerer Arbeit ist beim Bergbau unter Tage nicht durchzuführen. Ebensowenig kann die Arbeitszeit fortgesetzt verkürzt werden, weil, da die Ein- und Ausfahrt sich bis auf zwei Stunden erstrecken kann, bei sechsstündiger Arbeitszeit die eigentlich produktive Arbeit vor der Kohle nur noch vier Stunden betragen würde. Ein Ausgleich kann also nur in der Art geschaffen werden, daß die Bergarbeit nicht mehr als lebenslänglicher Beruf angesehen wird, daß zehn oder fünfzehn Jahre gut bezahlter Bergarbeit das Anrecht auf leichte, bequeme und geschätzte Arbeit für den übrigen Teil des Lebens verleihen. Genau so, wie das alte Deutschland den Zugang zu gewissen Berufen abhängig machte von dem Nachweis einer zehn- oder mehrjährigen Tätigkeit in der Kaserne, könnte das neue Deutschland bei der Vergebung leichter und bequemer Stellen diejenigen grundsätzlich bevorzugen, die der Allgemeinheit durch Arbeit in den Bergwerken unschätzbare Dienste geleistet haben. Dieser Grundsatz könnte selbst auf akademische Berufe in dem Sinne Anwendung finden, daß ein junger Akademiker, der einige Jahre im Bergwerk tätig war, damit das Anrecht auf sofortige Anstellung ohne Wartezeit erwirbt.

Der Eintritt in den Bergarbeiterberuf darf in Zukunft nicht mehr als sozialer Abstieg, sondern muß als sozialer Aufstieg gewertet werden. Von Männern, die die Arbeit im Bergwerk als ein Mittel zum sozialen Aufstieg ansehen, brauchen wir nicht zu befürchten, daß sie das große Schwungrad unserer Volkswirtschaft jeden Monat durch wilde Streiks zum Stillstand bringen; denn sie wissen, daß nach ihrem Bergarbeiterdasein mit seinen Mühen und Gefahren ihnen eine schönere Zukunft für den größeren Teil des Lebens winkt. Auf diese bessere Zukunft können geeignete Lehranstalten die jungen Männer, die sich der Bergarbeit hingeben, in ihren freien Stunden beruflich vorbereiten. Für diejenigen Bergarbeiter, die sich auf Grund nachweisbarer ausreichender Arbeitsleistung nach zehn- oder fünfzehnjährigem Bergdienst (etwa vom sechzehnten bis zweiunddreißigsten Lebensjahr) der Landwirtschaft zuwenden wollen, müßte der Staat, wenn sie ihre Befähigung für den landwirtschaftlichen Beruf nachweisen können, ausreichend große Bauernstellen bereithalten.

Nur eine vom sozialistischen Geist getragene, großzügige Lösung der Bergarbeiterfrage, die den Bergarbeiterstand zur Elite der ganzen deutschen Arbeiterschaft macht, zu einem Sammelbecken aller arbeitsfreudigen aufwärts- und vorwärtsstrebenden

Elemente, kann die zusammengebrochene deutsche Kohlenindustrie, die den Lebensnerv unserer Volkswirtschaft bildet, wieder aufrichten. Das privatkapitalistische System vermag uns naturgemäß eine solche Lösung nicht zu bringen. Nur die Vollsozialisierung des Bergbaus kann die Voraussetzungen schaffen für die Verwandlung der gegenwärtigen lebenslänglichen Bergbauarbeit in einem zeitlich beschränkten freiwilligen Bergbaudienst.

Die bittere Erfahrung, daß das kapitalistische System im demokratischen Staat unzureichend geworden ist, dem Volke die Grundlage des Lebens zu erhalten, werden wir auch bald in der Landwirtschaft machen müssen. So wenig wie die Arbeiterfrage im Bergbau, wird sich auch die Landarbeiterfrage durch Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung lösen lassen. Der größere Teil der landwirtschaftlichen Arbeiter betrachtet, auch bei ganz leidlichen Lohnverhältnissen, seinen Beruf als einen Fluch, dem er sich durch die Flucht in die Stadt möglichst schnell entziehen möchte. Selbst wenn die produktive Kraft des landwirtschaftlichen Großbetriebes wirklich sehr viel größer wäre, als sie es tatsächlich ist, wäre der Großbetrieb nicht aufrechtzuerhalten, weil die Landarbeiterfrage in einem demokratischen Staatswesen unlösbar ist. Soll

auf den Flächen des schon jetzt unheimlich menschenleeren Großgrundbesitzes nicht die extensivste Landwirtschaft Platz greifen, so bleibt nichts anderes übrig als eine möglichst radikale Verbannung der Lohnarbeit aus der Sphäre der Agrikultur durch Aufteilung der Großgüter, die jedoch als vorherrschende Form des landwirtschaftlichen Betriebes nicht etwa das bäuerliche Zwerggut, sondern den sehr leistungsfähigen landwirtschaftlichen Mittelbetrieb (mindestens 50 000 Mark Betriebs- und Gebäudekapital) mit familienmäßiger Arbeitsverfassung zu Geltung bringen muß. Daß diese Reform drängt, daß auch die Landarbeiter die Gewißheit des sozialen Aufstiegs erlangen müssen, wenn sie sich ihrer Arbeit mit Freude weiter hingeben sollen, zeigen uns die Ernteſtreiks in den Bezirken des Großgrundbesitzes, die, solange es noch in der Sphäre der Agrikultur lebenslängliche Lohnarbeit gibt, nicht mehr aufhören werden.

Neben den beiden großen Aufgaben des modernen Sozialismus, der Lösung der Bergarbeiterfrage durch Einführung des freiwilligen Bergbaudienstes auf dem Boden der Vollsozialisierung des Bergbaus und der Lösung der Landarbeiterfrage durch Aufteilung des Großgrundbesitzes, bleibt die weniger schwere Aufgabe bestehen, dem Staats-, Gemeinde- und Genossenschaftssozialismus einen

immer weiteren Wirkungsbereich zu schaffen. Namentlich im Wohnungswesen steht dem Genossenschaftssozialismus ein weites Feld der Arbeit offen, das er mit Hilfe des Staats- und Gemeindesozialismus eiligst zu beackern hat. Zu einer wirklichen Vollsozialisierung der gesamten deutschen Volkswirtschaft kann allerdings vorläufig noch keine sozialistische Regierung gelangen, weil die Produktion für den Export, von der, wie wir gesehen haben, unsere physische Existenz abhängt, ihrer Natur nach Warenproduktion ist, während sozialistische Produktion nur Eigenproduktion kleinerer oder größerer Gemeinschaften sein kann. Die Warenproduktion für den Export, die nur nach kapitalistischen Grundsätzen vor sich gehen kann, würde freilich durch den Zusammenschluß der kontinentaleuropäischen Staaten zu einem Staatenbund, zu einem ökonomischen Imperium, ähnlich den angelsächsischen Weltreichen, eine wesentliche Einschränkung erfahren. Der kontinentaleuropäische Gedanke muß daher als ein wichtiger Bestandteil des modernen Sozialismus bezeichnet werden. Ganz freilich könnte auch eine sozialistisch orientierte kontinentaleuropäische Staatengemeinschaft auf die Warenproduktion für den Export nicht verzichten. Das Ziel des modernen Sozialismus müßte es daher sein, durch ein System tiefgreifender

sozialer Reformen, über deren Wirksamkeit die Gewerkschaften zu wachen hätten, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Exportindustrien so zu gestalten, daß die Unternehmer in ihrer Stellung zu den Arbeitern und Angestellten dem Ideal des sozialistischen Betriebsleiters möglichst angenähert werden, so daß in bezug auf die soziale Stellung der Arbeiter und Angestellten sich die kapitalistische Produktionsweise von der sozialistischen nicht mehr gar zu sehr zu unterscheiden brauchte. Inwieweit hier die bereits erprobten Methoden der Gewerkschaften und der sozialen Reform durch das System der Betriebsräte ergänzt werden können, kann uns allerdings erst die Erfahrung lehren.

Schneller als die Sozialisierung der Produktion wird sich voraussichtlich die Sozialisierung des Besitzes durch Vermögens-, Erbschafts- und Einkommensteuern vollziehen. Da aber eine Sozialisierung des Besitzes die Warenproduktion nicht beseitigt, kann sie auch nicht als eine Überwindung des kapitalistischen Systems angesehen werden. Ob eine Fabrik einem Großkapitalisten oder tausend kleinen Leuten gehört, ändert an dem System selbst nichts. Immerhin stellt die Sozialisierung des Besitzes, die durch die Kriegslasten für Deutschland eine unentrinnbare Notwendigkeit geworden ist, eine gewaltige Umwälzung dar, deren

Einwirkungen auf die soziale Struktur der Gesellschaft noch unabsehbar ist. Wohin wir also unsere Blicke auch wenden, überall sehen wir tiefgreifende Umgestaltungen, deren Kommen der moderne Sozialismus vielfach schon lange angekündigt hatte. Vielen unbekannt, nur wenig beachtet, im Dunkel wallte der sozialistische Geist bis zur Schwelle der großen europäischen Katastrophe, die die Julitage des Jahres 1914 einleiteten. Der Krieg, so wähnten viele, würde ihn gänzlich in den Hintergrund drängen. Doch es ist anders gekommen. Wie ein feuriger Rachegott stieg aus den Abgründen des Krieges der Sozialismus empor. Die imperialistischen Gespenster, die die Menschheit so lange ängstigten und quälten, verloren schnell ihre alles beherrschende Gewalt. Wer könnte heute wohl noch bestreiten, daß gerade der Krieg den Sozialismus zu dem großen Problem der Zeit gemacht hat, und daß ein neues, vom Sozialismus gestaltetes Zeitalter für die europäische Menschheit heraufdämmert.

Literatur

Im nachfolgenden sind Bücher und Aufsätze genannt, die entweder als Quellen für die einzelnen Abschnitte dieses Buches anzusehen sind oder deren Inhalt zur Vervollständigung der hier vorgetragenen sozialen und ökonomischen Lehren mit Nutzen zur Kenntnis genommen werden kann.

Sismondis Kritik des modernen Industrialismus.

Sismonde de Sismondi, Etude sur l'économie politique. Paris 1838.

— — —, Nouveaux principes d'économie politique. Paris 1819.

Die Katastrophentheorie der Slawophilen.

Quessel, Ludwig, Prophetische Wissenschaft, Neue Zeit. Jahrgang 1909—1910. Band 1, Seite 101—110.

Marx' und Engels' wissenschaftlicher Sozialismus.

Marx und Engels, Das Kommunistische Manifest, zuerst 1848 in Deutschland veröffentlicht, dann in zahlreichen Auflagen unterm Sozialistengesetz in London, später in Berlin (Verlag „Vorwärts") erschienen.

Karl Kautsky und das Erfurter Programm.

Kautsky, Karl, Das Erfurter Programm, in seinem grundsätzlichen Teil erläutert. Stuttgart 1892.

Die sozialistische Produktionsweise der Vergangenheit.

Emile de Laveleye, De la propriété et de ses formes primitives. Paris 1874. Deutsch von Bücher. Leipzig 1879.

Der Begriff der sozialistischen Produktionsweise.

Quessel, Ludwig, Die sozialistische Produktionsweise der Gegenwart. Sozialistische Monatshefte. Jahrgang 1911, Band 2, Seite 1012—1017.

Staatssozialismus.

Fischer, Edmund, Das sozialistische Werden. Leipzig 1918.

Gemeindesozialismus.

Hugo, C., Die deutsche Städteverwaltung. Stuttgart 1901.
Mombert, Paul, Die Gemeindebetriebe in Deutschland. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 128. Band.

Der Genossenschaftssozialismus.

Sidney Webb, Mrs., Die britische Genossenschaftsbewegung. Leipzig 1893.
Staudinger, F., Die Konsumgenossenschaft. Leipzig 1908.

Forstwirtschaft.

Bücher, Karl, Die Sozialisierung. Tübingen 1919.

Das Wohnungswesen.

Eberstadt, Rud., Handbuch des Wohnungswesens. Jena 1917.

Kohlenbergbau.

Herring, Wilh., Das Problem der Verstaatlichung des preußischen Kohlenbergbaus. Jena 1914.

Hue, Otto, Die Verstaatlichung des Bergbaus in der Sammelschrift: Monopolfrage und Arbeiterklasse. Berlin 1917.

Energie.

Jung, August, Die staatliche Elektrizitäts-Großversorgung Deutschlands. Jena 1918.

Begründung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, Drucksachen der Verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung Nr. 714. 1919.

Kalibergbau.

Gothein, Georg, Reichsbergbaumonopol. Stuttgart 1916.

Luftstickstoff.

Kaiser, K., Der Luftstickstoff und seine Verwertung. Leipzig 1919.

Ehrenberg, Paul, Wie muß sich das Stickstoffmonopol gestalten? Berlin 1915.

Spiritus und Essig.

Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über das Branntweinmonopol. Drucksachen des Reichstages Nr. 1460. 1918.

Bericht des Ausschusses betreffend den Entwurf eines Gesetzes über das Branntweinmonopol. Drucksachen des Reichstages Nr. 1770. 1918.

Petroleum.

Möller, W., Das Reichspetroleummonopol. Berlin 1913.

Tabak.

Wolf, J., Der Tabak. Leipzig 1915.

Zündwaren.

Bericht des Ausschusses über den Entwurf eines Zündwarensteuergesetzes. Drucksachen der Nationalversammlung Nr. 775. 1919.

Versicherung.

Manes, Alfred, Versicherungsstaatsbetrieb im Ausland. Berlin 1919.

Vatke, Hans, Die Verstaatlichung des Feuerversicherungswesens. Berlin 1919.

Borght, R. van der, Reichsversicherungsmonopol? Berlin 1919.

Weiß, Karl, Die Betriebsgewinne der deutschen Versicherungsgesellschaften. Mannheim 1919.

Sozialismus und Landwirtschaft.

Kautsky, Karl, Die Agrarfrage. Stuttgart 1899.

David, Eduard, Sozialismus und Landwirtschaft. Berlin 1903.

Weltwirtschaft und Sozialismus.

Schulte im Hofe, A., Die Welterzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen. Berlin 1916.

Quessel, Ludwig, Die Beziehungen der Weltpolitik zur Weltwirtschaft. Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung. 1917.

— — Nationale Arbeit und Kolonialpolitik in dem Sammelwerk: Die Zukunft der deutschen Kolonien. Gotha 1918.

Friede und Handelsrivalität.

Farrow und Crotch, The coming trade war. London 1916.

Bernstein, Eduard, Die englische Gefahr und das deutsche Volk. Berlin 1914.

Hofrichter, Anton, Krieg und Handelsrivalität. Berlin 1917.
Nachimson, M., Imperialismus und Handelskriege. Bern 1917.
Queſſel, Ludwig, Sozialismus und Kolonialpolitik. Die neue Rundſchau 1916.

Der induſtrielle Vernichtungskrieg der Nationen.

Die Sismondi-Marxſche Lehre, daß beim kapitaliſtiſchen Syſtem die Bourgeoiſie jedes Landes ſich in einem beſtändigen Wirtſchaftskrieg gegen die Bourgeoiſien aller anderen Länder befindet, hat bisher in der ſozialiſtiſchen Literatur überhaupt keine Beachtung gefunden, und zwar aus dem Grunde, weil ſie mit der pazifiſtiſchen und antimilitariſtiſchen Agitation der Sozialdemokratie nur ſchwer in Einklang zu bringen war.

Der kontinentaleuropäiſche Gedanke.

Der kontinentaleuropäiſche Gedanke iſt in den von Dr. J. Bloch herausgegebenen Sozialiſtiſchen Monatsheften, die alle Probleme des modernen Sozialismus und das ganze geiſtige und öffentliche Leben ſtändig einer gründlichen Prüfung unterziehen, in zahlreichen Aufſätzen von verſchiedenen Autoren vertreten worden.

Weitere Literaturnachweiſe finden ſich in den hier angeführten Büchern und Aufſätzen, ſo daß von ihrer Wiedergabe Abſtand genommen werden kann.

Bücher zum Sozialismus

Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie

von Paul Kampffmeyer

Preis 3 Mark

*

Lassalle

von Stefan Großmann

Preis 6 Mark

*

Sozialisierung oder Sozialismus?

von Staatssekretär a. D. Dr. Aug. Müller

Preis 3 Mark

*

Zu den angegebenen Preisen kommt ein Sortimenter-Zuschlag von 10 v. H.

Verlag Ullstein & Co / Berlin

Ullſtein & Co
Berlin

MAY
2
1984
UNIVERSITY OF TORONTO

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 11 03 01 05 007 8